

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit Illustration Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,  
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-  
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7876.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montage.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsstelligen Nummern-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Beiträge  
 und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (für das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen  
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt L. Nr. 1508.

Sonnabend, den 5. April 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt L. Nr. 5121.

### Das Reich und die Arbeitslosigkeit.

In der Zeit des schlimmsten Arbeitslosigkeitseisens dieses Winters hatten die kapitalistischen Blätter für die hungernden Massen nur den einen Trost: die Arbeitslosigkeit sei die Folge einer vorübergehenden Depression; das Frühjahr werde eine allgemeine Belebung der Geschäfte und damit auch Arbeit und Brot für die hungernden Massen bringen. Diese Presse variierte damit nur die Redensarten, mit welchen der Minister der Reichs-Socialreform, Graf Posadowsky, unsere Notstands-Interpellation im Reichstage glaubte abtun zu können; Redensarten, mit denen er einen tiefer gehenden allgemeinen Notstand infolge der Arbeitslosigkeit ableugnete, ein reichsgesetzliches Vorgehen gegen die Arbeitslosigkeit in Form von Versicherung und Arbeitsvermittlung für unmöglich erklärte und selbst für eine bloße Fälschung der Arbeitslosen unübersteigliche Hindernisse sah.

Nun ist das Frühjahr da, aber die durchgreifende Besserung der Marktlage und damit der Produktion ist ausgeblieben. Wohl ist in einzelnen Zweigen der Produktion eine Besserung eingetreten, aber allgemein und durchgreifend ist sie nicht. Mag man immerhin die kleine Besserung zugeben, so muß man doch vor der Ueberschätzung derselben warnen. Nie hat sich der Mangel einer amtlichen Stelle, von der aus die Lage des Arbeitsmarktes beständig kontrolliert wird, drückender fühlbar gemacht wie gerade in der gegenwärtigen Zeit. Ist in einzelnen Industriezweigen, die das Hauptproduktionsgebiet eines Platzes ausmachen, eine Besserung eingetreten, so tritt leicht der Fehler ein, diese Besserung für allgemein zu halten, während in anderen Produktionszweigen die Geschäfte noch ebenso daniederliegen wie vordem. Der beste Beweis der geringen Hoffnungen, die man auf eine baldige allgemeine Besserung setzt, ist die andauernd instabile Haltung der Börsen, die nur geringfügige Kursveränderungen notieren. Auch die Thatsache, daß das Roheisen-Syndikat eine weitere Produktionsbeschränkung von 30 Proz. eintreten läßt, daß die Hüttenwerke des Siegerer Bezirkes ihre Hochöfen auf einige Wochen dämpfen, daß die Siegerer Hütte ihren Betrieb bereits gänzlich eingestellt hat, weisen nicht auf eine Besserung der Lage. In fast allen Zweigen des Handels-gewerbes ist die Lage sehr schlecht und der Berliner „Konfektionär“ brachte Ende März einen Notschrei über das „glänzende Elend hinter blühenden Spiegelscheiben“, womit auch zutreffend das Daniederliegen des Handelsgeschäfts gekennzeichnet ist.

Unter solchen Umständen bleibt die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für die Reichsgesetzgebung aktuell und es ist unsere Aufgabe, mit Energie darauf zu dringen, daß die Reichs-Socialreform sich ihrer Pflicht bewußt werde, das Elend des infolge der Wirtschaftskrise arbeitslosen Proletariats zu mindern, für die aber wieder in Arbeit Getretenen die Wiederkehr langer Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu verhüten.

Gerade wir scheiden uns darin von den bürgerlichen Socialpolitikern, daß wir die gänzliche Beseitigung der Arbeitslosigkeit, so lange das kapitalistische Produktionssystem besteht, für eine Unmöglichkeit halten. Erst die Umwandlung der kapitalistischen Produktionsanarchie in die geregelte, für und durch die Gesellschaft betriebene sozialistische Produktionsweise schafft die Möglichkeit, der Warenerzeugung jene Ruhe und Stetigkeit zu geben, die die plötzlichen kapitalistischen Wirtschaftskrisen nicht kennt und damit auch die Existenz des Arbeiters sichert.

Dessen ungeachtet betrachten wir es als die Hauptaufgabe der Socialpolitik des kapitalistischen Staates, nach Möglichkeit die Arbeiterklasse vor den Wechseln der kapitalistischen Produktionsweise zu schützen. Das kann der Staat und das Reich, sofern sie Anspruch darauf erheben, ernsthaft Socialpolitik zu treiben. Die Reichsgesetzgebung kann durch die Regelung und Verfürzung der Arbeitszeit, durch die Organisation des Arbeitsmarktes, durch das hilfsvolle Eintreten für die Arbeitslosen ein gut Teil des Elendes beseitigen, welches jede kapitalistische Wirtschaftskrise für das Proletariat im Gefolge hat.

Aber Reich und Staat sehen der Entwicklung der Dinge mit beschränkter Armen zu. Man ist befriedigt, daß die wärmere Jahreszeit nun die großen Städte von den Arbeitslosen etwas entblößen wird, daß die Arbeitslosen, von der vagen Hoffnung getrieben, andertwärts Beschäftigung zu erhalten, sich dem großen Wanderstrom des Landstrahen-Proletariats anschließen werden. In diesem Sinne hat der preussische Polizeiminister unlängst seine Verfügung erlassen, die Verpflegstationen in stand zu halten, um den Strom der Arbeitslosen auf gewisse Strahen, zwecks besserer polizeilicher Ueberswachung, zu beschränken. Aber von einer Absicht des Reichs oder der Staaten, vorbeugende Maßnahmen gegen die Wiederkehr solchen Massenelendes, wie es der nun verfloßene Winter gebracht hatte, zu treffen, hört man nichts. Der Sommer wird hingehen, ohne daß die erhoffte durchgreifende Besserung des Wirtschaftslebens eintritt, der nächste Winter bringt eine noch größere Arbeitslosigkeit und ein noch schrecklicheres Elend — aber Hilfe bringt die Reichs-Socialpolitik den Arbeitslosen nicht.

Wie könnte es auch anders sein bei einer Socialpolitik, deren Minister im Reichstage sich beispielsweise gegen Einführung einer Arbeitslosigkeit-Versicherung mit dem Einwande

wehrte, es liege bei derselben die Gefahr vor, daß der Fleißige durch die Arbeitslosen ausgebeutet werde! Er muß sich hierin selbst von dem Stadtkämmerer der Stadt Breslau beschämen lassen, der in seinem Bericht über die Geldausgaben für öffentliche Notstandsarbeiten, zu welchen sich erfahrungsgemäß meist solche Proletarier melden und verwendet werden, die lange Zeit außer Arbeit sind, sagte: die Arbeitsleistung dieser Arbeiter habe bedeutend mehr betragen, als in normalen Zeiten bei gleicher Arbeiterzahl. Das sei vor allem den Leuten gesagt, die fortwährend die Arbeitslosen als Arbeits-schne betrachten. — Während so die praktische Erfahrung die Redensart von den „Arbeits-schne“ ad absurdum führt, ist die „Arbeits-schne“ für die Reichs-Socialpolitik noch immer ein Grund, die notwendigsten gesetzgeberischen Schritte gegen die Arbeitslosigkeit zu unterlassen.

So läßt die Reichs-Socialpolitik die Dinge eben laufen, wie jene kapitalistischen Speculanten, die von einem Tage zum andern auf die Besserung hoffen, die nicht eintreten will. Denn selbst eine solche Besserung schafft noch keineswegs Arbeitsmöglichkeit für alle die überschüssigen Arbeitskräfte. Wie groß dieses Arbeitsangebot ist, zeigt ja das Thätigkeits-ergebnis der allgemeinen deutschen Arbeitsnachweise wenigstens oberflächlich. Ihre Schlusszahlen über die Thätigkeit im Jahre 1901 stellen fest, daß in jenem Jahre auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 163,8 Arbeit-suchende vorhanden waren, gegen 117,7 im Vorjahre. Für männliche Personen stellt sich das Verhältnis noch ungünstiger, da hier auf 100 offene Stellen 203,9 Arbeit-suchende, gegen 134,5 im Vorjahre entfielen. Diese Zahlen zeigen eine ganz bedeutende Verschlechterung des Arbeitsmarktes und es ist nicht daran zu denken, daß die störende kapitalistische Produktionsweise, selbst wenn die vergebend erhoffte durchgreifende Besserung einträte, diesen überschüssigen Arbeitskräften jehald dauernde Arbeitsgelegenheit verschaffe.

Es würde aber schon eine wesentliche Hilfe sein, wenn das Reich in der gegenwärtigen Zeit an die Regelung des Arbeitsmarktes heranträte und den Bewegungen auf demselben seine Aufmerksamkeit zuwendete; wenn das Reich durch gutes Beispiel Staat und Gemeinden dahin beeinflusste, daß sie durch vorbeugende Maßnahmen der Wiederkehr der schlimmsten Not dieses Winters steuerten.

Doch predigt die Socialdemokratie dabei mit lauten Ohren. Die vornehmste Aufgabe des Ministers der „Reichs-Socialreform“ ist gegenwärtig, den Brotwucherern wenigstens einen Teil ihrer Vente in Sicherheit bringen zu helfen. Und was wiegt gegenüber dem Interesse der Hohnwucherer das Elend der von der Krise getroffenen Arbeitermassen?

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. April.

#### Die Erlanger Reichstagswahl.

Die Reichstags-Ergebnisse der letzten Zeit betrafen — mit Ausnahme der Breslauer — zufällig lauter Kreise überwiegend ländlichen Charakters. Hier konnten also die Agrarier die Probe aufs Exempel machen und die Begeisterung der ländlichen Wähler für die Wuchererrolle an den Thatsachen demonstrieren. Wenn sie in diesen ländlichen Kreisen, ihren angestammten Domänen, nicht glänzende abschnitten, wo sollten sie sonst Erfolge hoffen, zumal sie auch in diesen Kreisen die Wahlbeeinflussungs-Maschinerie nach Verzugelust handhaben konnten! Diese Kreise boten für die Agrarier die denkbar günstigste Zusammenfassung, dennoch haben sie bei all diesen Probewahlen für die nächsten allgemeinen Wahlen keinerlei Siege gesponnen, geschweige daß sie agrarische Triumphe gefeiert hätten.

Zwar ist der konservative Kandidat wieder als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgegangen, aber arg geschunden. Mit ganzen 15 Stimmen Majorität ist der Bündler von Oldenburg gewählt. Das amtliche Wahlergebnis giebt folgende Zahlen: Marienburg, 4. April. (Amtliches Wahlergebnis.) Bei der gestrigen Reichstags-Ergebniswahl im Wahlkreis Oldenburg-Marienburg wurde v. Oldenburg (kon.) mit 2205 von 18398 abgegebenen Stimmen gewählt. König (soc.) erhielt 4930, Probst Jägermann (Centrum) 2588, Rindler (freil.) 1252, Wagner (natl.) 415 Stimmen; gesplittet waren 8 Stimmen.

1898 siegte der konservative Kandidat in der Hauptwahl mit 6946 Stimmen, er ist also jetzt in der Stimmenzahl zurückgegangen. Auch die wucherfreundlichen Liberalen und Rationalen haben verloren, während unsere Genossen fast 500 Stimmen, die Freistimmen 700 Stimmen — bei geringerer Wahlbeteiligung — mehr aufbrachten. 1898 erhielten die Brotwuchererparteien der Schafen und der „gemäßigten“ Richtung 13428 Stimmen, die Gegner der Hölle 4884. Diesmal erzielten die Hölner nur 12216 Stimmen, haben also 1200 verloren. Hingegen wurden für die Amtl.-Hölner 6182 Stimmen abgegeben, sie gewannen mithin fast 1200 Stimmen.

Man begreift, daß es unter diesen Umständen der „Post“ bang ums Herz geworden ist. Sie läßt festlich zum Sammelru: Man solle sich ja nur über den Zolltarif verständigen und um Gottes willen den Brotwucher nicht zur Wahlparole werden lassen. Der Sammelru der „Post“ wird nicht helfen. Das deutsche Volk wird unter allen Umständen die Gelegenheit erhalten, über den Zollwucher zu richten.

#### Die Verhandlungen über den Zolltarif.

—st— Wien, 3. April. Trotz aller Dementis — oder vielmehr: wegen ihrer — unterliegt es keinem Zweifel, daß die Verhandlungen über den Entwurf eines neuen autonomen Zolltarifes an einem toten Punkt gelangt sind. Die ungarischen Minister sind seit Montag in Wien — um mit der österreichischen und der „gemeinsamen“ Regierung den gemeinsamen Vorschlag festzustellen, der der am 6. Mai zusammentretenden Delegation vor-

gelegt werden soll. Diese Arbeit ist gestern erledigt worden und in einem heute unter Vorst. des Kaisers abgehaltenen Kronrat erhielt der Vorschlag die endgültige Genehmigung. Herr v. Szell bleibt aber noch einen Tag in Wien, um, wie es in der offiziellen Verlautbarung heißt, der Finalisierung des Zolltarifentwurfes die Wege zu ebnen. Damit hat es aber noch gute Wege. Die von den beiden Sachkommissionen absolvierte zweite Lesung des Entwurfes soll Differenzen bei mehr als hundert Positionen ergeben haben, und obwohl die beiden Ministerpräsidenten seither schon zweimal zusammengekommen sind, so ist es bisher noch nicht gelungen, den Sachkommissionen für die dritte Lesung die notwendigen Instruktionen zu erteilen. Es macht demnach den Eindruck, daß die heutige Verhandlung eigentlich dem Zwecke dienen soll, vor der Öffentlichkeit die bisherige Ergebnislosigkeit der Verhandlungen zu verfehlern.

Aber die „Finalisierung“ des Zolltarifes in den Parlamenten begegnet noch einer besonderen, durch die vierjährige Parlamentarische in Oesterreich hervorgerufenen Schwierigkeit. Der Abschluß von Handelsverträgen von Seiten Oesterreich-Ungarns setzt nämlich nicht bloß die gesetzliche Bestimmung eines neuen Zolltarifes voraus, sondern auch den Abschluß eines Zoll- und Handelsbündnisses zwischen Oesterreich und Ungarn. Bekanntlich existiert zur Zeit ein solches nicht; die Zollgemeinsamkeit beruht nur auf einseitigen, die Reciprocität in anderen Staaten voraussetzenden Verfügungen jedes Landes; diese Verfügung ist in Ungarn ein Gesetz, in Oesterreich eine kaiserliche Verordnung, die der Genehmigung des Reichsrats unterliegt, die sie aber bisher nicht gefunden hat. Diese für Rechtstreitiger wirklich recht unverständliche Form war deshalb notwendig, weil ein Bündnis nach der ungarischen Verfassung nur mit einem Oesterreich geschlossen werden kann, in dem „volle Verfassungsmäßigkeit“ herrscht, also nur durch ein Gesetz bewirkt werden kann, nicht aber durch eine § 14-Verordnung, die wenigstens die Ungarn als „volle Verfassungsmäßigkeit“ anerkennen sich nicht geneigt gezeigt hatten. Nun bestimmt aber das erwähnte ungarische Gesetz, daß der gegenwärtige Zustand bis zum Jahre 1908 durch ein regelrechtes Bündnis zu ersetzen sei, widrigenfalls — das ist nun der Punkt, an welchem die österreichischen Wirren eine internationale Bedeutung erhalten — die neuen Handelsverträge nicht über das Jahr 1907, dem Ablauf der durch die einseitigen Verfügungen des Jahres 1899 festgesetzten Gemeinsamkeit des Zollgebietes von Oesterreich und Ungarn, abgeschlossen werden dürfen. Würde es also auch gelingen, den neuen Zolltarif in den beiden Parlamenten bis Ende des Jahres fertig zu stellen — in Wirklichkeit steht noch die Einigung der Regierungen aus, von der durch die aug. kritische Lage des österreichischen Abgeordnetenhauses betwungen Schwierigkeit jeder größeren gesetzgeberischen Aktion in diesem unberechenbarsten aller Parlamente nicht zu reden — so wäre damit der Abschluß von Handelsverträgen noch immer nicht möglich geworden. Denn auf vierjährige Handelsverträge würde sich niemand einlassen, und ohne die Verwandlung des bisherigen Verhältnisses zwischen Oesterreich und Ungarn in ein gesetzliches Zoll- und Handelsbündnis ist der Abschluß längerer Verträge unmöglich. Wenigstens nach den Bestimmungen des ungarischen Gesetzes, das eben den Zweck hat, der Zolltrennung vorzuarbeiten.

Obwohl die Verhandlungen der Herren Koerber und Szell das tiefste Geheimnis deckt, so erachtet wir es dennoch als sicher, daß der kritische Punkt der Unterhandlungen ganz eigentlich das neue Zoll- und Handelsbündnis ist. Da der neue Zolltarif unter allen Umständen ein peinlich genauer Abklatsch des deutschen Jungertarifes sein wird, so können die Differenzen nur das Maß des Schuys-zoll-es betreffen; aber dieser quantitative Differenzen sind leicht zu überbrücken. Wesentlich anders steht die Sache mit dem Vertrag zwischen den beiden Staaten selbst, denn hier spielen ideologische Momente hinein, bei denen nachzugeben jedem Teile fast unmöglich ist. Herr v. Koerber hat nämlich den Krieg gegen Ungarn in so pointierter Weise angeklagt, so selbstbewußt erklärt, daß er nur einen Ausgleich schließen werde, der auch für Oesterreich vorteilhaft ist, daß er aus dem Kampf um den neuen Handelsvertrag — den zwischen Oesterreich und Ungarn — ohne Erfolg nicht heimkommen darf; er würde sonst seine Stellung in Oesterreich aufs äußerste gefährden. Nun steht aber die Sache mit dem „Ausgleich“, der ja ein komplex sehr mannigfaltiger Dinge ist, so, daß mit Ausnahme eben des neuen Zoll- und Handelsbündnisses alles schon entschieden ist. Eroberungen sich also nur an die feine Punkte machen lassen. Für Herrn v. Szell ist es aber wieder eine Lebensfrage, das zu behaupten, was sein Vorgänger, der mit solchem Gelat weggeschickte Banffy, errungen hat, er wird also wohl wenig bereit sein, von der Seite, die Ungarn in dem letzten Ausgleichsgeleit gemacht hat, um Herrn von Koerber zuliebe etwas herzugeben. Mit anderen Worten: Die Ungarn wünschen einfach die Veränderung der Form des bisherigen Verhältnisses, die gesetzliche Codifizierung der derzeitigen einseitigen Verfügungen, wogegen die Oesterreicher die Revision des materiellen Inhalts jener Verfügungen aufstreben. Die Differenz dieser zwei Standpunkte ist es, die die Verhandlung so schleppend gestaltet, und daß diese Differenz nicht allein zwischen den Regierungen, sondern auch zwischen den beiden Parlamenten bis Ende dieses Jahres ausgeglichen werden könnte, daß also bis 1908 der neue Zolltarif und das neue Zoll- und Handelsbündnis zu stande kommen könnten, das ist nach der politischen Situation in beiden Ländern völlig ausgeschlossen.

Man kann also versichern, so viel man mag, behaupten, daß der Haben der Verhandlungen niemals abgegriffen ist und weitergesponnen wird; das Ende wird doch sein, daß Oesterreich-Ungarn seine Handelsverträge stillschweigend verlängern wird und daß der künftige „Zustand“ der Reciprocität auch im nächsten Jahre das dünne Band bilden wird, das Oesterreich und Ungarn zusammenhält. So lange, bis ein stärkeres geknüpft wird oder es ganz reißt. —

# Deutsches Reich.

Die „unerschütterliche Grundlage“ der Regierungspolitik soll der jetzige Entwurf bleiben und keinesfalls soll über die zugestanden Minimalgröße hinausgegangen werden — dies ist, wie die „Münch. Neuest. Nachr.“ gestern vermeldeten, das befriedigende Ergebnis der Besprechung des Grafen Posadowsky mit den Herren von der bayerischen Regierung. Die Mitteilung des Münchener Blattes wird heute in der „Norddeutschen Allg. Zeitung“ an erster Stelle wiedergegeben und damit hoch offiziell abgestempelt. Wenn trotzdem einem Berliner Blatt aus München berichtet wird, Graf Posadowsky sei nach München gekommen mit dem Angebot, dem Kompromißvertrag der Zolltarifkommissionmehrheit entgegenzukommen, so mag die Glaubwürdigkeit dieser Nachricht dahingestellt bleiben; jedenfalls erscheinen durch die Stellungnahme der bayerischen Regierung die überagratischen Hoffnungen vollends gescheitert und es wird der Widerstreit nichts übrig bleiben, als den letzten Schritt im Uebergang zur Regierungsvorlage zu thun.

Vorläufig verharren allerdings eine Anzahl von Blättern der Zollpartei noch bei ihrer Forderung, daß die Regierung entgegenkommen müsse, nachdem die Parteien ihr „so weit“ entgegengekommen seien. So schreibt die „Allg. Volkstz.“:

„Es wird der Mehrheit natürlich nicht einfallen, die Regierung um das Entgegenkommen kniefällig zu bitten. Wenn sie nicht einsehen vermögen, daß die Beschänkung in ihrem und im allgemeinen Interesse liegt, so mögen sie die Folgen der Weigerung tragen. Die Mehrheit hat ihre Schuldigkeit getan, indem sie die Hand zur Beschänkung bot. Wird sie zurückgestoßen, so hat sie das Weitere nicht zu verantworten.“

Graf Posadowsky ist am Freitag nach Stuttgart weitergereist, wo man in der Zollfrage sicherlich nicht anders denkt als in München. Auch in Koblenz soll sich Graf Posadowsky noch angemeldet haben, um daselbst eine Besprechung mit den Ministern der Rheinischen Staaten zu haben.

## „Undankbare Arbeiter.“

Mit welchem Haß Professor Abbe, der durch wissenschaftlich-technische Leistungen, wie durch socialpolitisches Verstandnis und Wirken gleich bedeutende Leiter der Zeiß-Werksstätten in Jena, von seinen der Arbeitgeber verfolgt wird, zeigte sich deutlich aus Anlaß des letzten Verbandstages der Industriellen auf dem Gebiet der Zeissmechanik. In glänzender Referat hatte dort Prof. Abbe die Arbeiterverhältnisse in der Zeissfabrik besprochen — in der Diskussion erhob sich ein Redner nach dem andern, um in beleidigenden Ausdrücken für den Vortragenden gegen dessen Ausführungen zu widerstreben. In der Diskussion, Prof. Abbe, die Verhandlungen mit den Worten schließen, noch nie sei wohl auf ein so gediegenes Referat eine so erbärmliche Diskussion erfolgt.

In den letzten Tagen ist wieder ein perfider Versuch unternommen worden, die so segensreichen Einrichtungen der Carl Zeiß-Stiftung — so lautet der heilige Name des Abbeischen Unternehmens — als unzulänglich hinzustellen; es sollte der Glaube geweckt werden, daß der Begründer jenes Werkes, der sich seines auf Millionen zu bewertenden Mitbesitzes an und seines freien Bestimmungsbereiches über ertragreiche gewerbliche Unternehmungen bei Lebzeiten entsäuert hat, um ihnen weiter nur als Beamter, als „Senior der Geschäftsleitung“ zu dienen, — daß dieser Mann durch die unvernünftige Begehrlichkeit der von ihm so wesentlich geförderten Arbeiter zum Rücktritt von seiner leitenden Stellung, zum Uebertritt aus der Stadt seines langjährigen Wirkens gebracht worden sei.

Die national-liberal-konservative „Jenauer Zeitung“ gab viel zu diesem Wandel her. Ohne sich durch eine einfache Anfrage von der Wahrheit über Unwahrheit des ihr Mitgeteilten zu überzeugen, brachte sie, wie schon gestern kurz erwähnt, in der Markfreitagnummer — damit die Verichtigung erst nach längerer Zeit erfolgen könne — folgendes:

„Schon seit einiger Zeit ging das Gerücht, Herr Professor Abbe wolle von der Leitung der Firma C. Zeiß zurücktreten und nach der Schweiz überziehen, wo er sich in Lugano ein Haus zu bauen und seinen dauernden Aufenthalt zu nehmen gedenke. Wir nahmen Anstand, davon Mitteilung zu machen, weil damit noch andere Versionen verbunden waren, wie z. B. eine Deputation Arbeiter des Zeißschen Betriebes habe Herrn Professor Abbe Vorwurf darüber gemacht, daß aus der C. Zeiß-Stiftung 500 000 M. zu einem Universitäts-Reisbau geschickt worden sind, habe dieser verlangt, daß in den Verwaltungsratsmitgliedern neben fünf Mitgliedern der Leitung des Geschäftes sieben Arbeiter zu wählen seien, zc. Das alles habe Herr Professor Abbe so geklärt, daß er sich entschlossen habe, den für spätere Zeit vorbehaltenen Schritt schon jetzt zu thun und von der Leitung des Geschäftes ganz zurückzutreten. Wir erwähnen diese Gerüchte, weil sie in den letzten Tagen mit großer Bestimmtheit auftreten; jedenfalls ist es Thatsache, daß Herr Professor Abbe bereits zu dauerndem Aufenthalt abgereist ist und die Leitung des Geschäftes in andere Hände gelegt hat.“

In der „Central-Druckerei“ veröffentlicht nun Genosse Leber, der Vorsitzende des Arbeiterausschusses der Firma Zeiß, eine Erklärung, in der er nach scharfer Weisung der „Jenauer Zeitung“ folgendes Thatsächliche berichtet:

„Vorigen Herbst wurde in einer kombinierten Mitglieder-Versammlung der Metallarbeiter über Arbeiterausschüsse ein Vortrag gehalten und in der Diskussion wurde betont, daß auch der Arbeiterausschuss der Firma Zeiß erweiternde Rechte bekommen müßte. Diese Angelegenheit hatte schon damals alle Scharfmacherblätter vom Schlage der „Jenauer Zeitung“ veranlaßt, die Sache ins Gegenteil umzuwenden. Zu Anfang dieses Jahres dann hielt Herr Professor Abbe einen Vortrag über die fünfjährige Thätigkeit des Arbeiterausschusses und ging des näheren auf die geringsten Mängel ein. Die Geschäftsleitung beantragte nun den Ausschuss, einen Geschäftsordnungs-Entwurf auszuarbeiten, wonach in Zukunft der Ausschuss handeln sollte.“

Dies geschah! In einer zweiten Sitzung wurde wiederum dazu Stellung genommen, und eine Kommission von sieben Personen gewählt, die das aufgestellte Material genauer zu prüfen hatte und dann mit der Geschäftsleitung gemeinsam verhandeln sollte. Diese Arbeit erledigte die Kommission. Dann wurde in einer zweifachen Sitzung, wobei die Geschäftsleitung vollzählig vertreten, mit der Kommission verhandelt. Und wir können erklären, daß, was unter den jetzigen Verhältnissen, d. h. soweit das Statut eine Mitwirkung des Arbeiterausschusses zuläßt, ermöglicht werden konnte, wurde von Seiten der Geschäftsleitung vollständig anerkannt, nur einige zu weit gehende Forderungen mußten vorläufig zurückgestellt werden. Die Verhandlungen wurden von beiden Seiten mit großer Sorgfalt und Sachlichkeit geführt, ohne auch nur irgendwie in Differenzen zu geraten.“

Das gerade Gegenteil ist der Fall. Professor Abbe bezog die Geschäftsleitung freute sich, daß die Kommission als Vertreter der Arbeiterchaft sich regen Anteil am Geschäftsleben zeigte. Es wurde ferner gewünscht, daß die Kommission, wo sie irgend Fehler und Mängel erblidete, jederzeit mit der Geschäftsleitung darüber verhandeln könne. Und was nun die Bewilligung der Gelder zum Universitäts-Reisbau an, anlangt, ist kein Wort von dem wahr, was die „J. Z.“ schreibt. Gewiß hat die Arbeiterchaft verlangt, bei Bewilligung von Geldern, die außerhalb des Geschäftes verwendet, auch ihre Wünsche geltend zu machen, dies wurde aber bereitwillig von der Geschäftsleitung zugegeben. Außerdem erklärte die Geschäftsleitung noch auf Wunsch der Arbeiterchaft, eine Zusammenstellung der in den letzten 5 Jahren außerhalb des Geschäftes verwendeten Gelder der Arbeiterchaft zu unterbreiten. Kurzum, es gab keine Differenzen. Und wenn nun gar die „J. Z.“ schreibt Professor Abbe hätte sich gekränkt

und sei darum von der Zeitung zurückgetreten, so weiß man nicht recht, soll man die Verlogenheit oder die Naivität der „J. Z.“ mehr bewundern. Professor Abbe ist drei Tage nach der fraglichen Sitzung abgereist, um sich wie alle Jahre im Süden von seinen Strapazen zu erholen; ob er nun dieses Jahre zu seiner Erholung längerer Zeit bedarf, uns dahingestellt sein. Aber Thatsache ist, daß von einem Zurücktreten aus der Geschäftsleitung keine Rede sein kann. Und in letzter Linie ein Zurücktreten wegen Kränkung von Seiten der Arbeiterchaft. Jedenfalls wird Professor Abbe allen Scharfmachern zum Trost, soweit es seine Gesundheit erlaubt, zur Weiterentwicklung der C. Zeiß-Stiftung auch in Zukunft beitragen. Ob er in Jena oder Lugano weilt, er bleibt trotzdem in engerer Fühlung mit den andern Herren der Geschäftsleitung und werden irgend welche Veränderungen ohne seine Zustimmung niemals erledigt werden.“

Da die bürgerliche Presse — voran „freimüthige“ Blätter wie die „Vossische Zeitung“, die inzwischen die behaupteten Thatsachen, aber nicht ihre Verteilung widerrufen hat — überall mit breitem Pflagen vom Ausschleiden des Professors Abbe aus seinem bisherigen Wirkungskreis berichtet hat, unter feilenwollen Betrachtungen à la Jacobi über die „Undankbarkeit der Arbeiter“, und eine ganze Reihe von Blättern die gegenständlichen Veröffentlichungen der Provinzialblätter möglicherweise „übersehen“, haben wir die Erklärung wiedergegeben, deren Richtigkeit auch das „Jenauer Volksblatt“ auf Grund genauer Information bei der Firma bestätigt.

Wir glauben, das wird genügen, um das Trümpfgeheul der Scharfmacher über den „Käuflichen Ausweg“ der „unfähigen Jenerer Arbeiterpolitik“ vorläufig verstummen zu lassen.

In weiteren Berichten, die dortigen Verhältnisse in schlechtem Licht erscheinen zu lassen, wird es nicht fehlen. Sache der Arbeiterchaft wird es sein, auf ihre Feinde und „Freunde“ auch in dieser Beziehung ein wachsam Auge zu haben.

**Wen drückt die Zolllast?** Die Karrieren sinken noch immer gern: das Ausland trägt den Zoll! Aber eine Inschrift an die „Nat.-Sta.“ erzählt: „Bei einer gelegentlichen Anwesenheit in Konstanz fand ich in einer Konstanzener Zeitung und in einer Thurgauer die Brotlagen der beiden Gebiete. Ich rechne mir die Brotpreise des Schwarzbrot in beiden Gebieten heraus und fand zufällig, daß das schweizer Brot um 3/4 Pfennig pro Pfund billiger war als das Konstanzener. Zugleich erfuhr ich, daß die Arbeiter aus Konstanz allabendlich ihre 3 Pfund Brot aus ihrer Arbeitshalle in der Schweiz kostenfrei mitbrachten. Ich ging die halbe Stunde bis zur Zollstätte, und da traf ich abends die Arbeiter mit ihren 3 Pfund Brot im Sack und sah sie frei nach Konstanz. Das macht also täglich 10 1/2 Bq. Erparnis aus Brot oder im Jahr an Brotzoll 38,32 M. Wer würde eine solche Steuer zu Gunsten der Großgrundbesitzer wohl einem Arbeiter direkt auferlegen. Und nun gar von 6 M. pro Centner oder jährlich 73 M. für den Arbeiter!“

## Vom Centrum-Zwist.

Aus Düsseldorf wird uns geschrieben: Die „Allgemeine Volkszeitung“ und ihr nach der ganze Chorus der kleinen Centrumsblätter bringen von der Woche um Woche heftiger werdenden Fehde des Düsseldorf „Christlichen Hauschages“ und der planmäßigen Agitation des christlichen Preisvereins gegen die Protestanten-Christen kein Wort. Das ist das wüthendste Mandor der Dämonie der Centrumsblätter! Der „Christliche Hauschag“ aber fährt weiter fort, seine Protestanten-Parteiengenossen an den Pranger zu stellen? In seiner Osternummer schreibt er u. a.:

„Wir stellen nunmehr fest: Unter jenen Dreihundertzigm (der Erklärung des Hauptvorstandes der Düsseldorf Centralpartei) sind 28 Angehörige höherer Stände, Rechtsanwält, Kaufleute oder Rentner, 9 Landwirte, d. h. Gutbesitzer und 5 Handwerksmeister. Von den Arbeitern ist nur einer darunter, der natürlich so wenig Verständnis für die sociale Frage besitzt, daß er noch nicht einmal organisiert ist. Wo sind denn nun die Delegierten der Düsseldorf Arbeiterorganisationen im Hauptvorstande der Centralpartei?“

Es ist offenbar eine bittere Verhöhnung der gesamten Arbeiterchaft, wenn man dieselbe mit solchen Worten über thätigkeitslose Verhältnisse hinwegzutäuschen sucht.

Wie die Landwirtschaft im Hauptvorstand der Düsseldorf Centralpartei vertreten ist, darüber kann man ebenfalls aus der „Erklärung“ jener 48 Eiferer für hohe Getreide- und Fleischpreise interessante Schlüsse ziehen. Nehmen wir z. B. einen rein landlichen Ort Hamm mit seinem hochentwickelten Garten- und Feldbau. Dieser Ort ist durch zwei Namen vertreten, von denen der eine ein „Schmiedemeister“, der andre aber ein „Immobilien-Agent“ ist. Dieser Mann, ebenso wie sein Partner, sind allerdings lothbare Vorkämpfer für die Getreide- und Fleischpreise, welche letztere den kleinen Bauern von Hamm samt und sonders, den Bewohnern des ganzen Ortes, ohne jede Ausnahme, nicht bloß kleinen Nutzen, sondern schweren wirtschaftlichen Schaden zufügen müssen. Diese ganze Klasse der kleinen Landleute von Hamm hat also ebenfalls wieder die Stimme im Hauptvorstande der Centralpartei. Die ganze Schaar der kleinen Bauern ist ohne jeden Einfluss auf die Parteileitung und deshalb werden ihre Interessen geradezu verlogen. Man betrachtet die Arbeiterchaft und die Klasse der kleinen Leute auf dem Lande augenscheinlich bloß als Stimmvieh, mit dem man sonst nicht weiter zu rechnen braucht. Das übrige machen die hohen Herren unter sich ab.“

Dieselbe Nummer des „Christlichen Hauschages“ bringt einen Artikel aus der Feder eines organisierten christlichen Arbeiters. Da heißt es:

„Will man der Landwirtschaft helfen, so kann dem ohnehin schon durch Steuern belasteten Arbeiter nicht zugemutet werden, einen Teil seines hauerverdienten Lohnes den Großgrundbesitzern noch in den Schoß zu legen. Wären diejenigen die eventuellen Pöble tragen, denen von der Natur das Glück beschieden ist, als Kind eines mehrfachen Millionenbesitzers das Licht der Welt zu erblicken.“

Man muß stanuen, wie schnell unsre Führer — ihre Gesinnung geändert haben, daß sie ihre früheren Anschauungen mit Füßen treten, indem sie jetzt für eine Erhöhung der Zölle eintreten, um einer kleinen Schaar Großgrundbesitzer, die es doch am wenigsten bedürfen, das Kapital noch zu mehren. Denn das sind wir uns bewußt: Der Kleinbauer hat keinen Nutzen davon, und der Pächter eines Grundes am allerwenigsten. Mit dem Vorgehen meines Abgeordneten, Herrn Kirch, in dieser Sache, können wir uns ebenfalls einverstanden erklären. Warum hat er nicht die Gesinnung des größten Brotkonsumenten, der Arbeiter, in Erfahrung zu bringen gesucht und deren Wünsche entgegen genommen, anstatt in geheimer Sitzung unter Verschluss über die Pöble zu verhandeln? Wir müssen dies förmlich als Mißbrauch ansehen. Wir Arbeiter haben auf alle Fälle das größte Kontingent Stimmen zu seinem alljährigen Wahlerfolg abzugeben. Gerade dadurch, daß Herr Kirch in unsrer schlechten Geschäfts-Konjunktur ein Schwärmer für die Pöble geworden ist, hat er unser Vertrauen mißbraucht, und das werden wir nicht vergeßen.“

Der christliche Arbeiter heißt dann die verlogenen Nebenarten, mit denen das Centrum das Proletariat für seine Zollunruhe-Politik zu gewinnen sucht, so wenn man den Arbeitern vorgaukelt:

„Geht der Zoll durch, dann verdienen die Arbeiter viel, oder das Ausland trägt den Zoll u. dergl. Lustschlösser. Unsre christlichen Arbeiter sind aber schon so helle geworden, daß sie den Humbug verwerfen.“

In einem dritten Artikel „Alle Besprechungen“ wird dem führenden Centrumsorgan, „Germania“ ein Artikel vom 5. November 1890 (Nr. 205, viertes Blatt) wie folgt nachgedruckt:

„Ohne eine angängige und gründliche Erörterung der Kosten und der Dedingsfrage (des 1890er Flottenbauplans R.), wie sie

ein solider deutscher Hausvater bei jeder großen Ausgabe für den Haushalt aufstellt, ist jede weitere Erörterung über die Flottenfrage einig Panen von Luftschlössern vergleichbar. Das mit weit über zwei Milliarden veranschlagte Deutsche Reich noch weiter mit Milliarden von Schulden zu belasten, müssen wir eben abbleiben, wie wir uns gegen den Gedanken sträuben, die Kosten der Verdoppelung einer Kriegsflotte durch eine Verdoppelung gerade der ärmeren Klassen der Bevölkerung abzunehmen. Ein solcher Gedanke kann vielleicht aus — — — Mährern kommen, oder im Kaiserreichswaldchen eingesaugen worden sein; einem deutschen Gemüte muß es die Scham ins Gesicht treiben, diesem Gedanken auch nur Raum zu geben.“

So die „Germania“ 1890. Das nagelt der „Christliche Hauschag“ mit Feindtrud fest und ruft:

„Heutzutage müßte wohl manchem deutschen Gemüte die Scham ins Gesicht getrieben werden, denn damals haben wir trotz aller vorübergehenden Verleinerungen die Flottenvermehrung mit den Milliarden-Schulden erhalten, und heute, volle zwei Jahre später folgt die Verdoppelung munter nach, und — die „Germania“ verweist mit!“

Werden „Allg. Volkstz.“, „Germania“ und die sonstigen Centrumsblätter auch das veröffentlichen? —

**Ausländer sind es . . .** Die sächsische Regierung, zu jeder Reaktion bereit, hat eine neue scharfe Maßnahme gegen ausländische Studenten, die auf der Bergakademie in Freiberg studieren wollen, verhängt. Ausländische Studenten — es handelt sich fast ausschließlich um Russen — sollen künftig nicht mehr auf Grund des Reisezeugnisses eines russischen Gymnasiums zur Bergakademie zugelassen werden, sondern sollen den Nachweis erbringen, daß sie bereits an einer russischen Hochschule studiert haben. Auf diese Art hofft man die russische Jugend, die nicht in Regierungsdienste, weder in ziviler noch in sächsischer, zu erziehen pflegt, etwas mehr fernzuhalten. Daß die Befürwortung des sächsischen Ministeriums nicht auf ausschließlich wissenschaftlichen Rücksichten beruht, beweist die Thatsache, daß für deutsche Staatsangehörige, die das Reisezeugnis eines russischen Gymnasiums erbringen, eine Ausnahmebehandlung vorgesehen bleibt.

Die „Kreuz-Zeitung“ nimmt, wie vermuten, mit tiefem Schmerz, davon Notiz, daß Genosse Luxemburg die deutsche Staatsangehörigkeit bezieht, also nicht über die Grenze geschickt werden kann. Das Blatt erlucht uns, unferneits zu beruhigen, daß in der Redaktion der „Kreuz-Zeitung“ keine Russen thätig sind. Wir dürfen wohl diese Behauptung so aufpassen, daß ihre Redaktions-Russen — es sind unsres Wissens Deutsch-Russen — die Naturalisation erworben haben.

Zu einer Entschuldigung wegen ihrer gemeinen Denunziation verzieht sich das Kreuz-Blatt natürlich nicht. —

## Ausland.

### Frankreich.

**Die Wahlvorbereitungen** sind im vollen Gange, am eifrigsten ist die Regierung. Diese hat Circulars an die Präfekten versandt, in welchen sie die üblichen Anweisungen über das Wahlverfahren giebt. Dagegen würde sich kaum etwas einwenden lassen, sonderbar aber mutet es an, wenn Waldeck-Rousseau sämtliche Präfekten des Landes nach Paris einberuft, um mit ihnen die Lage des Wahlkampfes im allgemeinen und in ihren speciellen Kreisen zu beraten. Dieser Präfektenempfang seitens des Ministers hat dieser Tage begonnen und wird voraussichtlich 3—4 Tage in Anspruch nehmen. —

**Rücktritt des Cabinetts Waldeck-Rousseau.** Nach der „Aurore“ beabsichtigt der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau nicht, wie seit längerer Zeit gerüchelt wurde, nach den Wahlen, sondern noch vor den Wahlen mit dem gesamten Cabinet zurückzutreten. —

### Attentatsfaberei.

**Paris, 4. April.** Eine Note der „Agence Havas“ besagt: Einige italienische und französische Blätter hatten in den letzten Tagen gemeldet, das italienische Konsulat in Nizza habe ein gegen den König von England gerichtetes anarcho-socialistisches Komplotz entdeckt, welches für den Fall, daß der König nach Cannes käme, zur Ausführung gelangen sollte, und die italienische Polizei habe eine entsprechende Mitteilung nach London gelangen lassen. Dieses Gerücht emdriht jeder Begründung. —

### England.

**Die englische Arbeiter-Gesetzgebung.** Das internationale socialistische Secretariat zu Brüssel hat an die socialistischen Parteien und socialistischen Abgeordneten aller Länder die Aufforderung gerichtet, ihr alle Arbeitergesetze einzusenden, um so eine Sammlung sämtlicher Arbeitergesetze herzustellen zu können. Darauf hat die Unabhängige Arbeiterpartei Englands geantwortet, daß sie diesem Verlangen kaum nachkommen könne. Seit 1839 seien etwa 500 Parlaments- und Regierungsgesetze erlassen worden, die sich auf die Arbeit beziehen. Darunter seien bestimmt 300, die kaum durch Rechtsgelehrte richtig interpretiert werden könnten. Eine abgeschlossene Arbeiter-Gesetzgebung existiere nicht, das bestehende Recht sei nur zu Stande gekommen durch Einzelbestimmungen, Verordnungen, Beschlüsse hoher Gerichtshöfe u. u. —

### Dänemark.

**Der Verkauf der westindischen Inseln.** Vor etwa einem Monat teilte „Socialdemokraten“ mit, daß der eine der beiden Agenten, die für den Verkauf der Inseln thätig waren, Niels Grön, nun von den Antiverkaufs-Männern ange worden worden sei und nach Amerika abgereist sei, um dort gegen den Verkauf zu wirken.

Jetzt ist dem Repräsentantenhaus zu Washington der Geheimbericht des Agenten Christmas an das frühere dänische Ministerium Schickel, betreffend die Besprechungen amerikanischer Abgeordneter, vorgelegt worden und auf Antrag des Abgeordneten Richardson eine Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit gewählt worden. Ein Privattelegramm der Kopenhagener „Nationaltidende“ meldet nun, daß es Niels Grön war, der Re. Richardson den Bericht gab, woraus dieser seine Forderung einer Untersuchungskommission gründete und das Grön jetzt thätig gegen den Inselhandel agitiert.

Ein weiteres Telegramm meldet derselben konservativen Zeitung: „Die Affaire Christmas ist ein Versuch seitens gewisser New Yorker und Bostoner Kapitalisten, die endgültige Ratifikation des Kaufvertrages zu verhindern. Diese Kapitalisten, die ein Kommissions-salaire bei der dänisch-amerikanischen Ratifikation zu erzielen streben, benutzen vor zwei Jahren Niels Grön als ihren Agenten. Da aber die Regierung sich weigerte, mit Grön zu verhandeln, suchten die amerikanischen Kapitalisten den Verkauf zu verhindern und veranlaßten deswegen Re. Richardson zu jenem Vorgehen, das nun die Einsetzung einer Kommission zur Folge hatte. Der Zweck ist, Dänemark zur Ratifikation der endgültigen Ratifikation des Kaufvertrages zu bringen.“ — Bekanntlich hat das dänische Landsting bisher sein möglichstes gethan, um in dieser Hinsicht den Wünschen dieser amerikanischen Kapitalisten Rechnung zu tragen.

„Socialdemokraten“ weist darauf hin, daß es das konservative „Vort Land“ und die „Nationaltidende“ waren, die zuerst den Geheimbericht Christmas veröffentlichten, und erklärt: „Der Bericht muß entweder dem Ministerium gestohlen oder von einem der abgezogenen Minister den Konservativen zum Gebrauch ausgeliefert worden sein.“ — Die Sache ist so ernst geworden, daß die Frage wegen Schwerverbrechen erhoben werden muß. Es muß aufgeklärt werden, welcher von den konservativen Ministern Christmas Bericht den Verlaufsgegnern in die Hände gespielt hat, um damit dem amerikanischen Volkvertreter, der ihn dazu gebracht, seiner Regierung Hindernisse zu bereiten und die Abgeordneten abguschrecken von der Ratifikation des Kaufes. . . . —

## Rußland.

**Revolutionäre Demonstration in Odessa.** Einige Tage nach der grandiosen Demonstration in Petersburg fand eine ähnliche auch in Odessa statt. Die Polizei hatte alle Vorkehrungen zu dem Tage der Bauern-Emancipation getroffen, in der Meinung, die Demonstrationen hätten die Demonstration für diesen Tag angeführt, man hätte sie aber durch falsche Denunziationen genötigt. Sie nahm Massenhaftungen und Verhaftungen vor, bei denen es ihr wohl gelang, Flugblätter und einige für die Demonstration vorbereiteten Plakate zu konfiszieren, die leitenden Komitees der Bewegung blieben aber unverletzt, und als am Samstag, den 8. März, um 12 Uhr mittags plötzlich die Verhaftungsbefehle sich mit großen Menschenmengen zu füllen begannen, da mußte die Polizei einsehen, daß ihre Bemühungen so nutzlos geblieben waren. Die Zahl der Demonstranten wird auf 6000 geschätzt. Die ganze Demonstration wurde von den drei vorkommenden Gruppen, dem Komitee der sozialdemokratischen Partei, dem Komitee der revolutionären Sozialdemokratie des Südens und dem Komitee der sozialistischen Revolutionäre geleitet. Die Demonstranten sangen revolutionäre Lieder und entfalteten mehrere Fahnen. Alle Magazine waren geschlossen. Zur Niederschreibung der Demonstration waren Polizisten, Kosaken und Feuerwehre erschienen, die unter der Leitung des Generals Schwalow standen. „Ich werde das ganze Ereignis“, schreibt ein Augenzeuge, „nie aus meiner Seele auslöschen können. Ich sehe die Unzahl von Kosaken und Polizisten, die hin und her jagen, um jeden und alle zu zerstreuen und niederschlagen, ich sehe Klumpen überall und die heftigen Anrufe. In meinen Ohren klingt ununterbrochen die Stimme Schwalows: „Haut!“ Ich sehe den General, wie er beim Anblick einer Fahne mit der Aufschrift „Freiheit“ in wahnwitziger Wut aufschreit: „Schlagt tot die Freiheit!“ Vor den Augen der tausendköpfigen Menge wurden wehrlose Menschen grausam verprügelt. In den Polizeiwachstuben wurden die Verhafteten fortgeführt, denn hier sah es niemand. Hier zog man den Verhafteten Seile über den Kopf, warf sie auf die Erde und schlug, schlug... Man erzählt Szenen, die an die Zeiten der Inquisition erinnern. Aus einer anderen Quelle können wir berichten: „In den Kerkerstuden geschahen schreckliche Dinge; die Unglücklichen, die in die Hände der Polizei gefallen waren, wurden beschimpft und geschlagen. Sie mußten die ekelhaftesten Schimpfwörter ertragen, und wollten sie es nicht, schlug man sie ohne Gnade. Einige, die jetzt freigelassen sind, sind buchstäblich verstümmelt. Sie erzählen über fast ungläubliche Robereien der Polizei. Der Wirt des Boulevardwachtpostens hat einen der Arrestierten geschlagen und an den Haaren gejerrt, wobei er ihm einen ganzen Büschel Haare ausgerissen hat. Um nun die Spuren der Mißhandlung zu vernichten, hat man dem Arrestierten den ganzen Kopf einfach abgehauen. Nach der Demonstration wurden die Verhaftungen fortgesetzt, was aber die aufgeregte Stimmung noch mehr erhitzt hat. In der Stadt finden immer neue Flugblätter und Aufrufe Verbreitung, was zeigt, daß die Organisationen an Schlagfertigkeit nicht das geringste eingebüßt haben.“

## Der Boeren-Krieg.

### Die Friedensverhandlungen.

„Daily Mail“ berichtet aus Brüssel, Dr. Leyds habe erklärt, die von der „Daily Mail“ veröffentlichten Friedensbedingungen seien die der englischen Regierung. Die Boeren könnten sie aber nicht annehmen, weil sie nicht die Unabhängigkeit einbilden. Die Konferenz der Boeren-Delegierten mit dem Präsidenten Krüger werde hierüber endgültig Klarheit schaffen.

Aus Brüssel wird weiter berichtet, das Ergebnis der bei Dr. Leyds stattgefundenen Boerenkonferenz gestalte die Mitteilung, daß die Einstellung der Feindseligkeiten noch nicht in Aussicht gestellt werden könne, da die englische Regierung es noch immer ablehne, die Unabhängigkeitsfrage anzuerkennen. Die Boeren-Delegierten erklären, die englische Regierung verlange die Übergabe der Boeren, bevor sie mit Schall Bürger in Unterhandlung trete. Diefem Verlangen werde jedoch keine Folge gegeben, so lange England nicht eine Grundlage aufgestellt haben werde, welche eine Garantie dafür sei, daß die Unterhandlungen Aussicht auf Erfolg haben. Auch über die Frage der Unabhängigkeit herrsche dieselbe Ansicht. Die Boeren könnten in dieser Hinsicht von ihrer Forderung nicht abgehen.

Während die letzten Telegramme aus Südafrika berichten, daß es Schall Bürger und anderen Mitgliedern der Transvaal-Regierung endlich gelungen sei, mit Steijn in Verbindung zu treten, wird andererseits behauptet, Steijn habe sich zu De Wet begeben, um mit demselben eine Unterredung zu haben. De Wet besitze großen Einfluß auf Krüger.

### Angedachte Boerenverluste.

Der letzte Wochenbericht Lord Kitcheners bezifferte den Abgang der Boerenkrieger auf 276 Mann bzw. auf 23 Tote, 3 Verwundete, 201 Gefangene, 49 freiwillig die Waffen streckende Boeren, sowie auf 217 Gewehre, 15 000 Patronen, 37 Wagen und 100 Pferde. In den ersten drei Monaten dieses Jahres betragen die Boerenverluste: Januar 1888, Februar 1724, März 1909, insgesamt 6079 Mann.

Angesichts solcher Verluste lohnt es sich doch eigentlich gar nicht für die Engländer, erst noch in Friedensverhandlungen einzutreten, da man ja in einem halben Jahre sämtliche noch im Felde stehenden Boeren gefangen genommen haben müßte. Die Verlustlisten müssen also ihren Haken haben.

### Neue erbitterte Kämpfe.

Ein Telegramm Lord Kitcheners besagt, General Walker Kitchener, welche ihm aus Dialekt (West-Transvaal), er habe am 31. März eine Aufklärungsarmee nach dem Hartswater geschickt. Die Truppe sei bald auf die Spuren feindsichtiger Geiseln gestoßen und habe die Boeren während der Nacht acht Meilen weit durch den Busch verfolgt. Als sie sich dann auf ebenem Terrain entwickeln wollte, stürzten Verflüchtungen, welche die Boeren inzwischen erhalten hatten, gegen die Flanken der Truppe. Letztere war genötigt, eine Verteidigungsstellung einzunehmen und verschanzte sich eiligst. Es entspann sich nunmehr ein erbitterter Kampf. Schließlich wurden die Boeren auf allen Seiten zurückgeworfen. Delarey und Kemp bemühten sich vergeblich, die Boeren, welche 1500 Mann zählten, zu überreden, den Angriff zu erneuern. Sie hatten zu stark gelitten und zogen sich nach Nordwesten und Süden zurück. Auch die englischen Verluste sind sehr groß. Eine englische Abteilung leistete so lange Widerstand, bis alle Mann gefallen oder verwundet waren.

### Lehrreiche „Neutralität“.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ meldet: Die englische Regierung hatte 30 000 Werbegerichte bei der Firma Wolfner in Neapel bestellt. Als die Fabrik zum Termin nicht alles liefern konnte, stellte ihr die Auldopfer Militärbehörde das Fehrende aus ihren Depots leihweise zur Verfügung! Das ist ein Beitrag zu der berühmten Neutralität Oesterreich-Ungarns!

## Partei-Nachrichten.

Für den Wahlkreis Greifswald-Grimmen wurde in einer Wahlkreis-Konferenz der Genosse A. Hanisch aus Stettin als Reichstagskandidat aufgestellt.

Der achte Kongress der niederländischen Sozialdemokratie tagte in den Osterferien in Groningen und wurde am Sonntagvormittag von dem Parteivorstandenden Henri Polak eröffnet. Anwesend waren 113 Delegierte mit 126 Mandaten. Das Bureau des Kongresses wurde, wie üblich, durch den Parteivorstand gebildet. Nachdem die Debatten über den Jahresbericht und den Kostenbericht (woraus das Wesentlichste bereits in Nr. 57 des „Vorwärts“ wiedergegeben wurde) beendet waren, ging der Kongress zu der wichtigsten Frage, zu der „Schulfrage“ über. Die Frage, ob und

unter welchen Bedingungen die Partei für oder gegen die staatliche Unterstützung der privaten Schulen, die sich zu einem großen Teil in Händen der Geistlichkeit befinden, eintreten soll, ob die Partei nicht ganz entschieden die religiös-neutrale, „allgemein verpflichtende Staatschule“ fordern solle, diese Frage hat bereits eine sehr umfangreiche Diskussion in der Parteipresse hervorgerufen.

Dem Vorleser lagen hierzu etwa zehn verschiedene, teils recht ausführliche Resolutionen vor, die von den betreffenden Delegierten nacheinander begründet und erklärt wurden. Dann folgte eine allgemeine Diskussion, die sich bis zum Schluß des ersten Verhandlungstages hinzog. Sie führte zu der Wahl einer Kommission, bestehend aus den Genossen Troelstra, Gorter, Wijffels, Geertma, Vliegen, Schaper und Wendels, die sich über eine Resolution einigen oder, wenn das nicht möglich sein sollte, dem Kongress zwei Resolutionen zur Entscheidung vorlegen sollten. Die Kommission wählte das letztere; drei ihrer Mitglieder legten eine Resolution vor, worin die entschiedene Verweigerung jeglicher Unterstützung an die privaten Schulen verlangt wird, die übrigen vier die folgende Resolution, die dann am Montagvormittag von dem Kongress mit 72 gegen 33 Stimmen bei 18 Stimmenthaltnungen angenommen wurde:

„Der Kongress der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei stellt an den Staat die Forderung, dafür zu sorgen, daß überall allgemein verpflichtender, kostenloser, genügender Elementarunterricht erteilt wird.“

erachtet deshalb die Hebung des Niveaus der unteren Schule für notwendig, mit Bezahung aller Unkosten und sachkundiger Aufsicht durch den Staat;

konstatiert, daß ein großer Teil der arbeitenden Klasse in Niederland für seine Kinder religiösen Unterricht verlangt, und erachtet es für nicht wünschenswert, ihm darin entgegenzuwirken, da die Sozialdemokratie die Einigkeit der Arbeiterklasse gegenüber gläubigen und ungläubigen Kapitalisten auf wirtschaftlichem Gebiete nicht wegen theologischer Streitigkeiten dreimächtig darzulegen will;

stellt an die besondere Schule dieselben materiellen Forderungen wie an die öffentlichen, auch hinsichtlich der Position der Lehrer, deren Selbständigkeit durch den Staat garantiert werden muß, ebenso wie die Freiheit der Eltern in der Wahl der Schule, und erklärt sich um bei vollständiger Erfüllung dieser Bedingungen für Maßregeln, die die Gleichstellung der besonderen Schulen mit der öffentlichen im Auge haben.“

In der Sitzung vom Montagvormittag wurden unter anderem folgende Beschlüsse gefaßt:

Die Parteikasse übernimmt die Kosten für das Informations-Bureau der Gemeinderats-Mitglieder; der Kongress macht es den sozialdemokratischen Gemeinderats-Mitgliedern zur Pflicht, Mitglied der Organisation der Gemeinderats-Mitglieder zu sein. Hinsichtlich eines Antrags, dem „Sozialdemokratischen Studien-Klub“ eine jährliche Unterstützung von 100 Gulden zu gewähren, sowie hinsichtlich verschiedener Anträge auf finanzielle Unterstützung lokaler Propaganda und der Anstellung provinzieller Propagandisten und Organisatoren wurde beschloffen, dem Parteivorstand freie Hand zu lassen.

Zum Punkt „Frauenarbeit“ referierte Holsdingen über die von dem Minister Kuyper beschlossene Verächtlichmachung der geschlechtlichen Schutzbestimmungen durch Ausdehnung der für Frauen in den Fischhändlerinnen zulässigen Arbeitszeit bis 12 resp. 2 Uhr nachts. Ohne Diskussion wurde hierzu die folgende Resolution unter lauten Beifall angenommen:

„Der Kongress der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, gehalten zu Groningen am 30. und 31. März 1902, der Kenntnis genommen hat von den durchgeführten und beantragten Maßnahmen des Ministers des Innern, betreffend die Arbeit der Frauen und Kinder, durch den Beschluß vom 28. November 1901 (damals verlängerte Dr. Kuyper die den Fertigungsindustrien gewährte Verächtlichmachung, Frauen bis 10 Uhr abends zu beschäftigen, auf weitere fünf Jahre) und durch den eingebrachten Gesetzentwurf zur Abänderung des Artikels 5. des Arbeitsgesetzes, dahingehend, die Nachtarbeit von Frauen über 16 Jahre beim Heringsfischen fortan zuzulassen, sieht die vorgeschlagene Abänderung dieses Gesetzes als ein reaktionäres Vorhaben zur Abschwächung der Schutzmöglichkeiten für Frauen und Kinder an, spricht seine Mißbilligung darüber aus und hofft, daß das Parlament die Absicht zur Verschlechterung des Gesetzes vereiteln wird.“

Zur **Mai-Bewegung** wurde auf Antrag des Parteivorstandes beschloffen, daß am ersten Mai mit der Agitation für den Achtstundentag so viel wie möglich die Agitation für das allgemeine Wahlrecht verbunden werden soll. — Als Hauptredacteur von „Het Volk“ wurde Troelstra einstimmig wiedergewählt. — In den Parteivorstand wurden gewählt: Troelstra, Schaper, Holsdingen und Jean H. Roland-Holt.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete die „Parlamentarische Aktion“. Hierzu verlangte jedoch niemand das Wort. Die Tätigkeit der Stammmitglieder wurde allseitig aufgegeben.

Nachdem noch der Delegierte Tijhof für die Unterstützung der streikenden Weber in Enschede, und Da Lebita für die den Diamantarbeitern gewährte finanzielle und moralische Unterstützung der Partei den Dank ausgesprochen hatten, wurde der Kongress vom Vorsitzenden mit dem Hinweis darauf, daß die Vermittlungen und Hoffnungen der Gegner, es werde zu liegenden Streitigkeiten kommen, sich nicht erfüllt hätten und die Partei fest und geeinigt dasteht, unter Absingung des Freiheitsliedes ging der Kongress auseinander.

### Ungarischer sozialdemokratischer Parteitag.

Der Kongress der ungarischen Sozialdemokratie fand über die Osterferien in Budapest statt.

Der Bericht der Parteileitung konstatiert eine Esparkung der Partei, die sich vor allem in einem glänzigen Kasernenausweis bemerkbar macht. Die Partei hat auch zur Verbreitung ihrer Prinzipien an der letzten Wahlbewegung teilgenommen, diese so ausnützend, daß sie in mindestens 300 Orten Versammlungen abhielt, wo es bis dahin überhaupt keine Versammlungen gab. Außerdem wurden 350 000 Wahlplakate, sowie die Broschüre „Die Sozialdemokraten kommen!“ in 100 000 Exemplaren verbreitet. Die Bewegung der Feldarbeiter hat sich trotz großer Arbeitslosigkeit gefestigt; auch die Zahl der gewerkschaftlich organisierten industriellen Arbeiter ist trotz der furchtbaren Krise um ungefähr 1000 Köpfe gestiegen. Die behördlichen Verfolgungen und Entlassungen waren natürlich nicht gering. Der innere Esparkung der Partei entsprechend ist auch die Verbreitung der Parteipresse größer geworden. Die „Sollstimme“ und die „Kepszava“ wurden vergrößert. Es erscheint jetzt auch ein Wochenblatt in serbischer Sprache. Außerdem erscheinen noch in Preßburg, Temeswar und Janköpolisz politische Parteiblätter. Die Zahl der Fachblätter hat sich um eines vermehrt und beträgt acht. Auch der „Kepszava“-Kalender erzielte einen großen Erfolg.

Dem Kongresse waren Begrüßungsschreiben des belgischen sozialdemokratischen Bureaus, der deutschen und österreichischen Bruderparteien, der unabhängigen Arbeiterpartei Englands usw. zugegangen.

Die Verhandlungen waren im Gegensatz zu früher ruhig und sachlich. Ein wichtiger Punkt der Tagesordnung war die Stellungnahme zur Wirtschaftspolitik des Landes.

Referent Dr. Goldner führte dazu aus, daß es im Interesse des ungarischen Parteitageliege, seine Stellung zu der Wirtschaftspolitik des Landes klar zu bezeichnen. Die bürgerlichen Politiker sind für oder gegen die Zollgemeinamkeit mit Oesterreich, je nachdem sich die betreffende Klasse hiervon eine Erhöhung oder ein Sinken ihrer Profite verspricht. Scheinbar hat dieser Zwist bürgerlicher Parteien für die Arbeiterklasse kein Interesse. Wenn aber ein Sozialdemokrat ebenfalls für das selbständige Zollgebiet eintritt, so ist dies etwas ganz anderes, als wenn die Unabhängigkeitspartei dies thut; denn diese will um den Preis von Schutzzöllen, welche die Konsumenten tragen müssen, den Profit der Kapitalistenklasse erhöhen. Wir betrachten dagegen die wirtschaftliche Selbständigkeit Ungarns nur als Mittel zum Zweck, verabschieden alle Schutzzölle und sind nur für sogenannte

Erziehungszölle, um die industrielle Entwicklung des Landes zu beschleunigen. Von der Entwicklung der kapitalistischen Produktion ist ein Steigen der Arbeitslöhne zu erwarten. Die Großindustrie bedingt Konzentration der Arbeitermassen, ohne die eine Agitation nicht möglich ist. Allerdings sind Vorbedingungen zur Entwicklung der Industrie: Hebung der Bildung und Konsumtionsfähigkeit des Volkes, politische Rechte und Arbeiterrecht-Gesetze. Auch dürfen sich die Erziehungszölle nicht zu Schutzzöllen auswachen, sondern müssen beizeiten abgehoben werden. Durch Einsetzen für Erziehungszölle werden wir auch dem prinzipiellen Standpunkt, der alle indirekten Steuern verweist, nicht untreu, noch auch durch die Forderung der wirtschaftlichen Selbständigkeit gegen das Prinzip der Internationalität. Wir fordern ja das Selbstbestimmungsrecht für alle Körperschaften und Organisationen, um so mehr für den Staat. Die Entwicklung der Industrie wird auch auf die Landarbeiterbewegung von Nutzen sein. (Beifall.) Auch der letzte Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie hat in seiner Resolution die Erziehungszölle nicht verabschiedet.

Korreferent Garani wendet sich gegen diese Ausführungen: Wirtschaftliche und großindustrielle Entwicklung sind nicht dasselbe. Goldners Beschlußantrag enthält Nichtiges und Falsches; er scheint nachträglich Argumente für das selbständige Zollgebiet gesucht zu haben. In und für sich ist die Förderung der industriellen Entwicklung nicht im Interesse der Arbeiterklasse gelegen. Es giebt auch Kultur in Ländern ohne Großindustrie und umgekehrt, wofür er Beispiele anführt. Schweden ist kulturell hochentwickelt und dennoch Agrarland. Die Sozialdemokratie hat bisher noch in keinem Lande Industrieförderungs-Politik getrieben, das war Sache der bürgerlichen Klassen. Die künstliche Züchtung der Großindustrie ist eine verwerfliche Selbsttäuschung. Durch Zölle läßt sich aber die Industrie auch gar nicht schaffen. Goldner hat selbst angegeben, daß auch die Erziehungszölle vom Volke getragen werden. Wie haben keine Ursache, nach diesen Lehren und Ergebnissen und für Zölle welcher Art immer zu begeistern. Das selbständige Zollgebiet Ungarns mit Zollschranken hat auch nichts mit der Unabhängigkeit und Demokratie zu thun. Handelsbeschlußantrag vom Wiener Parteitag paßt gar nicht hierher. Zölle und Arbeiterfragen vertragen sich schlecht miteinander. Zwischen Schutz- und Erziehungszoll besteht nur in der Theorie ein Unterschied, aber in der Praxis bestände ein solcher in Ungarn nicht; die Wirkung ist die gleiche. Mit der Phrase von der wirtschaftlichen Unabhängigkeit wird das ungarische Volk seit Jahrzehnten von den bürgerlichen Politikern betrogen. Die Abschließung nach außen bedeutet gesteigerte Ausbeutung und Schwächung der Arbeiterklasse durch die inländischen Kapitalisten. Das kulturelle so unabhängige, zum Widerstand unfähige Proletariat Ungarns darf man der kapitalistischen Profitwelt nicht noch mehr anheften. Das Land muß von allen Fesseln befreit und die freie Entfaltung seiner wirtschaftlichen Kräfte ermöglicht werden. Er bittet, den Beschlußantrag Dr. Goldners abzulehnen und empfiehlt seine Resolution zur Annahme. (Lebhafter Beifall.)

Ueber die Debatte und die Beschlußfassung zu dieser Frage liegt noch kein Bericht vor.

Es wurde dann ein Komitee zur Verwertung eines neuen Parteiprogramms eingesetzt, das aus den Genossen Bokanyi, Czigmadia, Goldner, Garani, Grohmann und Beltner besteht.

Es wurden noch mehrere Resolutionen zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts und der Abänderung der Arbeiterrecht-Gesetze angenommen. Für den Fall der Nichterfüllung dieser Forderungen wird mit dem Generalkongress gedroht.

In die Parteileitung wurden mit großer Stimmenmehrheit gewählt: Desider Bokanyi, Alexander Czigmadia, Alexander Garbai, Ernst Garani, Dr. Adolf Goldner, Mag. Grohmann, Jakob Israel, Geza Malachuk, Georg Boris, Andreas Salp, Jakob Beltner; zu Controleuren: Georg Gogolyn, Geza Kovacs und Jozef Petrol.

### Die sozialistische Partei der Vereinigten Staaten giebt

dem internationalen Sekretariat zu Brüssel einen Bericht über den jetzigen Stand der Bewegung. Daran entnehmen wir, daß zur Zeit 150 Gruppen der vereinigten Partei angeschlossen sind. Auf dem Kongress zu St. Louis am 24. bis 26. Januar waren dreizehn Staaten vertreten. Als befehlender Sekretär ist Greenbaum angestellt. Zur Zeit wird eine lebhaft agitative Bewegung betrieben, um die Organisation zu festigen; drei fest angestellte Agitatoren sind fortgesetzt unterwegs.

### Aus Industrie und Handel.

Das **Coal-Syndikat** beziffert nach vorläufigen Feststellungen den Winderablass an Coals im ersten Vierteljahr 1902 auf 550 000 Tonnen gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres. Daß dieses Quantum im Laufe des Jahres durch größeren Ablass wieder eingeholt werden könnte, erscheint vollkommen ausgeschlossen.

### Neunte Generalversammlung des Vereins Deutscher Schuhmacher.

München, den 3. April 1902.

Nach weiterer reger Diskussion beschäftigte sich Simon mit den gegen den Vorstand gerichteten Vorwürfen. Der Vorstand sei überzeugt, daß er nichts gethan habe, was zum Schaden der Organisation gewesen wäre. Das Cirkular in betreff der Maßfelle hielt der Vorstand mit Rücksicht auf die allgemeine Geschäftslage für notwendig. Auch mit dem Cirkular bezüglich der Abstimmung über die Arbeitslosen-Unterstützung wollte der Vorstand nur Aufklärung schaffen. Bezüglich der Besichtigung der Provinzial-Konferenzen durch den Vorstand steht derselbe auf dem Standpunkt, daß, so weit möglich, der Vorstand Fühlung mit den Konferenzen und Agitationskommissionen haben muß. Kassierer Kuhn beschäftigt sich ebenfalls mit den einzelnen Rednern und gab in Bezug auf den Kasernenbericht die gewünschte Auskunft. Ein Antrag der Konferenz Brandenburg, dem Vorstand eine Klage zu erteilen, wurde abgelehnt und dem Gewerkevorstand einstimmig die Charge erteilt. Angenommen wurde der Antrag Weisenfels: den anlässlich der Differenz über Auszahlung von Wochenruhen-Unterstützung der Zahlstelle Weisenfels zugeschriebenen Kasernenbestand auf den wirklichen Betrag herabzusetzen.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: Einführung der obligatorischen Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wurden Rolle als Referent, Nowag-Stranberg als Korreferent bestimmt.

Rolle begründete in 25stündiger Rede die Anträge des Vorstandes. Zunächst habe man zu prüfen, ob die obligatorische Einführung möglich, ob wir im Stande sind, die Beiträge aufzubringen, und ob mit diesen Beiträgen auch die Kosten bestritten werden können. Nach einer vom Kassierer Kuhn angefertigten Statistik würde die Einführung der Arbeitslosenunterstützung allerdings ein Defizit bringen, dieses würde aber abgehoben, da die nach § 2 und 8 des Statuts gezahlten Unterstützungen in Westfalen lämen und in der Arbeitslosenunterstützung inbegriffen sind. Am weitestens der Berliner Kollegen gesagt, daß es Pflicht des Staates sei, für die Arbeitslosen zu sorgen. Aber auf die staatliche Fürsorge läme man die Arbeitslosen auf die Dauer nicht verlassen. Würde der Staat die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in die Hand nehmen, so dürfte die Auszahlung mehr im Interesse der Unternehmer als dem der Arbeiter ausfallen, weil beispielsweise bei Streiks den Arbeitern zugunsten werden könnte, im Streikgebiet Arbeit anzunehmen. Man fürchtet durch die Einführung der Arbeitslosen-Versicherung eine Schwächung der Organisation. Als vor sieben Jahren im Metallarbeiter-Verband zum erstenmal die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung angeregten wurde, hatten die Gegner den Kampf mit denselben Argumenten und teilweise in derselben Sprache geführt wie bei uns. Und was sei in Wirklichkeit eingetrossen? Bei Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung waren im Metallarbeiter-Verband 55 017 Mitglieder, ein Jahr später waren es 100 702. Dabei wurden die Unterstützungssummen sehr reichlich aufgebracht und ein beträchtlicher Ueberschuß erzielt. Die Behauptung, daß die Schuhmacher 30 Pf. nicht leisten könnten,

sei nicht wahr; es müsse nur ein guter Wille und eine wirtschaftliche Ueberzeugung vorhanden sein. Redner ist überzeugt, daß die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung heute schon möglich sei, ohne daß die Organisation, wie behauptet, sich verbluten würde. Wenn man gegen die Arbeitslosen-Unterstützung sei, müßte man konsequenterweise auch gegen die Rente-Unterstützung sein. (Sehr richtig!) Warum soll man den jüngeren Kollegen eine Unterstützung gewähren und den älteren eine solche verweigern? Redner beantwortet zum Schluß die Anträge des Vorstandes und erachtet um deren Annahme im Interesse der Organisation. (Beifall.)

Der Korreferent Rowa g. Straußberg will die vom Referenten für die Notwendigkeit und Vorteile einer Arbeitslosen-Unterstützung vorgetragene Gründe nicht gelten lassen. Auf der letzten Generalversammlung wurde die fakultative Arbeitslosen- und Kranken-Unterstützung eingeführt, aber es habe sich der größte Teil der Mitglieder nicht daran beteiligt. Auch das Resultat der Urabstimmung zeige, trotz der Beeinflussung durch den Vorstand, daß die Majorität gegen die obligatorische Einführung sei. Man sollte doch glauben, daß der Vorstand diese Majorität achtet und die Frage nicht wieder aufrollt. Die erzielten Erfolge im Metallarbeiter-Verband seien denn doch andre. Er habe den Jahresbericht der Berliner Filiale zur Hand, wonach die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung der dortigen Fabrikstelle ein Defizit von 9000 M. gebracht habe; und dies in einer einzigen Fabrikstelle! Dabei müsse in Betracht gezogen werden, daß die Metallarbeiter dort einen gut organisierten Arbeitsnachweis haben und es in der Hand haben, Arbeitslose unterzubringen. Bei den Schuhmachern liegen bekanntlich die organisierten Kollegen am nächsten auf's Plaster. Wie liegen die Verhältnisse bei den Organisationen der Bildhauer, Kupferschmiede, Handschuhmacher? Die Kupferschmiede mußten am 1. April die Unterstützung um 15 Proz. reduzieren, um eine Verringerung des Vereinsvermögens hintanzuhalten, die Bildhauer mußten die Beiträge um 20 Pf. erhöhen. Die Textilarbeiter hatten durch die Erhöhung der Beiträge einen Verlust von 12 000 Mitgliedern, das nämlich würde bei uns eintreten, weil in der Schuhindustrie die niedrigeren Löhne bezahlt werden und die Mitglieder höhere Beiträge nicht leisten können. Dabei konnte weiter in Betracht, daß bei uns noch Hausindustrie vorhanden und die Schöpfung zu den Saisonarbeitern gehören. Redner fürchtet durch die Einführung eine Zerstückelung und Spaltung und beantragt die Ablehnung der Vorstandsanträge.

Die Anträge zeitigten eine lebhafteste Diskussion und sind nicht weniger als 48 Delegierte in die Rednerliste eingetragen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**An die organisierte Arbeiterschaft.** Bekanntlich ist, um der organisierten Arbeiterschaft ein Mittel zur Kontrolle darüber in die Hand zu geben, wo die Forderungen der Barbiererebene willigt sind, von den organisierten Barbiergehilfen die gelbe Kontrollkarte eingeführt worden. Wir erlauben die Arbeiterschaft, bei Inanspruchnahme von Barbieren regelmäßig nach der Kontrollkarte zu fragen. (Die erste Woche im April muß gestempelt sein.)

Gleichzeitig teilen wir mit, daß bei Herrn Troitz, Buttbuscherstr. 19, der Tarif bezahlt wird und sich Herr Troitz verpflichtet hat, nur Gehilfen vom Arbeitsnachweis der organisierten Barbiergehilfen zu nehmen. Gegenständige Verträge beruhen daher auf Irrtum.

Die Agitationskommission. J. A.; Otto Lampe.

### Deutsches Reich.

**Der Verband der Holzarbeiter** hat in der Urabstimmung, an der sich von den ca. 70 000 Mitgliedern 48 901 beteiligten, die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung beschlossen. Für die Einführung stimmten 24 806 Mitglieder, dagegen 24 085. Für eine Beitragserhöhung von 25 auf 35 Pf. pro Woche votierten 12 159, für 40 Pf. 11 866 Mitglieder. Die näheren Bestimmungen über die Arbeitslosen-Unterstützung hat der Verbandstag, der am 4. Mai nach Mainz einberufen ist, zu treffen.

**Die Wagdeburger Bauunternehmer** haben die Absicht, ihren Arbeitern einen herabgesetzten Lohn aufzudrängen, der ohne jede Mitwirkung der Arbeiter einfach von den Unternehmern diktiert werden soll. Eine große Versammlung der Bauhandwerker, an der 3000 Personen teilnahmen, hat dieses Ansuchen einstimmig zurückgewiesen; vorläufig wird man die Vermittlung des Gewerbegerichts anrufen, ehe weitere Schritte unternommen werden.

**In Kiel** hat nach einem uns zugehenden Privattelegramm der Vorsitzende des Gewerbegerichts an den Vorstand der Innung „Bauhütte“ sowohl wie an den Gesellenausschuß das Ersuchen gerichtet, im Interesse des sozialen Friedens das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. — Der Streik der Steinarbeiter dortselbst ist durch gütliche Vereinbarung beigelegt. — Die Forderungen der Schuhmacher sind von 50 Arbeitgebern mit 93 Gezeiten bewilligt; im Streik stehen noch 70 Gezeiten.

**Die Arbeiter der städtischen Gaskasse in Krefeld**, welche fast sämtlich dem Zentralverband der Gemeindearbeiter angehören, haben bei der Stadtverwaltung eine Anzahl Forderungen eingereicht. Sie verlangen statt des bisherigen 12stündigen Arbeitstages einen solchen von 8 Stunden, und einen Anfangslohn von durchschnittlich 4 M. pro Schicht. Dieser Lohn soll von 2 zu 2 Jahren steigen bis zum Höchstgehalt von 8 M. Feiertage sollen auch bezahlt werden. Außerdem verlangen sie die Einführung einer Invalidenversicherung für alle seit mindestens 5 Jahren im Dienste der Stadt stehenden Arbeiter. Auch sollen die Arbeiter, welche länger als 15 Jahren in Diensten der Stadt sind, pensionberechtigt sein. Gleichfalls soll eine Witwen- und Waisenunterstützung gewährt werden. Zum Schluß verlangen die Arbeiter alljährlich einen kleinen Urlaub. Eine Antwort ist den Arbeitern noch nicht zu teil geworden, dieselben sind aber gesonnen, unter allen Umständen auf ihren Forderungen zu bestehen.

**Die Aussperrung der Bau-Arbeiter in Halberstadt** ist durch eine Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern beigelegt. Der Lohn beträgt in Zukunft für Maurer und Zimmerer 40—45 Pf. pro Stunde, für Bau-Mislarbeiter 30—35 Pf.; für 1903 ist eine geringe Erhöhung vorgesehen, die bei den Höchstlöhnen einen Pfennig pro Stunde beträgt. — Für die Vereinbarung stimmten 246, dagegen 49 Arbeitnehmer.

**Der „Allegende Gerichtsstand“ gegen ein Fachorgan.** Das Schöffengericht in Weimar verurteilte den Redakteur der „Fachszeitung“ für Schneider, H. Stähler, Hamburg, wegen Verleumdung des Postreferenten Reuter in Weimar zu 30 M. Geldstrafe. Die Kollig hatte behauptet, daß die Verhältnisse des Herrn Postreferenten nicht den Anforderungen der Gesundheitslehre entsprächen. Der Beweis für die Wahrheit der behaupteten Thatsachen gelang dem Angeklagten; das Gericht sah aber in dem Hinweis auf das „feine“ Alter des Klägers und in der Bemerkung, „er sehe ja sonst so auf Aufrichtigkeit“, so r e i l l e Verleumdungen.

**Der Seidenweberstreik in Rheinfelden** dauert fort. Die am Streik beteiligten Mitglieder des katholischen Arbeitervereins erhalten jetzt, nachdem vorher schon die Unterstützung von Woche zu Woche gekürzt worden war, von ihrer christlichen Organisation gar nichts mehr. Die freien Gewerkschaften werden nun den davon betroffenen Arbeitern die gleiche Unterstützung wie den übrigen Streikenden bezahlen. Diese Unfähigkeit der christlichen Organisation im Kampfe gegen das Unternehmertum hat zur Folge gehabt, daß drei christliche Arbeiter zu Streikbrechern wurden. — Der Streik hat auch Anlaß zu einem Gannersstreik gegeben, dem der Direktor der Firma Baumann, Steussl u. Comp. zum Opfer fiel. Auf dem Comptoir der Firma erschien ein Mann, der erklärte, daß in Freiburg und Basel 20 Seidenweber bereit wären, Streikbrecherdienste zu leisten, nur mangels es denselben an Reisegeld. Die Firma schloß eine beträchtliche Summe vor. Aber darauf hatte es der „Vermittler“ nur abgesehen; weder ihn, noch das Geld, noch Arbeitswillige sah das Empfangskomitee, als es sehnächtig wartend auf dem Bahnhof Zug nach Zürich abwartete.

## Ausland.

**Die Weberaussperrung in Cusche.** Die Firma Van Heel hält noch immer mit größter Hartnäckigkeit an der Lohnherabsetzung fest. Die ausständigen Deckerweber haben sich auf Vorschlag der Vermittlungskommission damit einverstanden erklärt, daß 1/10 der angeforderten Lohnreduktionen eingeleitet werden, wenn dann zwölf Monate lang keine weiteren Reduktionen eintreten. Die Firma aber hat das abgelehnt und verlangt, daß 50 Proz. ihrer Lohnreduktionen sofort in Kraft treten und mit dem 5. Januar 1903 der von ihr aufgestellte Tarif. Die Deckerweber haben sich nun mit dem ersteren einverstanden erklärt, lehnten aber letzteres entschieden ab.

**In Roubaix (Frankreich)** ist ein in einer Spinnerei zum Streik gekommen, weil die Unternehmer sich dem Geiz-Misereand-Collard, nach welchem vom 1. April ab die Arbeitszeit in gemischten Betrieben 10 1/2 Stunden betragen soll, nicht fügen wollen. Sie behaupten, demselben nicht zu unterstehen. Aus dem gleichen Grunde dürfte es noch in einer Reihe anderer Betriebe zu Streikigkeiten kommen.

## Sociales.

**Zur Durchführung des Gewerbegerichts-Gesetzes.** In der Reichstagsdebatte über den Erlass des preussischen Handelsministers zum Gewerbegerichts-Gesetz hatte Graf Posadowsky auf einen neuen Erlass des Handelsministers verwiesen, der die entstandenen Besorgnisse zerstreuen sollte. Der neue Erlass scheint in der That einzulernen. Es heißt in diesem, vom 8. März datierten Erlass, daß von allen beteiligten Behörden die volle und uneingeschränkte Durchführung des Gesetzes erwartet werde. Bei den laut gewordenen Befürchtungen sei übersehen worden, daß der Inhalt der Ortsstatuten, durch die die Errichtung der Gewerbegerichte erfolgt, nicht von dem Willen der Gemeinden abhängt, daß diese Statuten vielmehr der Genehmigung der Bezirksausschüsse unterliegen und von diesen, in zweiter Instanz von den Provinzialräten, nicht etwa nur auf ihre formale Uebereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften, sondern auch hinsichtlich zu prüfen sind, ob die getroffenen Bestimmungen den praktischen Verhältnissen der Gemeinden und den Absichten des Gesetzes entsprechen. Der Minister glaubte voraussetzen zu dürfen, daß statistische Anordnungen, die diese Gesichtspunkte außer acht lassen, die Genehmigung der Beschlußbehörden nicht finden, daß letztere namentlich für Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern ein solches oder drittlich beschränktes Gewerbegericht nur dann gutheißen werden, wenn die getroffenen Bestimmungen durch überwiegende Zweckmäßigkeitsgründe gerechtfertigt erscheinen. Kommt in Fällen dieser Art ein Gewerbegericht nicht zu stande, so würde die Vorschrift des Gesetzes Platz greifen, wonach die Centralbehörde alsdann die zur Errichtung des Gerichts erforderlichen Anordnungen zu treffen hat.

Berührender wäre es allerdings noch, wenn der erste Erlass formell aufgehoben und die nötigen Anweisungen in unanfechtbarer Form erteilt worden wären.

## Aus der Frauenbewegung.

**Gewerkschaftliche Frauenorganisation.** Zur Propaganda für den gewerkschaftlichen Frauenverein findet am 8. April, abends 8 Uhr, im Klubhause in Schöneberg, Hauptstr. 5/6, eine öffentliche Frauen-Versammlung statt. Die Genossin Hedwig Kiesel spricht über die Stellung der Frau in der Industrie. Dann sollen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im „Berliner Lokalanzeiger“ und in den Reform-Reinigungsanstalten besprochen werden. Eingeladen sind alle Frauen und Mädchen, welche in den Reinigungsanstalten beschäftigt sind, ferner alle Zeitungs- und Frühstücks-Austrägerinnen, Garderoben- und Waschfrauen, Aufwärtserinnen und Ausbesserinnen.

### Der unmaßgebliche Minister.

Auf Grund der Erklärung des preussischen Ministers des Innern, Hammerstein, daß Frauen als Jurorinnen an den Versammlungen politischer Vereine teilnehmen dürfen, wenn ihnen ein besonderer Raum reserviert werde, hatte auch der sozialdemokratische Verein in Zeit die Frauen zu einer Versammlung eingeladen. Sie sahen in einem Rebenzimmer, das durch eine Thür mit dem Versammlungsraum verbunden war. Der überwachende Beamte verlangte die Schließung der Thür und um der Auflösung der Versammlung vorzubeugen, entfernten sich die Frauen. Auf die erhobene Beschwerde antwortete der Oberbürgermeister Arnold:

Auf Ihre Eingabe eröffnen wir Ihnen hiermit, daß nach § 8 des Gesetzes vom 11. März 1850 und der sich hieran anschließenden Rechtsprechung Frauenpersonen den Versammlungen und Sitzungen politischer Vereine nicht beizuhören dürfen.

Dieses Verbot findet auch statt und ist als solches anzunehmen, wenn die Frauen in einem anstehenden Zimmer mit offener Thür sich aufhalten, so daß sie naturgemäß die Verhandlungen in dem Räume, in welchem der Verein tagt, hören können und müssen.

Von einem eine hiervon abweichende Auffassung rechtfertigenden Ministerialerlass oder einer dementsprechenden für uns maßgebenden Deklaration des Gesetzes ist uns nichts bekannt.

Der Polizei-Wachmeister Kabisch hat daher die Entfernung der Frauen beziehungsweise das Schließen der Thür mit Recht verlangt. Was der Minister an verantwortlicher Stelle gesagt hat, das ist für die ihm untergebenen Polizeibehörden nicht maßgebend. Es ist sehr interessant zu sehen, wie selbständig und unabhängig unsere Polizeibehörden sind; daß wir es gerade sind, die unter dieser Selbständigkeit zu leiden haben, spielt natürlich keine Rolle.

**Schöne Fortschritte** macht die Organisation der Tabakarbeiterinnen in Sternberg in Oestreich. Vor wenigen Jahren noch konnten die Vorgesetzten schalten und walten nach Willkür, heute müssen sie mit dem Fachverein der Tabakarbeiterinnen rechnen, dessen Zeitung es versteht, mit List und Umflucht die Interessen der Arbeiterinnen zu wahren. Am besten zeigte sich dies bei den Wahlen des Vorstandes der Betriebs-Arbeiterklasse; früher wurden die Kandidaten einfach von der Fabrikleitung nominiert, nach der Meinung der Arbeiterinnen wurde nicht gefragt. Jetzt ist es anders geworden. Bei der letzten Wahl ist eine Deputation der Arbeiterinnen zur Fabrikleitung gegangen und hat die rechtzeitige, ordnungsgemäße Bekanntheit der Wahlen verlangt. Inerst Verabreichung, dann Aussprüche der Beamten; schließlich aber mußte dem Willen der Arbeiterinnen Rechnung getragen werden. Am Wahltag haben die organisierten Genossinnen mit überwiegender Majorität gestimmt. Den gleichen Erfolg haben die Genossinnen bei den Wahlen für die Unfallversicherung errungen. Die Tabakarbeiterinnen Sternbergs sind beispielgebend für die gesamten Tabakarbeiterinnen Oestreichs.

### Frauenarbeit in Frankreich.

Wie überall, so hat auch in der französischen Industrie die Frau in steigendem Maße Verwendung gefunden. In der „Revue française“ veröffentlicht Henry Dagan eine Arbeit über die gewerbliche Beschäftigung der Frauen. Dieser Artikel enthält u. a. auch eine Statistik über die Frauenarbeit in Frankreich in den Jahren 1840—45 und eine solche aus den Jahren 1891—93. Danach betrug der Prozentsatz der im Jahre 1840—45 in der Konfektions-Fabrikation beschäftigten Frauen erst 8 Proz. des Gesamtpersonals; 1891—93 waren es 50 Proz. In der Konfektions-Industrie liegt die Zahl der beschäftigten Frauen in demselben Zeitraum von 87 auf 77 Proz. In den Spinnereien von 28 auf 50 Proz., in der Gussfabrikation von 48 auf 70 Proz., in der Seidenindustrie von 33 auf 80 Proz., in der Glaswarenindustrie von 17 auf 30 Proz. Selbst in die schweren Gewerbe der Steinindustrie und Erdarbeiten hat die Frauen- und Kinderarbeit Eingang gefunden; so waren z. B. in der Marmorindustrie im Jahre 1845 Frauen und Kinder überhaupt noch nicht beschäftigt, heute stellen sie 24 Proz. der beschäftigten Personen. Von 809 377 gewerblichen Betrieben, die im Jahre 1893 gezählt wurden, beschäftigten 59 089 ausschließlich weibliche Personen mit 105 747 beschäftigten Männern und Frauen. —

## Versammlungen.

**Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer** hielt am 26. März in den Borussia-Sälen, Adlerstr. 6/7, eine öffentliche Versammlung mit Frauen ab. Der Eintritt in die Tagesordnung ertheilt die Versammlung das Hinscheiden des verstorbenen Kollegen Otto Künzler in der üblichen Weise. Alsdann hielt Genosse Walde-Manasse einen Vortrag über: „Anerkennung“. Nach der Diskussion, die sich an den beifällig aufgenommenen Vortrag knüpfte, gab der Vorsitzende Geil bekannt, daß sich der Vorstand dahin einig geworden sei, die Sammelkarte für 1901 bis zum 19. April dieses Jahres mit dem Schlüsseltempel zu versehen. Die Versammlung trat dem bei. Im weiteren teilte Geil mit, daß der Polier Schubert im Baugebiet Loose, Bambergstr. 10, Bau Umland, und Grünbalerstr. 6/7, den bekannten Arbeitsvermittler in der Bräberstr. 15 unterstützt. Redner warnt die Arbeitslosen davor, sich das Geld aus der Tasche ziehen zu lassen.

**Der Verband des Massage-, Bade- und Krankenpflegepersonals** hielt am 2. April in den Johannis-Sälen seine monatliche Mitglieder-Versammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl von 72 am 1. November vorigen Jahres schon auf über 140 gestiegen ist. Die Lokalkasse schloß mit einem Ueberschuß von 90 M. ab. Es wurde beschlossen, daß der Pflegekurs für Verbandmitglieder am 1. Mai beginnen soll. Ferner wurde ein Antrag angenommen, Fragebogen auszugeben, um so einen genaueren Ueberblick über die Zustände in den Badeanstalten zu gewinnen.

**Moralisch gerichtet!** Aus Spandau wird uns geschrieben: Was niemand so leicht fertig bekam, Herr Pauli, der Reichstags-Abgeordnete unsterblich brachte es mit einem Schläge fertig: die Spandauer Staatsarbeiter fast sämtlich aufzurütteln und zum Nachdenken über ihre Lage zu bringen. Unsere Genossen hatten, als Antwort auf die ungewöhnlichen Verhättnisse und Verleumdungen, welche sich Herr Pauli in bekannter Versammlung besonders gegenüber unsterblichen Genossen Jubel und Kunert leistete, zwei Volksversammlungen zur gleichen Stunde — das erste Mal in der Geschichte der Spandauer Arbeiterbewegung — einberufen und trotz des überaus schmutzigen Wetters waren beide Versammlungsorte stark überfüllt; etwa 1900 Personen, vorwiegend Staatsarbeiter mochten in beiden Versammlungen anwesend gewesen sein. Herr Pauli, der brieflich und durch Säulenanschlag in Potsdam zum Besuch der Versammlung eingeladen worden war, bewies, wie vorauszuheben, seinen Heldenmut durch sein Ausbleiben; er gab dafür schriftlich folgende „Entschuldigung“:

„1. Ist das gewählte Thema ein solches, daß ich sagen muß, Herr Jubel will die Dinge auf den Kopf stellen.“

„2. Habe ich der „Wahrheit gemäß“ (!) in der Versammlung vom 20. v. M. berichtet und meine „Aufsichten“ daran geknüpft, ich habe nicht ein einziges Wort von dem Gesagten zurückzunehmen.“

„3. Nach dem Vortrage, welches Herr Jubel und Genossen in der Versammlung vom 20. v. M. öffentlich zu zeigen für gut befunden haben, habe ich gar keine Veranlassung, mich mit Herrn Jubel in eine Debatte einzulassen.“

Zu Lehnworts Volksgarten referierte Genosse Jubel, im Beisein des Saal an Stelle des unglücklichen Abgeordneten Kunert der Genosse Wiesenthal. Beide Referenten zerlegten unter großen Beifall der Versammelten Stück für Stück die Paulischen Behauptungen aus der Versammlung am 20. vorigen Monats. Beide Referenten forderten die Versammelten auf, bei der nächsten Wahl der „parlamentarischen“ Thätigkeit des Herrn Pauli ein Ende zu bereiten, und dafür einen Sozialdemokraten, in der Person des Rechtsanwalts Dr. Lieblich in den Reichstag zu entsenden. Folgende Resolution gelangte in beiden Versammlungen, nach kurzer Diskussion, einhellig zur Annahme:

„Die pp. Volksversammlung weist die völlig aus der Luft gegriffenen Verhättnisse und Verleumdungen, welche sich der Abg. Pauli-Potsdam gegenüber der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und deren bewährten Mitgliedern Kunert und Jubel in der „öffentlichen“ Versammlung vom 20. März herausgenommen hat, mit aller Entrüstung zurück und spricht vielmehr den angegriffenen Abgeordneten ihre vollste Anerkennung für ihr zum Teil auch erfolgreiches, warmes Eintreten zu Gunsten der in den militärischen Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter aus. Die Versammelten sprechen Herrn Pauli, der sich bei den verschiedensten Gelegenheiten als rücksichtsloser Gegner der vorwärts strebenden Arbeiter erwiesen hat, rundweg das Recht ab, sich selbst als den „berufenen“ Vertreter der Staatsarbeiter“ zu bezeichnen. Dieses Recht, falls es überhaupt jemals bestanden, hat Herr Pauli längst verlor, durch die Art, wie er alle von sozialdemokratischer Seite im Reichstage vorgebrachten Beschwerden aus den hiesigen Staatsbetrieben direkt bekämpft und in Not zu ziehen versucht hat. Die Versammelten geloben, nunmehr alles daran zu setzen, daß der Wahlkreis Spandau-Potsdam-Ostbavelland bei der nächsten Reichstagswahl keinen zweiten Pauli mehr, sondern einen Sozialdemokraten in den Reichstag sendet, bei dem allein auch die Spandauer Staatsarbeiter vor bitteren Enttäuschungen sicher sein können!“ Ein hartes und gerechtes Urteil; der Vater der „Pfeifen“ ist damit von den Arbeitern Spandaus gerichtet!

## Zu den Gemeindevahlen.

**Treffpunkt-Baumshulenzug.** Die auf „höhere Anordnung“ verschobene Stichwahl findet am Dienstag, den 15. April, im Restaurant Paradiesgarten von 4—8 Uhr statt. Es liegt nur an uns, alles daran zu setzen, um dies Mandat den bürgerlichen Parteien zu entreißen. Morgen, Sonntag, früh findet eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt bei Stoffeld, Baumshulenzugstr. 84.

**Die Spandauer Genossen** haben gestern den zehnten Stadtverordneten in das Stadthaus entsandt. Bei der gestrigen Eröffnung erhielt unser Kandidat, der Maschinenkünstler Paul Schimidt 668 Stimmen, sein bürgerlicher Gegner nur 120 Stimmen; außerdem der Reichstags-Abgeordnete Tischlermeister Pauli 1 Stimme. Wegen die letzte Hauptwahl war die Wahlteilnahme speziell leitend der Gegner eine laue. Hoffentlich sind dieselben nunmehr von ihrem Wahn geheilt, in der dritten Abteilung Mandate zu erringen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Boeren-Mörder.

**London, 4. April.** (B. L. Z.) Zu der Ermordung von Boeren durch australische Offiziere erklärt eine Mitteilung des Kriegsministeriums unter Vorlegung der bekannten Thatsachen, daß infolge einer eingeleiteten Untersuchung fünf Offiziere im Januar 1902 in Pieterburg kriegsgerichtlich abgeurteilt wurden, die als Urheber resp. Teilnehmer an zwölf Morden frei schuldig befunden wurden. Die Vizekonsul Handcock und Porant wurden des Mordes für schuldig befunden und zum Tode verurteilt. Die Urteile wurden bestätigt und vollstreckt. Dieselben Offiziere wurden auch der Ermordung des Geistlichen Goffe beschuldigt. Obgleich starker Verdacht vorlag, daß Handcock, von Porant aufgeführt, die That begangen habe, wurden die Beweise nicht für hinreichend erachtet, um eine Verurteilung zu rechtfertigen.

**Budapest, 4. April.** (B. L. Z.) Die Arbeitslosen beschloßen, dem Handelsminister ein Memorandum zu überreichen, in welchem er gebeten wird, kaatische Rotkandarbeiten in Angriff nehmen zu lassen. Ungefähr 10 000 Arbeitslose seien gewillt, andernfalls ins Ausland zu reisen. Das Memorandum haben bisher 3000 Arbeitslose unterzeichnet.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 4. April 1902.

Die Belebung des Geschäftsverkehrs nach den Festtagen, auf die von einem Teil der Börsekreise ziemlich sicher gerechnet wurde, hat sich bisher nicht eingestellt und dürfte allem Anschein nach vorerst auch noch etwas auf sich warten lassen. Im Gegenteil, eher ist die Dehargie noch um einige Grade gestiegen. Zur Depressierung trug vornehmlich bei, daß über die Friedensverhandlungen in Südafrika noch immer nichts Sicheres verlautet und die Hoffnungen auf baldigen Friedensschluß sich mehr und mehr verflüchtigen, wodurch auch die Stimmung des Londoner Minenmarktes ungünstig beeinflusst wird. Als weiteres auf die Unternehmungslust drückendes Moment kann die starke Anspannung betrachtet werden, die der letzte Reichsbank-Ausweis zeigt, der bei einer Verschlechterung der Liquidität um 344 Millionen Mark eine Verringering der steuerfreien Notenreserve bis auf 101 Millionen Mark nachweist, und ferner die durch die Vorgänge auf dem amerikanischen Eisenmarkt und durch die neueste Emission und Konversion des Stahltruffs gewachte Befürchtung, daß es doch mit den Ausfichten für die Erhaltung der guten Geschäftslage drüben nicht so günstig bestellt sein möge, als von den amerikanischen Handels- und Handelsblättern angenommen wird. Die Herausgabe von 250 Millionen Dollar zweiprozentiger Bonds durch die „United States Steel Corporation“, von denen 200 Millionen Dollar zur Konversion siebenprozentiger Vorzugsaktien, die übrigen 50 Millionen zu Betriebsverbesserungen verwendet werden sollen, steht zu dem letzten Jahresbericht mit seinem hohen Vorbestand, den bedeutenden Abschreibungen und seiner Ueberweisung von ca. 20 Millionen Mark für Betriebszwecke in einem selbstamen Widerspruch, und man vermag sich nicht des Gedankens zu entziehen, daß es sich bei der Manipulation um so etwas wie eine Abwehrmaßregel gegen einen beschränkten Rückgang der Marktfrage handelt. Und zu diesen, jegliche Spekulationslust drückenden Momenten kam weiter die Produktionsbeschränkung des Siegerländer Hoheisenhüttenwerks im Umfange von 30 Proz., welche die im letzten Wochenbericht stigmatisierte mihlische Lage der Eisenbranche völlig bestätigt, und schließlich noch die Meldung über Preisherabsetzungen des Kohlenhüttenwerks.

Etwas viel für wenige Tage. Das dadurch hervorgerufene Angebot in Montanwerten betrafte denn auch am Dienstag und Mittwoch, obgleich es sich in recht bescheidenen Grenzen hielt, verschiedene, im ganzen allerdings nur geringe Kursabschläge, die vornehmlich die Aktien der Laurahütte, des Bochumer Gußstahlwerks, der Konsolidation und der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft trafen. Nur die Aktien des „Nordstern“ erfuhr einen Kurssteigerung; aber nicht, weil sich Anzeichen für eine Besserung des Kohlenabsatzes ergeben, sondern weil es gerüchtweise hieß, die Aktien dieses Bergwerks sollten an der Pariser Börse eingeführt werden, während andere von einer bevorstehenden Verstaatlichung oder Erwerbung durch den Norddeutschen Lloyd wissen wollten.

Besser wie die Montanwerte wuchsen Bahn- und Bankaktien ihren Kursstand zu behaupten. Innerhalb erlitten auch letztere mehrfach kleine Abschwünge, darunter speziell die Aktien der Berliner und der Dresdener Bank sowie die Berliner Handelsbank.

So weit ein lebhafteres Interesse hervortrat, richtete es sich fast ausschließlich auf die neue russische Staatsanleihe. War schon nach allem Vorausgangenen auf eine sehr bedeutende Ueberzeichnung zu rechnen, so ist doch diese noch weit stärker ausgefallen, als fänglich bei der Auslegung der 115 Millionen Mark dreiprozentiger Reichsanleihe. Wurde diese nur 60mal überzeichnet, so sind für die 393 Millionen Mark betragende russische Anleihe über 30 Milliarden Mark gezeichnet worden. Für die Güte der russischen Finanzen ist damit nichts erwiesen. Der jetzige Weltstand ist der Bewegung besonders günstig und zudem ist anzunehmen, daß viele, die bei der Subskription auf die letzte Reichsanleihe und die neuen russischen Anleihen nur einen geringen Teil ihres Geldes in diesen Papieren anzulegen vernochten, diesmal in Anbetracht der zu erwartenden hohen Beteiligung besonders hohe Beträge gezeichnet haben, vielleicht nicht selten das Fünftzig- oder Hundertfache von dem, was sie anzulegen beabsichtigten.

Herr Witte und die russische Regierung werden natürlich trotzdem in dieser Ueberzeichnung ein der russischen Finanzlage erteiltes Vertrauensvotum erwidern und in diesem Sinne die ihnen zur Verfügung stehende Presse arbeiten lassen. Ja, es scheint sogar, als wenn von russischer Seite direkt ein derartiges Resultat der Subskription beabsichtigt und nur zu dem Zweck der Kurs zu relativ niedrig normiert worden ist, um einen starken Anreiz zu schaffen. Wie leicht wird auch, und zwar erscheint das als recht wahrscheinlich, von dem russischen Finanzminister beabsichtigt, bald eine neue Anleihe folgen zu lassen. Brauchen kann sie Russland schon und die deutsche Regierung wird, wie sie gegen Uebernahme der jetzigen Anleihe durch deutsche Bankkonfessionen nichts einzuwenden gehabt hat, auch zu einer weiteren Anleihe gern ihre Zustimmung geben, wenn die russische Regierung gnädigst verspricht, sich bei den kommenden Zollverhandlungen nicht allzu ablehnend gegen die Wünsche des ostelbischen Agrarieriums zu verhalten.

Einen geringen Kursrückgang hatten in der letzten Woche auch die Aktien des Norddeutschen Lloyd zu verzeichnen, da der Jahresbericht ungünstiger ausgefallen ist, als von manchen Seiten erwartet worden zu sein scheint. Die Gesellschaft verteilt zwar wie die Hamburg-Amerika-Linie 6 Proz. Dividende; aber wie ihre Abrechnung zeigt, die, neubei bemerkt, viel weniger spezialisiert und durchsichtiger ist, als jene der Hamburg-Linie, wird dieses Resultat nur durch beträchtlich niedrigere Zuweisungen an die verbleibenden Reservenfonds erreicht. Die Dotation des Versicherungsfonds des Norddeutschen Lloyd ist zwar beträchtlich höher als im vorausgegangenem Jahr; sie beträgt 2 Millionen Mark gegen 255 200 M.; doch erweist sich diese Ueberweisung in Anbetracht der vielen Havarien von Schiffen, an deren Versicherung die Gesellschaft beteiligt war, keineswegs als besonders hoch. Dagegen ist die Ueberweisung an den Reservenfonds um 249 470 M. niedriger als im vorigen Jahr, und der Uebertrag auf das Erneuerungskonto, das das letzte Mal mit 2 452 920 M. dotiert wurde, ist diesmal ganz fortgeblieben.

Was die Schiffsfahrtskonferenz anbetrifft, so ähert sich der Bericht ähnlich, wie der Vorliegende der Generalversammlung der Hamburg-Amerika-Linie. „Verhandlungen“, heißt es in dem Bericht des Lloyd, die wir in Gemeinschaft mit der Hamburg-Amerika-Linie mit uns befreundeten englischen und amerikanischen Dampfschiffahrtslinien geführt haben, berechtigten zu der Erwartung, daß wir auf Grund eines vorläufig getroffenen Abkommens zu einem Zusammenhänge in der verschiedenen Linien gelangen werden, welches, unter Schaffung einer gewissen Interessengemeinschaft, die Einhaltung konstanter Fracht- und Passagier-Raten im nordatlantischen Verkehr für einen längeren Zeitraum ermöglichen und gleichzeitig die einzelnen Gesellschaften in ihrem bisherigen Geschäftsgebiete vor neuer Konkurrenz der übrigen Gesellschaften schützen wird.“

Schon verschiedentlich und erst wieder im letzten Bericht wurde betont, daß es sich unbedingt noch um mehr handeln muß, nämlich um „Veranstaltungen“ für die Morganischen Bahnen, Erleichterungen für den Export bestimmter amerikanischer Produkte (speziell natürlich des Stahltruffs), Errichtung von Anlagen, welche den amerikanischen Bedürfnissen dienenden Zweiglinien. Jetzt wird diese Annahme durch eine Korrespondenz der „Köln. Ztg.“ bestätigt, in der einer ihrer Mitarbeiter den Inhalt einer Unterredung wiedergibt, die er mit Schwab, dem Präsidenten des Stahltruffs hatte; eine Mitteilung, die um so interessanter ist, als sie deutlich zeigt, daß auch die Leitung der „United States Steel Corporation“ mit dem Hereinbruch einer Krise der amerikanischen Eisenindustrie rechnet.

Der Interviewer fragte:

Wie verhält es sich, wenn man den Ausdruck gebrauchen darf, mit Ihrer sonstigen auswärtigen Politik? Es ist mir hier erzählt worden, daß an der Spitze des Stahl-Truffs lauter in geschäftlichem Sinne konservative Männer ständen, denen es in erster Linie um Befriedigung des Bedarfs des eignen Landes zu lohnen, aber nicht übertriebenen Preisfällen zu thun sei.“

Darauf antwortete Schwab:

„Das hindert nicht, daß wir entschlossen sind, unsern Ueberfluß (our surplus) in Europa und andern nichtamerikanischen Ländern an den Markt zu bringen. England wird hinsichtlich der Herstellungslosten nicht mit uns wetteifern können. Wegen der Leichtigkeit, womit dort die Hohlwege geändert und erhöht werden können, ist sehr wenig in Frankreich zu machen und auch wohl in Oesterreich.“

Und Deutschland?

„Vielleicht werden Sie sich zu schätzen wissen, ich will nicht sagen, daß es und gelingen wird, in Ihrem eignen Lande zu Ihnen hereinzukommen. Aber wir werden Ihnen Ihre ganze Eisenausfuhr abnehmen (cut off your entire export), zunächst nach Oskisten, dann auch nach andern Gebieten.“

Nachdem Schwab dann noch hinzugefügt, daß der Stahltruff auch den russischen Markt für sich zu gewinnen dächte, fragte der Interviewer weiter:

Ihre Darlegung ist von England ausgegangen, auf das Sie ganz besonders zu rechnen scheinen. Darf ich fragen, ob die Morganischen Anläufe ganzer Dampferlinien mit diesen Ihren weitreichenden Plänen in irgend welcher Verbindung stehen?

„Ja, sie stehen damit in Verbindung.“

„Nun wird aber hier in New York behauptet, daß einestheils die derzeitige gute Geschäftslage Amerikas und anderenteils eine Reihe von andern Gründen es ratsam erscheinen ließen, vor allem dem Binnenmarkt Ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.“

„Richtig ist, daß wir wegen des eigenen starken Bedarfs zunächst an Ausfuhr gar nicht denken können. Es ist Ihnen bekannt, daß wir in der allerletzten Zeit sogar ziemlich viel Rohmaterial aus Deutschland bezogen haben. Das ist aber bloß vorübergehend. Schlechtere Zeiten werden mit Naturnotwendigkeit nachfolgen.“

Der Interviewer fragte allerdings nur, ob die Morganischen Dampfer-Anläufe mit den Exportplänen des Stahltruffs in Verbindung stehen. Es braucht aber wohl kaum der Hinzufügung, daß wenn, wie der Bericht des Lloyd sich ausdrückt, zwischen den Morganischen Dampferlinien und den beiden großen deutschen Reedereien „eine gewisse Interessengemeinschaft“ hergestellt wird, auch die beiden deutschen Gesellschaften ihre Beihilfe zur Durchführung der Absichten des Stahltruffs werden leisten müssen.

Während in den Vereinigten Staaten sich von neuem der Widerspruch gegen die Preispolitik der Trusts regt und eine heftige Agitation gegen den Chicagoer Fleischmarkt eingeleitet hat, plant der „Centralverband deutscher Industrieller“ eine Vereinigung aller Syndikate, Kartelle und industriellen Verbände zur Sicherung der gemeinsamen Exploitationsinteressen und Abwehr etwaiger gegen ihre Monopolherrschschaft gerichteter Angriffe. Das Schweinebürgerliche Organ, das diese Nachricht bringt, fügt dazu erläuternd aus:

„Daß diese neue Wirtschaftsreform, welcher ein festgegründetes Heimatrecht in dem heutigen Weltwirtschaftssystem zukommt, sich nicht ohne weiteres von der Tafel der Zeit wegwischen läßt, und daß ihre Vertreter auch gar nicht gesonnen sind, sie sich auf irgend welchem Wege verkümmern zu lassen, sollte jedem klar sein, der von unserem nationalen Wirtschaftsleben mehr sieht als die Oberfläche. Niemand kann heute mehr an das Syndikalwesen die Hand legen, ohne unsere gesamte nationale Produktion aufs allerempfindlichste zu treffen, und in maßgebenden Kreisen hat sich diese Auffassung längst zu ihrem Rechte verhelfen. Das Direktorium des Centralverbandes deutscher Industrieller hat sich schon vor geraumer Zeit auf Grund einer umfangreichen Denkschrift eingehend mit der Sache beschäftigt und bereits in einem Rundschreiben vom 17. Februar 1902 bei allen bedeutenderen deutschen Syndikaten angefragt, ob sie geneigt wären, sich an einer Konferenz zur Beratung der Frage zu beteiligen. Nachdem auch nicht eine einzige Abzage erfolgte, sondern sich in vielen Kreisen die lebhafteste Zustimmung äußerte, ist als Tag der Konferenz der 9. April festgesetzt worden, und ist eine diesbezügliche Einladung ergangen.“

Als hochachtungsvoller Bundes-Beiblatt dieser patriotischen Vereinigung dürfen die „Berl. Neuesten Nachr.“ zu empfehlen sein.

Lokales.

Die Unglücksfälle im Hochbahn-Betriebe betreffend wird von einer der Direktion nahestehenden Seite folgende Veranlassungsnote verbreitet: Die Entgleisungen der Hochbahn - Bahne in den Umfängen am Zoologischen Garten und am Hallischen Thor haben auch die russischen Behörden beschäftigt, denen die Betriebsleitung über das Ergebnis der Untersuchung hat Bericht erstatten müssen. Nach Ansicht der eisenbahntechnischen Sachverständigen bieten beide Unfälle in einem noch jungen Bahnbetriebe durchaus nichts Absonderliches, auch gestatten sie in keiner Weise einen Rückschluß auf die Betriebssicherheit des Unternehmens. In beiden Fällen handelte es sich um Weerzeuge, welche beim Rangieren dadurch verunglückten, daß, während sie über die Anseherwege führten, diese umgestoßen wurde. Bei dem ersten Unfall trug der Blockwärter die Schuld, bei dem zweiten der Motorführer, der gegen ein falsches Signal fuhr. Mit Rücksicht auf die große Verantwortung, welche die beiden Unfälle in Valenkreisen, besonders in der Provinz, hervorgerufen haben — der „Hamburger General-Anzeiger“ z. B. schreibt, daß selbst die Straßenpassanten in beständiger Gefahr schwebten, durch herabstürzende Hochbahnwagen getötet zu werden! — ist auch die Frage eingehend erwogen worden, ob die etwaige Entgleisung eines besetzten Hochbahnzuges ernstere Folgen haben könnte. Dabei war vorweg der Fall einer Entgleisung in den Umfängen auszuweisen, die ja nur in Ausnahmefällen beim Rangieren umgestellt werden, im regelmäßigen Betriebe aber stets fest verriegelt bleiben. Würde sonst eine Entgleisung (welche infolge der besonderen Konstruktion der Schienen und Räder eigentlich ausgeschlossen erscheint) eintreten, so wäre ein Weiterrollen des Zuges deshalb nicht möglich, weil die Hochbahnwagen mit Vorbedacht so gebaut sind, daß ihre Tragekonstruktion fast bis auf die Schienenköpfe herabreicht, die Wagenkasten also beim Entgleisen sofort auf den Schienen aufliegen und die Räder in der Luft hängen würden. Daß ein solcher, gewissermaßen räderloser Zug sich nicht weit wird fortbewegen können, leuchtet ein, ebenso, daß er nicht auf die Straße hinabstürzen kann, wie ein Schwebebahnwagen, der keinen festen Bahnlörper unter sich hat.

Inwiefern diese Darstellungen im einzelnen zutreffen, das zu beurteilen ist ja schwer möglich. Hauptsächlich bestätigt es sich, daß man auf der Hochbahn nicht unsicherer fährt als etwa auf der Stadtbahn.

Ein tragisches Geschick. Ueber die Erkrankung des Stadtrats Kaufmann schreibt die „Berliner Zeitung“:

„Es ist leider sehr wenig Hoffnung vorhanden, daß Kaufmann von dem schweren Nervensystem, das ihn befallen hat, wieder genesen wird. Doch er jemals seine Berufsgeschäfte wieder aufnehmen können, erst ein so gut wie ausgeschlossen. Der Schicksalsschlag, der das Kaufmannsche Haus getroffen hat, ist um so härter, als auch die Gattin Kaufmanns, eine Tochter des verstorbenen Stadtverordneten Morche, sich seit Jahren in einer Heilanfakt befindet. Seit der Zeit, wo ihn dieses Unglück traf, war Kaufmann der stille, erste Mann, als den ihn seine

Freunde kennen, aber nichts ließ etwa vermuten, daß in ihm der Keim zu einer schweren Erkrankung des Nervensystems lag, wenn auch in letzter Zeit seine äußere Erscheinung auf einen leidenden Zustand schließen ließ.“

Man darf auch wohl annehmen, daß die kommunalpolitischen Ereignisse der letzten Zeit auf die Erkrankung des Herrn Kaufmann nicht ohne Einfluß geblieben sind. Die Behandlung, die dem Unglücklichen von oben her zu teil wurde, das unkollegiale und fränkende Verhalten seiner Kollegen, die dafür sorgten, daß nicht ihm die Geschäfte des Beigeordneten vertretungsweise übertragen würden, das Drängen seiner politischen „Freunde“, auf das Bürgermeisterramt Verzicht zu leisten — alles dies muß den Gemütszustand des überarbeiteten Mannes schwer beeinflusst haben.

Erwähnt sei hier noch eine Meldung von anderer Seite:

Eine Korrespondenz, die sich guter Verbindungen mit Magistratskreisen erfreuen soll, während in unrichtigen Kreisen nichts davon bekannt ist, brachte gestern Mitteilungen über Stadtrat Kaufmann, die den Thatsachen nicht entsprechen. Zunächst ist es vollständig erfunden, daß Stadtrat Kaufmann „in allerhöchster Zeit auf die Wiederübernahme offiziell Verzicht leisten werde“. Am Montag noch äußerte sich der Erkrankte zu dieser von einem „Total-Anzeiger“ gebrachten Reporteremeldung: „Die Leute hören das Gras wachsen; ich denke gar nicht daran, bei dem jetzigen Stand der Sache aus meiner bisher beobachteten Reserve hervorzutreten. Für mich liegt gar kein Anlaß dazu vor. Ich kann auch warten“. Die von einer andern Seite verbreitete Nachricht, daß das Befinden des Stadtrats Kaufmann hoffnungslos sei, entbehrt jeder Begründung. Das Gegenteil ist der Fall. So lange übrigens Kaufmann krank ist, kann an eine Erledigung der Bürgermeisterfrage ernstlich nicht gedacht werden.

Demnach scheint es ja, als ob Aussicht auf Heilung der Krankheit vorhanden wäre.

Stadtrat Gustav Kaufmann empfing am Freitag Besuche. Sein Befinden war, wie aus dem Rathause gemeldet wird, zufriedenstellend und man hofft seine baldige Genesung in Aussicht stellen zu dürfen.

Aus der gestrigen Magistrats-Sitzung. Der Magistrat beschäftigte sich eingehend mit den vom Stadtbaurat Hoffmann ausgearbeiteten Entwürfen für ein in Buch neu zu erbauendes Hospital. Es wurde beschlossen, zunächst nur Pflgeräume für 400-500 Hospitalisten auf drei Gebäude verteilt zu erbauen, wobei aber außerdem zentrale Verwaltung- und Oekonomie-Einrichtungen für ein Hospital von 1500 Personen vorgesehen werden sollen. Innerhalb des vorgesehenen Rahmens sollen später je nach eintretendem Bedarf allmählich weitere Pflgerhäuser für je 100 Personen hinzugebaut werden. Die Kosten der Gesamtanlage werden sich auf rund 6 Millionen Mark belaufen. Von der Erbauung des Hospitals in der Bröckelstraße wurde, nachdem wichtige Bedenken gegen eine solche Anstalt erhoben worden waren, definitiv abgesehen. Mit dem Bau in Buch soll nach erfolgter Zustimmung der Stadtverordneten sobald als möglich begonnen werden.

Das Verbot des Auspendens soll nach einem Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten jetzt in den sämtlichen Direktionsbezirken der Staatsbahnen und möglichst auch im Betriebe der Privatbahnen durchgeführt werden. In den Wartesälen, Vorstufen, auf den Bahnsteigen u. d. d. Staatsbahn-Stationen wird deshalb eine Aufforderung nachfolgenden Inhalts an das Publikum gerichtet werden: „Zur Förderung der öffentlichen Gesundheit wird dringend ersucht, in den Bahnhöfen, auf den Bahnsteigen, Treppen und in den Wagen das Auspenden zu unterlassen. Königl. Eisenbahn-Direktion.“ Um dieser gefährlichen Anstöße weiter zu steuern, sollen an geeigneten Plätzen, auf den Plätzen, sowie in den Wartesälen Spindnäpfe aufgestellt werden. Der Minister ersucht zugleich die Eisenbahn-Kommissionen, den Verwaltungen der ihnen unterstellten Privatbahnen das gleiche Vorgehen zu empfehlen.

Trotz mehrfacher Hinweise über die Einführung der neuen Postwertzeichen und den Gebrauch oder Umtausch der alten Wertzeichen herrscht allgemein noch so viel Unkenntnis über diese an sich so einfache Sache, daß wir noch folgender Bekanntmachung des Reichspostamtes, die ja nichts Neues enthält, Raum geben wollen: „Im Reichspostgebiet und in Württemberg werden jetzt nur noch Postwertzeichen mit der Aufschrift „Deutsches Reich“ ausgegeben. Die bisherigen Reichspost- und württembergischen Postwertzeichen sind mit Ende März außer Kurs gesetzt worden; doch haben die Postämter die Anweisung erhalten, Sendungen mit alten Postwertzeichen bis auf weiteres nicht in der Beförderung aufzuhalten und auch nicht mit Nachlage zu belegen. Innerhalb liegt es im Interesse des Publikums, möglichst die richtigen (neuen) Postwertzeichen zu verwenden. Die in den Händen des Publikums noch vorhandenen alten Postwertzeichen werden bis Ende Juni d. J. an den Postämtern und von den Landbriefträgern gegen neue Postwertzeichen umgetauscht.“

Den Stadträten und höheren Beamten der städtischen Verwaltung werden täglich von Privatpersonen dienstliche Sachen, besondere Besuche und Anfragen in die Wohnungen gesandt. Diese Sendungen haben einen solchen Umfang angenommen, daß Verzögerungen unvermeidlich sind. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß alle dienstlichen Eingaben, Besuche und Anfragen nicht an die Magistratsmitglieder, sondern in allen Fällen an die betreffenden zuständigen Verwaltungsstellen zu richten sind, weil es andernfalls in Beförderungsfällen, bei Anwesenheit, Veranlassungen, Reisen usw. nicht ausgeschlossen ist, daß diese Briefe längere Zeit unerledigt bleiben.

Die Vergrößerung des Viehhofs abgelehnt. Es schwebten, wie bekannt, Verhandlungen wegen Vergrößerung des städtischen Schlacht- und Viehhofgeländes mit dem Fürsten Hensel von Domersnord. In der gestrigen Magistratsitzung wurde die Angelegenheit eingehend erörtert, schließlich lehnte es das Kollegium ab, in die Verhandlungen einzutreten. Es scheint, daß die Nothwendigkeit sowohl die Bedürfnisfrage als auch die 14 Millionen betragende Preisforderung abfällig beurteilt.

Zwischen dem Eisenbahnsyndikat, dem Reichsmilitärsyndikat und der Stadtgemeinde Schöneberg soll ein Vertrag über die Herstellung einer unter der Anhalter, Dresdener und Wilhelmsbahn im Zuge der neuen Schöneberg-Tempelhofer Verbindungsstraße zu erbauenden Unterführung abgeschlossen werden. Die Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg hat bereits früher den von der Königl. Eisenbahnverwaltung verlangten Beitrag von 120 000 M. zu den Kosten dieser Unterführung bewilligt und auch der Befestigung des Bebauungs- und Schutzlinienlandes für die neue Schöneberg-Tempelhofer Verbindungsstraße und das Gelände zwischen dieser und der Berliner Ringbahn zugestimmt.

Der Erlös aus dem Verkauf von Beitragsmarken der Landes-Versicherungskasse Berlin, der Ende vorigen Jahres zurückgegangen war, ist in den letzten drei Monaten wieder gestiegen. Im Januar d. J. wurden 626 000 M. und im Februar 542 400 M. eingenommen, d. h. rund 12 000 M. mehr als 1901.

Die neue Abfahrtschleife des Stettiner Bahnhofes soll bereits zu den Pfingstfeiertagen dem öffentlichen Verkehr übergeben werden, wenn gleich die vollkommene Fertigstellung des Neubaus kaum vor Ende dieses Jahres zu erwarten ist. Die neuen Wartesäle, die auf das eleganteste eingerichtet werden, werden noch vor Beginn der Reisezeit dem Verkehr übergeben.

Noch einmal die Gerhart Hauptmannstraße in Rummelsburg. Zu der Nachricht, das Ministerium des Innern habe der Gemeindevertretung des Vorortes Rummelsburg die Genehmigung verfügt, eine neuangelegte Straße nach dem Dichter Gerhart Haupt-

mam zu benehmen, bemerkt die „Köln. Zig.“: Wir haben an maßgebender Stelle Erhebungen eingezogen und festgestellt, daß diese Ausbreitung unbegründet ist. Im Ministerium der Innern ist ein Besuch der Gemeinde Mummelsburg, Straßen nach berühmten Zeitgenossen benehmen zu dürfen, überhaupt nicht eingelaufen, geschweige denn abschlägig beschieden worden.

Unser Erachtens ist die „Köln. Zig.“ in diesem Falle nicht zu treffend unterrichtet worden. Die in Betracht kommende Meldung hat übrigens nicht, wie von verschiedenen Blättern irrtümlich gemeldet wurde, eine Lokalkorrespondenz, sondern der „Vorwärts“ zuerst gebracht und zwar am Ostermontag. Unser Korrespondent in Mummelsburg berichtete über die Gemeinderatsitzung des Ortes und meldete unter anderem:

... Der Herr Vorsitzende gab dann noch bekannt, daß beabsichtigt war, die Straße 14 in Vorhagen Gehart Hauptmannstraße zu nennen, daß aber vom Ministerium die Genehmigung hierzu versagt wurde. Dies veranlaßte einen Vertreter zu dem nicht seltigen Vorschlag, die Straße Major Lauffstraße zu tauschen.

Man kann nun doch nicht gut annehmen, daß der Gemeindevorsteher der Vertretung einen Voren aufgebunden hat und daher wird es bei der Wichtigkeit des Verbots der Gehart Hauptmannstraße wohl sein Verwenden haben müssen. Es wäre ja auch unnatürlich, wenn die in kleinen Dingen immer große preussische Regierung einem modernen Dichter und nun gar dem Dichter der Weber die Ehre gönnte hätte, die ihm Mummelsburg zu teil werden lassen wollte.

Nach einer Entscheidung der Abteilung für Invaliditäts- und Altersversicherungssachen (Kassirer) sind Klavierherstellerinnen versicherungspflichtig. Es heißt jeder Arbeitgeber als Gesamtschuldner für die vollen Wochbeiträge, auch dann, wenn mehrere Arbeitgeber in Frage kommen. Es muß sich also jeder Arbeitgeber überzeugen, ob Wachen verwandt worden sind, eventuell sind solche zu Heben, um sich vor Schäden zu bewahren, denn die Versicherungsanstalt kann jeden Arbeitgeber, ganz gleich, ob er der erste oder der letzte in der Woche ist, regelpflichtig machen.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Auf dem Strahendam vor dem Hause Wallgrabenstraße 87/88, wurde am 25. März, abends gegen 9 1/2 Uhr, ein Paket in grauer Leinwand, gez. H. K. 8060 — nicht haben — Poien, das Wachsstück enthält, gefunden. Der Eigentümer kann sich zur Empfangnahme im Zimmer 36 des Polizeipräsidiums in der Vormittagsstunde melden.

Ein falscher Fortkassistent wurde gestern nach Verübung vieler Schwindelacten von der Kriminalpolizei festgenommen. Ein Mann, der sich Fortkassistent nannte, als Fortk-Rechnungsführer in Ungarn angestellt zu sein vorgab und die Uniform der höheren preussischen Fortkbeamten trug, machte bei Waffen- und Munitionsfabrikanten Einkäufe, ließ sich die Sachen nach seiner angeblichen Wohnung schicken und verschwand damit, ohne sie zu bezahlen. Das ging so lange gut, bis endlich eine Waffenhandlung rechtzeitig mißtrauisch wurde. Mollte hatte eine schöne Doppelpistole gekauft, die ihm angestrichelt werden sollte. Der Geschäftsmann schärfte aber seinem Hausdiener ein, sie ohne Bezahlung nicht aus der Hand zu geben. Als er nun kein Geld erhielt, nahm der Diener die Pistole wieder mit. Dieses Verhalten eines höheren Fortkbeamten machte den Waffenhändler stutzig. Erst jetzt fiel es ihm auch auf, daß ein ungräflicher Fortkbeamter preussische Uniform trage. Die Kriminalpolizei, der er seinen Argwohn mitteilte, nahm den Mann gleich fest und erkannte bald, daß sie einen großen Schwindler gefangen hatte. Der angebliche Mollte, dessen Name noch nicht ganz feststeht und der gelernter Förster sein will, hat auch noch andere Geschäftskunde geprellt. So liebte er es, sich schöne Taschenuhrwerke nach Jagdmotiven zu erschwindeln und sofort zu verkaufen. Auf diese Weise verschaffte er sich seinen Lebensunterhalt, und er lebte die ganze Zeit über, die er sich in Berlin aufstellt, nicht schlecht.

Ein Kautions- und Kollportage-Schwindler wird von der Kriminalpolizei gesucht. Ein mehrfach bestraffter Mensch, Namens Paul Behrend, der in der Elbasserstr. 27 wohnte, suchte durch Anzeigen Reisende, denen er neben angenehmer Beschäftigung einen guten Verdienst in Aussicht stellte. Die Leute meldeten sich haufenweise, angenommen aber wurden nur die, die eine Kautions hinterlegen konnten. Behrend, der sein Institut „Ethica“ nannte, schickte seine Reisenden nach allen Himmelsrichtungen aus. Sie sammelten Bestellungen auf mehrere Werke, wie „Kaiser Friedrich III.“, „Unter dem roten Kreuz in Transvaal“, „Deutsches Hilfskomitee für Schaffen“, deren Vertrieb wohlthätigen Zwecken dienen sollte. Aus diesem Grunde fanden die Reisenden auch vielfach Geldner, die die bedeutenden Preise, 12 bis 14 M., vertrauensvoll an die „Ethica“ in Berlin oder an ihre Zweigniederlassungen in anderen Großstädten schickten, die bezahlten Werke aber nie zu sehen bekamen. Als Anzeigen eingingen, war Behrend, der Publizist und Buchhändler zu gleicher Zeit beschuldigt, mit dem Gelde der Reisenden und Kautionen der Reisenden bereits verschwunden. Jetzt wird er flehentlich verfolgt. Seine Frau hat der Schwindler mit einem Kinde in der Wohnung in der Elbasserstr. 27 mittellos zurückgelassen.

Mit Hinterlassung einer großen Schuldenlast ist seit 14 Tagen der Kaufmann Gustav Langze verschwunden, der Kreuzbergstraße 23 wohnte, Ritterstr. 53 ein Kommissions- und Agenturgeschäft für Papier und Wappen betrieb und noch den Generalvertrieb für eine Cellulosefabrik hatte. Wie festgestellt ist, kuldigte der Verschwindende losstipulierten Passiven. Vor etwa 14 Tagen kündigte er seinen Angestellten an, daß er eine Geschäftsreise nach Breslau unternähme. Er lebte nicht zurück, statt dessen lief von Paris aus an einen Angestellten ein Brief ein, in welchem der Fälligkeit Mitteilung von seinem schlechten Vermögensstande machte und aufbeim, daß Konkursverfahren anzumelden. Letzteres geschah und der vom Gericht bestellte Konkursverwalter fand in dem Geschäftspunkte Aufzeichnungen, aus denen hervorging, daß Langze die Pfändung von langer Hand vorbereitet hatte. Unter den Geschädigten befindet sich ein Geschäftsmann, der über 50 000 M. verliert. Wie hoch sich die Gesamtschuldenlast beläuft, ist noch nicht ermittelt. Western ist das Konkursverfahren über das Vermögen des Fälligen eröffnet worden.

Ueber „die Gefahren für das Herz durch Sport und Mode“ sprach auf Veranlassung des Deutschen Vereins für Volkshygiene Herr Prof. Dr. M. Wendelssohn. Er betonte, für das Herz sei das Radfahren am gefährlichsten, weil die dadurch hervorgerufenen Schädigungen meist unbemerkt zu Stande kämen. Es sei unerlässlich, ein jedes Herz in Bezug auf seine Leistungsfähigkeit beim Radfahren genau zu prüfen. Die schwersten Schädigungen und selbst plötzliche Todesfälle während des Radfahrens seien in nicht unbeträchtlicher Zahl beobachtet worden. Viele Radler suchen Steigungen besonders schnell zu nehmen und stellen dadurch an das Herz erhöhte Forderungen. Jeder müßte sich über das, was er seinem Herzen zutruhen darf, genau unterrichten. Dem Radfahren am nächsten steht das Bergsteigen; sodann folgen Dauerchwimmen, Wettlaufen, Rudern und Reiten. Vom Sport ging der Redner auf die Mode über und erwähnte die bekannten schweren Schädigungen, die durch das Korsett und die Sammelkleider verursacht werden. Zum Schluß meinte er dabei pessimistisch, alle noch zu menschenfreundlichen, vernünftigen Vorschläge von Damen, Herren und Künstlern, die Mode zu ändern und gesunde, die Schönheit des Körpers nicht entstellende Tracht anzulegen, würden im großen Ganzen leider gegen die Mode nichts nützen und verhallen, wie die Worte des Predigers in der Wüste.

Noch nicht aufgeklärt sind zwei Einbrüche, die in den letzten Tagen in Charlottenburg verübt wurden. In eine Wohnung des Hauses Augustenstraße 49 drangen Diebe mit Nachschlüssel ein und stahlen namentlich Goldsachen, darunter eine alle doppelkapselige goldene Damenuhr mit langer goldener Schiebelleiste, ein Paar Granatohrringe mit goldenen Angeln und ein einzelner Chirring mit Granatkreuz. Am Wilhelmplatz Nr. 2 erbeuteten sie u. a. ein Sparkassenbuch über 1000 M. und für 3000 M. verschiedenartige italienische Wertpapiere.

Vermißt wird seit dem vergangenen Dienstag der Tischlermeister Hermann Roppe aus der Brandenburgerstr. 19, ein gut geachteter Mann, der in nervöser Ueberreizung schon mehrmals versuchte, Hand an sich zu legen. Er ähnelte die Absicht, nach Rahnsdorf zu gehen und sich dort das Leben zu nehmen. Man hat nun die Gegend abgesucht, ohne den Vermißten zu finden. Roppe ist ein kleiner unterlegter Mann von 60 Jahren. Sein Haar und Schmirbart sind etwas ergraut. Er trägt einen blauen Leberzieger, einen grauen Jodellanzug, einen schwarzen Hut und Gummistiefel.

Ein schlechtes Geschäft machten Einbrecher, die heute früh dem bekannten Hartwigischen Weibierensdank in der Friedrichstr. 112 einen Besuch abtraten. Nachdem der Geschäftsinhaber, Gastwirt Schüler, seine Privatwohnung ausgesucht und auch die Kasse dorthin mitgenommen hatte, brachen sie mit Hilfe von Nachschlüssel und Dietrichen in den Keller und durch die Fallkappe in die Schanzenräume ein. Hier versuchten sie, die Kasse zu öffnen, was ihnen aber nicht gelang. Da sie nicht wagten, die ganze Kasse mitzunehmen, so mußten sie sich mit zwei Anzügen, einem Stod und einer Uhr, die einem Steiner und einem Hausdiener gehören, begnügen und entsetzten sich wieder, nachdem sie sich noch aus einem Cognakfaß, das sie anzapften, gestärkt hatten.

Eine Einbrecherbande, die mit Vorliebe durch die Mauern ging und es besonders auf W a r e n h ä u s e r abgesehen hatte, wurde gestern morgen um 2 Uhr auf frischer That ertappt und festgenommen. Das Kaufhaus von Wolff an der Ecke der Garten- und Invalidenstraße, das schon früher einmal heimgesucht wurde, war wiederum das Ziel der Diebe. Vier Mann waren in den Eingang an der Gartenstraße hineingelangt und machten sich hier davon, die Mauer zu durchbrechen. Der Geschäftsinhaber wurde jedoch durch ein Läutewerk, das die Einbrecher durch ihre Arbeiten in Bewegung setzten, geweckt, ging durch einen andern Ausgang hinaus und holte die Polizei. Diese umstellte das Haus, so daß niemand entkommen konnte und sagte die vier Einbrecher bei der Arbeit ab. Das Haupt der Bande ist ein Mann, dessen Namen man noch nicht genau weiß. Er nennt sich Wolf Heinde, ist aber schon unter dem Namen Italmowski, wie er sich in Stettin nannte, bestrahlt. In der Verbrecherwelt heißt er „Heinde“. Mit seinem wahren Namen hält er vermutlich zurück, weil er viel auf dem Ackerholz hat. Die übrigen Mitglieder der Bande sind ein gewisser Variels und zwei Gebrüder Anocke. Diese Gesellschaft hat hier 15 und in Stettin 3 Warenhausdiebstahl verübt. Die Beute schafften die Einbrecher mit Dreirädern und Handwagen weg, die sie den Warenhäusern ebenfalls stahlen und nach dem Gebrauch an entlegenen Stellen stehen ließen. Zum Verkauf ihrer Waren suchten sie öfter nach Stettin und benutzten gleich die Gelegenheit, auch dort einzubrechen. In Charlottenburg hat Heinde auch unter dem Namen Salomon Diebesbeute verübt.

Das Puffage-theater hat diesen Monat ein Programm von überraschender Vielseitigkeit zusammengestellt: vor allen Dingen zeichnen sich einige Künstlerinnen darin aus. Ein Fräulein Carola ist als „pudergelächelte Schönheit“ von Karlsbad her vertrieben worden; die Dame kann sich rühmen, daß sie außer dieser nicht zu unterschätzenden Eigenschaft noch eine hübsche und geschulte Stimme, sowie auch eine gute Darstellungsgabe besitzt und so nach jeder Richtung hin für die Bühne befähigt ist. Eine gewandte Souflette ist Fel. Elsi del Bianca, ein Lied aus dem „Süßen Rädel“ wurde von ihr flott und frisch gesungen. In der Tanzkunst zeichneten sich die Spanierinnen Estrelas aus. Unter den Leistungen auf alrobatistischem Gebiet ist vor allen der „Melangeakt“ der Gesellschaft Wlog-Larellas zu nennen. Diese Künstler produzieren sich in Leistungen allerersten Ranges. Tüchtige Kunstfahrer sehen wir in der drei aus einem Herrn und einer Dame bestehenden Gesellschaft Kostka und als Humoristen sind die Herren Bonné und Mödinger fort auf dem Plage.

Theater. Im Schiller-Theater ist die Belegung der Hauptrollen in dem am Montag, den 7. April, zum erstenmal zur Aufführung kommenden dreitägigen Schwan „Der Reisch in der Bette“ von Volker Schmidt folgende: Heinrich Reiser: Albert Reisch; Ernestine: Käthe Berner; Schwig: Käthe Brod; Clemens: Hans Schubert; Gottfried Radenbeil: Alfred Schwanow; Moriz Siedenfeld: Max Richter; Ralschube: Ernst Wehler; Schmiedberg: Otto Reinde; Oranienbaum: Dofar Sabo; Ulrich Hampel: Emma Grube; Kaintha: Margarete Wagnmann. Eingeleitet wird dieser Abend mit Hans von Hopfen einaktigen Lustspiel „Perenzlang“, in dem die Damen: Wallinger, Brod, Wala und die Herren: Lindhorst und Sabo beschäftigt sind. — Central-Theater: Am Sonntagvormittag 3 Uhr wird zu halben Preisen „Der Bettelstudent“ gegeben, mit den ersten Kräften besetzt, und zwar: Siegm. Kunz, Theres. Debus, Carl Schmitz, Louise Albes, Ernst Wüster, Grete Goheln, Emil Albes. Abends 7 1/2 Uhr findet die 110. Vorstellung von „Das süße Rädel“ statt.

#### Aus den Nachbarorten.

Waldmanns Lust. Sonntag, den 6. April, nachmittags 4 Uhr, hält der Waldverein in Schwirgerhüschen bei Rahn eine Versammlung ab, in welcher Genosse Georg Wagner über: „Der Kampf ums Dasein und seine Folgen für die Familie“ sprechen wird.

Die Nibelungen in Dichtung und Musik bilden das Programm des nächsten Charlottenburger Kunstabends am Sonntag, den 6. April, abends 7 1/2 Uhr, im Kaiser Friedrich-Saal am Säbigny-Platz. Aus Friedrich Hebbels Nibelungenwerk werden einige dramatische Szenen und aus Wilhelm Jördans Nibelungen-Epos einige Gesänge recitiert werden. Richard Wagner, der durch seine Nibelungenwerke das Interesse für diese großartige Nationaldichtung aufs neue erweckt hat, wird einen großen Raum in dem Programm einnehmen. Es werden durch die bekannte Wagner-Sängerin Fel. Emma Reinhardt und Ernst Burstinghaus (vom Stadt-Theater in Ulbes) größere Bruchstücke aus „Rheingold“, „Siegfried“, „Walküre“ und „Götterdämmerung“ gesungen werden. Den einleitenden Vortrag hält Dr. Curt Walter Goldschmidt aus Breslau. — Willes a 50 und 30 Pf. in den Charlottenburger Buchhandlungen und beim Schuldiener erhältlich.

Grünen. Auf die Berichtigung des Gastwirts Gustav Lindenbahn im „Vorwärts“ vom 2. April geben unsre Genossen folgendes bekannt: Wir halten die gegen Lindenbahn erhobenen Anklagen aufrecht, ohne das geringste davon zurückzunehmen. Sollte Herrn Lindenbahn sein Gedächtnis im Stich gelassen haben, so möge es hierdurch etwas aufgefrischt werden. Herr Lindenbahn führte in der Sitzung des Bürgervereins wörtlich aus, daß er der Socialdemokratie früher nahe gestanden habe, daß er aber, da sie ihn wirtschaftlich ruinirt hätte, jetzt zu anderer Ueberzeugung gekommen sei. Der socialdemokratische Kandidat mache sich einen Sport daraus, ihn zu Grunde zu richten, und einen solchen Mann könne er nicht wählen. Wenn Herr Lindenbahn ferner in seiner Berichtigung anföhrt, daß er von uns nicht aufgefordert worden wäre, in unserer öffentlichen Versammlung zu erscheinen, so weisen wir ihn an den Genossen Pfeil, der ihm auch in dieser Beziehung behilflich sein wird, sein Gedächtnis ein bisschen zu beleben. Ferner giebt Herr Lindenbahn im zweiten Teil seiner Berichtigung an, daß er die von uns angeführten Angriffe auf die Partei thätigst erhoben hat, denn er erklärt sich bereit, sie in einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung unter Beweis zu stellen. Wir würden es mit Freuden begrüßen, wenn Herr Lindenbahn in einer Versammlung erscheinen würde.

Beim Rixdorfer Gewerbegericht gingen im Geschäftsjahr 1901 an Klagen 357 ein. Erledigt wurden durch Vergleich 53, durch Klagerücknahme 95, durch Anerkenntnis 11, durch Verjährungsartikel 45, durch Endurteil 122. Im sogenannten Vergleichstermin, der ohne Beisitzer stattfindet, wurde fast die Hälfte aller Klagen erledigt. Zu 848 Fällen klagten Arbeitnehmer gegen Arbeitgeber, in 8 Fällen Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer, und in einem Fall ein Arbeiter gegen einen andern Arbeiter desselben Arbeitgebers. Der Streitwert betrug bis zu 20 M. in 154 Fällen, über 20 bis 50 M. in 112 Fällen, über 50 bis 100 M. in 75 Fällen und über 100 M. in 16 Fällen. — Es fanden 27 Sitzungen mit Beisitzern statt, so daß jeder der 48 Beisitzer durchschnittlich zweimal im Jahre amtierte.

Sühntermine (Termin ohne Beisitzer) wurden 57 abgehalten. — Als Einigungsamt ist das Gewerbegericht noch nicht in Thätigkeit getreten; zur Abgabe von Gutachten an Staatsbehörden fand es ebenfalls keine Gelegenheit.

Aus Rixdorf. Ein Einbruch wurde in der hiesigen evangelischen Kirche verübt. Der Thäter erbrach drei Sammelbüchsen und leerte dieselben. Es dürften ihm 45—50 M. in die Hände gefallen sein. Bisher fehlt von dem Diebe jede Spur. — Sehr skeptisch stand die Kriminalpolizei zunächst einer Anzeige gegenüber, nach welcher die in der Steinmühlstraße wohnhafte Ehefrau des Eisenbahn-Betriebssekretärs Eich in der Mittagsstunde in der Warthe- und Eimerstraße, nahe dem Tempelhofer Felde, von zwei unbekanntem Männern überfallen und beraubt worden sein sollte. Jetzt sind aber Kinder, die in der Nähe spielten, ermittelt worden, welche die Darstellung der Frau in allen Stücken bestätigten. Auf die Ergreifung der Thäter ist eine Belohnung von 100 M. festgesetzt worden. — Auf dem Wege zwischen Rixdorf und Berg wurden abends mehrere junge Männer von fünf unbekanntem Personen ohne jede Veranlassung überfallen und mit Messern bearbeitet. Der Arbeiter Otto Schilling, Bergstr. 62 wohnhaft, erhielt dabei mehrere lebensgefährliche Messerstiche in den Kopf und liegt daher schwer krank darnieder. Leider ist es noch nicht gelungen, die Messerhelden zu ermitteln.

Vom städtischen Arbeitsnachweis in Rixdorf wurden im Monat März von 112 Arbeitgeber insgesamt 173 Personen zur Beschäftigung verlangt. Dieselben setzten sich zusammen aus 32 Handwerklern, 95 ungelerten Arbeitern, 17 Dienstmädchen, 14 Fabrikarbeiterinnen, 4 ungelerten Arbeiterinnen, 2 Verblingen und 8 jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren. — Beschäftigung suchten 412 Personen, und zwar: 72 Handwerker, 282 ungelerte Arbeiter, 25 jugendliche Arbeiter, 11 Dienstmädchen, 15 Fabrikarbeiterinnen und 7 ungelerte Arbeiterinnen. Von diesen erhielten 164 Personen Beschäftigung nachgewiesen, nämlich 32 Handwerker, 66 ungelerte Arbeiter, 8 jugendliche Arbeiter, 10 Dienstmädchen, 14 Fabrikarbeiterinnen und 4 ungelerte Arbeiterinnen. Der Fernsprecher wurde 196 mal benützt.

Der Raubmörder Ritter wäre beinahe der Gerechtigkeit verfallen, als die Transporteure aus Spanbau mit ihm in Seehausen (Klitz) eintrafen. Die Nachricht von seiner Ankunft hatte sich wie ein Lauffeuer in der Stadt verbreitet und die ganze Bevölkerung war in größter Aufregung, da sie lebhaften Anteil an dem Geschick des Kaufmanns Ringe in dem benachbarten Bahrenberg nimmt. Eine nach Tausenden zählende Schaar wartete am Bahnhof, als die Transporteure mit dem gefesselten Verbrecher dem Zug entstieg; laute Verwünschungen wurden gegen den Räuber ausgesprochen, der hohelegante Kleidung, Gylinderrhut und Lackschuhe trug. Nur schwer konnte die erbitterte Menge von Thätlichkeiten gegen den Verbrecher zurückgehalten werden. Der Raubmörder hat in der Klitz seit einiger Zeit Vorstellungen als Entseffungsmeister gegeben, wobei sein Complice bei dem Raubmordverbrechen sein Gehilfe war. Ringe hat es nur einem glücklichen Zufall zu danken, daß er am Leben geblieben ist. Die beiden Raubgefellen hatten ihn zu Boden geschlagen und mit einem Strick um den Hals so lange gewürgt, bis er kein Lebenszeichen mehr von sich gab. Da aber kein Licht im Laden brannte, konnten sie nicht feststellen, ob er tot war.

Ein schwerer Unglücksfall, dem bereits ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist, ereignete sich in der vergangenen Nacht in Steglitz. Dort war vor einigen Tagen eine Dame mit ihrem beiden Kindern in das Haus Düppelstraße 30 eingezogen und hatte die Wohnung mit einer Gasheizung versehen lassen. Als nun heute vormittag nach 10 Uhr der Frühstücksbesuch noch an der Munde der Wohnungstür hing, wurden die Nachbarn aufmerksam, und da auf wiederholtes Klopfen niemand öffnete, wurde die Thür durch einen Schlosser aufgemacht. Den Eintretenden bot sich ein schrecklicher Anblick dar, denn die drei Damen lagen, von dem Gas, das während der Nacht andgeströmt war, betäubt am Boden. Während die Tante und die eine Nichte wieder zum Bewußtsein gebracht werden konnten, ließen die Wiederbelebungsversuche bei der andern Nichte erfolglos.

#### Berichts-Beilage.

Wohl selten hat ein Angeklagter dem Gericht so viele Umstände und Schwierigkeiten bereitet, wie der aus Ungarn stammende Barbier Joseph Kamargin, welcher gestern der vierten Strafkammer des Landgerichts I aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde. Kamargin, der bereits viermal wegen Taschendiebstahl verurteilt ist, wurde im April wiederum bei einem Taschendiebstahl ertappt. Da er eine schwere Strafe zu gewärtigen hatte, gefiel er sich darin, den Justizmännern zu spielen. Er führte seine Rolle mit großem Geschick durch. Als er zum erstenmal zur Hauptverhandlung vorgeführt wurde, behauptete er, er sei der Präsident Mac Kinley und stitzig aus Amerika nach Berlin gekommen. Als der Vorsitzende ihm erklärte, daß Mac Kinley inzwischen verstorben sei, blieb der Angeklagte dabei, daß er demnach der Genannte sei, er sei von den Toten wieder auferstanden. Der Angeklagte hatte bei den letzten Diebstählen noch einen Complicen gehabt, gegen den ebenfalls verhandelt werden sollte. Dieser beschuldigte sich über das Gebahren des Angeklagten, den er bis dahin als einen vernünftigen Menschen kennen gelernt hatte. Da mit dem Angeklagten aber nichts anzufangen war, mußte der Termin verlegt und zu einem späteren ein Arzt als Sachverständiger geladen werden. Auch beim folgenden Termin blieb Kamargin bei seiner blödsinnigen Behauptung und benahm sich detart, daß er bei dem Sachverständigen Zweifel erregte und dieser vorschlug, ihn sechs Wochen lang auf seinen Geisteszustand in der Charité untersuchen zu lassen. Dem Antrage mußte Folge gegeben werden. Als Kamargin gestern wiederum vorgeführt wurde, legte er ein andres Benehmen an den Tag. Er that, als ginge ihn die ganze Sache nichts an und war zu keiner Antwort zu bewegen. Der Sachverständige begutachtete, daß Kamargin womöglich diese, nur einmal, als er gegen einen Anseher thätlich geworden war, könne er sich in einem vorübergehend unzurechnungsfähigen Zustande befinden haben. Durch die Beweisannahme wurde festgestellt, daß Kamargin im April vorigen Jahres mit einem bereits abgeurteilten Complicen aus dem Potsdamer Bahnhof eine schwere Handtasche gestohlen hatte, die ein Reisender neben sich an den Hauptbahnhof gestellt hatte, während er sich am Schalter die Fahrkarte löste. Als die beiden Spylbuben mit ihrer Beute durch die Leitzigerstraße gingen, bot sich ihnen Gelegenheit, vor einem Schaufenster einen Taschendiebstahl auszuführen. Sie konnten der Verurteilung nicht widerstehen: sie hatten gerade ein Portemonnaie mit 48 M. Inhalt ertorben, als sie von einem Kriminalbeamten, der sie beobachtet hatte, ergriffen wurden. Der Koffer wurde ihnen auch wieder abgenommen. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis und zweijähriger Ehrverlust wegen der Diebstähle und zu einer Woche Haft wegen des thätlichen Angriffs gegen den Beamten; die letztere Strafe wurde durch die erklarte Untersuchungschaft für verblüht erachtet.

#### Versammlungen.

Adlershof. Der Socialdemokratische Wahlverein von Adlershof hielt am 20. März seine regelmäßige Vereinsversammlung bei Scher in Köpenick ab. Zu einem ausgereichneten Vortrag sprach Rechtsanwalt Victor Frankel über die Bedeutung des 18. März. Um die Wirkung des Vortrags nicht abzuschwächen, wurde von einer Distinction abgesehen. Da bei der letzten Gemeindevorstandswahl mehrere Genossen nicht zur Wahl waren, so wurde beschlossen, für die Zukunft diejenigen Mitglieder, welche ohne genügende Entschuldigung der Wahl fernbleiben, aus dem Wahlverein auszuschließen. Es wurde noch ein Antrag angenommen, die diesjährige Kaiser, da uns kein Saal in Adlershof zur Verfügung steht, in Köpenick bei Seidel abzuhalten.

**Freiwillige Feuerwehr.** Sonntag, den 6. April, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 68. Gemeindefchule, 81. Frankfurterstr. 68: Versammlung. **Freiwillige Feuerwehr.** Um 10 1/2 Uhr vormittags 8: 68. Versammlung. Vortrag des Bräutigams Ida Kilmann: „Frühlingsgüter“. Gäste: Damen und Herren, sehr willkommen. Montag, den 7. April, abends 8 1/2 Uhr: Pünktlich, im unteren Saale des Englischen Gartens, Alexanderstraße 27: Beschließende Versammlung (Wahlen). Weiße Quittung legitimiert.

**Berein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Nordost-Preußen.** Sonntag, den 6. April, nachmittags 1 Uhr, im Restaurant Wille, Reitmanstr. 213 (alte Jägerstraße): Vereins-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über den Jahresverlauf. 2. Beschlüsse. 3. Verschiedenes. Da mit dem 1. April d. J. neue Vereinbarungen mit den Vereinsorganen in Kraft treten, werden die Mitglieder ersucht, die neuen Beiträge in dieser Versammlung in Empfang zu nehmen.

**Vermischtes.**

**Die Marconi-Gesellschaft** macht bekannt, daß sie ihre Rechte und Patente für die Vereinigten Staaten von Nordamerika einer amerikanischen Gesellschaft, die über ein Kapital von 6 150 000 Dollar verfügt, verkauft hat. Die Marconi-Gesellschaft erhält von ihrem amerikanischen Tochterunternehmen 250 000 Dollar in bar sowie ferner einen Posten Aktien, der ihr maßgebenden Einfluß auf das Unternehmen sichert. Weitere Summen erhält sie für die von ihr in den Vereinigten Staaten errichteten Stationen.

**Bredlau, 4. April.** Heute früh wurde der Mörder **Schulze**, der in der Nacht zum 13. September vorigen Jahres seinen früheren Arbeitskollegen **Biesner** erschlagen und beraubt hatte, im Hofe des Untersuchungs-Gefängnisses hier selbst mit dem Beile hingerichtet.

**Inchoc, 4. April.** Wie die „Zeh. Nachr.“ aus Tönning melden, hielt sich der **Amidvorker Hönd** im Kreise Eiderstedt der Staatsanwaltschaft wegen **Unterschlagung** von 100 000 M.

**Leipzig, 4. April.** Das Reichsgericht verwarf heute die Revision von **Gonz** und **Genossen** gegen das von dem Thoner Gerichte am 12. September d. J. in dem Prozesse gegen **60 polnische Gymnasialisten** wegen Geheimbündelei gefällte Urteil.

**Leipzig, 4. April.** Die das „Leipziger Tageblatt“ aus Dessau bei Leipzig meldete, verhängte eine unter der Gewalt eines orkanähnlichen Sturmes einwirkende Gartenmauer drei Kinder, von denen eines tot, die beiden andern erheblich verletzt unter den Trümmern hervorgezogen wurden.

**Stuttgart, 4. April.** Der Professor der Philosophie an der Tübinger Universität, **Dr. Edmund von Pfeiderer**, ist, wie der „Schwäbische Merkur“ meldet, gestern in Tübingen gestorben.

**Nischabad (Transkaspien), 1. April.** Auf den Eisenbahnstationen **Pschereba** und **Naganis** wurde um 9 Uhr 18 Minuten abends drei Sekunden lang ein unterirdisches Getöse gehört, das **Wodenschwankungen** bezeichnet. Gebände wurden nicht beschädigt, auch Menschen verunglückten nicht.

**Manila, 2. April.** Die **Cholera** greift mit steigender Heftigkeit um sich. Bis zum 31. März waren 72 Todesfälle und eine große Anzahl Erkrankungen festgestellt. Berichte aus dem Innern des Landes melden, daß sich die Seuche über weite Gebiete erstreckt. Die Behörden üben die strengste Quarantäne, wodurch der gesamte Verkehr schwer beeinträchtigt wird.

**Briefkasten der Redaktion.**

**Schiffe (Nahgarn 60).** Weiter nein.

**S. W. 27.** 1. Ja. 2. Sie haben sich durch das von Ihnen beschriebene Verfahren nicht frohar gemacht. — **N. N. 100.** Ja. — **Jonk.** 1. und 2. Ja. 3. Nein. 4. Ja das persönliche Erscheinen angeordnet oder der Privatbesitzer vom Erscheinen im Termin nicht entbunden, so kann der ausgebliebene Privatbesitzer verhaftet oder zum nächsten Termin zitiert werden. — **Sumpaci.** 1. Die Unterhaltspflicht des außerehelichen Vaters richtet sich nach den Verhältnissen der Mutter. Der Vater hat nicht nur

einen Beitrag zu leisten, sondern den vollen Unterhalt. Daher sind etwa 24 M. monatlich angemessen. Die Gerichte, noch an die Beitragspflicht gewöhnt, erkennen häufig auf niedrigere Beträge. 2. Ja. 3. Nein: Sie können aber einen dahingehenden Knipsch im Termin erheben. Der Richter kann ihm stattgeben. — **W. W.** 1. Ja. 2. Weiter nein.

— **N. W.** Das niedrige steuerpflichtige Einkommen ist für die Steuersteuer das von 100 M., für die Kommunalsteuer ein Einkommen von 600 bis 800 M., mit einer 4 M. Steuer belegt werden. Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat den Antrag, diese Steuersteuer außer Zahlung zu setzen, abgelehnt, aber den Ratifikant aufgeschoben, im nächsten Jahre (April 1903 bis April 1904) diese Steuer in Fortfall zu bringen.

— **S. S. Toun.** Sie können sich der öffentlichen Klage als Nebenkläger anschließen. Ein Beispiel für solchen Antrag finden Sie im „Arbeiterrecht“ S. 405. — **Zieber 98.** 1. Ja. 2. Ja. Sie können von den andern Eigentümern Rückerstattung verlangen. 3. Haben Sie bereits bezahlt, so können Sie Rückerstattung verlangen. 4. Pflanzgeld, Pflanzgeld, Kanon und dergleichen sind Bezeichnungen für Gebühren, die vom Hauseigentümer an die Kirche zu zahlen sind. 5. 6. 7. Nein. 8. Diese Karte ist auf Grund der Urkunde vom Jahre 1854 auf dem jetzt Ihnen gehörigen Grundbesitz eingetragen.

**Witterungsübersicht vom 4. April 1902, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Bismarck	750	SW	3	bedeckt	5
Potsdam	749	SW	4	Regen	4
Berlin	749	SW	3	wolkig	7
Frankfurt	750	SW	5	wolkig	7
Brannschweig	750	SW	3	Regen	7
Wien	757	SW	—	Regen	7

**Wetter-Prognose für Sonnabend, den 5. April 1902.**  
Zunächst kühl, zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit Regen oder Graupelchauern und frischen nordwestlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

**Theater.**

**Sonnabend, den 5. April.**  
**Oberhaus.** Niggon. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schaubühne.** Wallenstein Tod. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reines Opern-Theater (Kroll).** Geschlossen.  
**Schiller.** Nathan der Weise. Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches.** Der Weg zum Licht. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Verliner.** Mit-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Leipzig.** Johannfeuer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Weiden.** Der Gigantbaron. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Meldeus.** Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Venedig.** Goldhülse. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Terzettbühne.** Deller Altentand. Anfang 8 Uhr.  
**E. v. Wolzogen.** Bunte Theater (Hedebrett). Anfang 8 Uhr.  
**Schall und Rauch.** Szenenstudien. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Central.** Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Thalia.** Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Suffen.** Gebrüder Bod. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Carl Weiss.** Hannemann vom Bleichhof und: Der kleine Sohn. Anfang 8 Uhr.  
**Rachm.** 4 Uhr: Kindererziehung: Max und Moritz.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Die Reichsminister von Berlin. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Bellevue.** Die Dame aus Tronpise. Hierauf: Gr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Cyrcus.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Charivari.** Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** Die wahre Liebe ist das nicht. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Myklo.** Untrübt. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Wassge.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Palast.** Spezialitäten-Vorstellung. Die Seidenhose. Anfang 8 Uhr.  
**Casino-Theater.** Berlin am Stelen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Paffner-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
**Urania.** Landwehrstr. 48/49. (Zum Theateraal) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen: Von den Alpen zum Vesuv.  
**Jubiläumstraße 57/62.** Täglich: Steruwart.

**Urania.**  
Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
**Frühlingstage an der Riviera.**  
Nachm. 4 Uhr zu kleinen Preisen: Von den Alpen zum Vesuv.

**Castans Panopticum**  
Friedrich-Strasse 165.  
**Zwergin mit Kinde**  
(einzig in ihrer Art auf dem Erdenrund!)  
**Der Boerenkrieg**  
(Botha, De Wet, De la Rey, Krüger.)  
**Lebende Photographien.**  
Neu! humor.-musikal. Quintett **Kirchmeyer.**

**Passage-Theater.**  
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.  
**Sensations-Programm der April-Novitäten.**  
**Emilie Carola,** preisgekrönte Wiener Schönheit.  
**Hugo Hödlinger** der originelle Humorist.  
**Les Estrellas** Spanische Tänzerinnen.  
**16 neue erstkl. Nummern!**

**Metropol-Theater**  
**Emil Thomas a. G.**  
**Henry Bender Josef Josephi**  
Zum 6. Mal:  
**Die wahre Liebe ist das nicht.**  
Grosse Posse mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von Horst u. Stein, bearbeitet von Julius Freund, Musik von Victor Holländer.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.  
Morgen und die folgenden Tage:  
**Die wahre Liebe ist das nicht.**

**Apollo-Theater.**  
Zum 6. Mal:  
**Lysistrata**  
Ausstattungs-Operette von **Paul Linke.**  
Im 2. Akt:  
Das berühmte Luftballett **„Grigolatis“.**  
Ferner: **Snecus Spezialitäten.** Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang der Spezialitäten 8 Uhr. Beginn der Operette 9 Uhr.

**Deutsche Konzerthallen.**  
An der Spandauer Brücke 3. Größt. Vergnügungsort Berlin.  
**Internationale Kapelle von 5 Künstler-Kapellen.**  
Im 6. u. 7. Bogen erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Ausschank der **Berliner Bock-Brauerei.**  
Bürgerl. Diner, 5 Gänge. Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurterstr. 132.  
Nachm. 4 Uhr: Ständ. Vorstellung. Kleine Preise. Max und Moritz. Abends 8 Uhr:  
**Hannemann vom Bleichhof** und: **Der kleine Sohn.**  
Große Berliner Aufführungspose mit Ges. in 5 Akten von Ernst Ritterfeld. Musik von Robert Wichel.  
Sonntagsnachm. 3 Uhr: Kleine Preise. Parzell 60 Pf.  
**Das Räthsel von Heilbrunn.** Abends 8 Uhr:  
**Hannemann u. der kleine Sohn.** Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

**Central-Theater.**  
Heute, 7 1/2 Uhr, zum 100. Mal:  
**Das süße Mädel.**  
Operette in 3 Akten von Vandenberg und Stein. Musik von Reinhardt. Morgen und folgende Tage 7 1/2 Uhr: **Das süße Mädel.** Sonntagsnachm. 3 Uhr: **Der Bettelstudent.**

**Casino-Theater**  
Lothringenstr. 37.  
Gastspiel Antonio Agoston in **„Berlin auf Stelen“** u. **„Kometen“.** Sonntagsnachm. 4 Uhr: **„Mutterlegen“.** Anfang Wochent. 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.

**Palast-Theater**  
(früher Beu-Palast)  
Burgstr. 22.  
Direktion E. Winkler u. W. Fröbel.  
**Ungewöhnliches Reizen-Programm.** 8 1/2 Uhr. 8 1/2 Uhr.  
**Der große Schläger!**  
**Eine Nacht im Ballhaus.**  
Schwank in 4 Akten von Knefel. Handlung, Bühn.: Dir. Rich. Winkler.  
**Leo Aarza** in ihren phänomenen Kunstleistungen.  
**Emmelie Hochberg.** Original.  
Reu! **Amor.** Reu! Spiel und Gesangs-Terzett.  
**Annyd.** Tanz: **Montafie.** Zum erstenmal in Berlin. Ausserdem nur Nummern I. Ranges.  
Anfang practice 8 Uhr.  
Entrée 50 Pf.

**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4a.  
Jeden Donnerstags, Sonntag und Montag:  
**Hofmanns Norddeutsche Sänger**  
Neu! Neu!  
**Der Kesselflicker.**  
Charakterbild mit Gesang. Nach jeder Solire: **Tanzkränzchen.** Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang Wochent. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Dr. Simmel, Princesstr. 41.**  
Spezialarzt für **17/13<sup>er</sup> Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Grosse Fänge! Seefische billig!**  
**Schellfische** in allen Grössen. . . 20-30 Pf. pro Pfd.  
**Cablau** (zum Kochen und Braten sehr zu empfehlen) ohne Kopf und im Anschnitt 20-22 Pf. . .  
**Seelachs** 20 Pf., im Anschnitt 25-27 Pf. . .  
**Bratflundern** (3 Pfd. 55 Pf.) 20 Pf. . .  
**Rotzungen** 35-40 Pf., **Schollen** 40 Pf., **Steinbutten, Seezungen** ebenfalls billig!  
**Lebende Hummer 3 Mk. pro Pfund.**  
**Feinste Helgoländer Nordsee-Austern Dtzd. 90 Pf.**  
**Geräucherte Seefische.**  
**Schellfische** (schöner als Bücklinge) 30-35 Pf. pro Pfd.  
**Flundern** 70-75 Pf., **Roche** (Ersatz für Stör) 60 Pf., **Seelachs** 50 Pf. pro Pfund.  
**Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“**  
Hauptfiliale Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10.  
II. Filiale: **Lünburgerstrasse, Ecke Paulstrasse.**  
III. **Prinzenstrasse 30.**  
IV. **Madaistr. 22, im Schliesischen Bahnhof.**  
**Johs. Skorczyk**  
Generalvertreter. [3798L\*]

**Cirkus Renz-Konzert-Tunnel**  
Karlstrasse.  
Bodenstage 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:  
Sonntags 5 Uhr. **Specialitäten. J. M. Hätt.**  
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung**

**Schall und Rauch (Kleines Theater)**  
Unter den Linden 44.  
Sonnabend, 5. April, abends 8 1/2 Uhr:  
Gastspiel von **Emanuel Reicher, Gertrud Eysoldt.**  
**Serenissimus-Zwischenspiele**  
Zum erstenmal: **Boubourche.** Tragische Posse in 2 Akten von G. Courteline.  
Liebesträume, Bauernkumedi.  
**W. Noacks Theater.**  
Dramenstrasse 16.  
**Der Hüttenbesitzer.**  
Schauspiel in 5 Akten von Erich Kied.  
Heute: **Tanzkränzchen.**  
Sonntag: **Der Goldonkel.**

**Cirkus Busch**  
Sonnabend, 5. April, abends 7 1/2 Uhr:  
Große Vorstellung: **Klondike.** Orig.-Pantomime des Cirkus Busch.  
Die Prinz-Georg-Feiertage nach Amerika.

**Lessing-Hochschule.**  
Neues Programm (Beginn nächste Woche):  
**Prof. Dr. Runze:** „Schopenhauers Philosophie“. 8 Vorträge. Donnerstagsabend.  
**Philipp Spandow:** „Ibsens Gesellschaftsdramen“. 5 Vorträge. Dienstagabend.  
**Adele Schreiber:** „Zur modernen Frauenbewegung“. 4 Vorträge. Dienstagabend.  
**Dr. Theodor Schüler:** „Krankpflege mit praktischen Übungen“. 5 Vorträge. Montagabend.  
**Frits Stahl:** „Die Kunst von Pergamon“ (mit Besuch des neuen Museums). Freitagabend.  
**Hörgebühr** (für Damen und Herren) für jeden Cyklus **2,00 Mark.**  
(Für den ersten Cyklus „Schopenhauers Philosophie“ (8 Vorträge) 4,00 Mark.) 17/14\*  
**Lehranstalt: Steglitzerstr. 8a.**  
**Ausgabestellen:** Berl. West-Buchhandlung Kantorowicz, Potsdamerstr. 135; Buchhandlung Otto Freund, Kleiststr. 21; Pianofortefabrik L. Hermann u. Co., Neue Promenade 5; Challiers Musikhandlung (R. Beck), Benthstr. 10. Auf schriftliche oder telephonische Bestellung (Amt IX, No. 7022) an die zuerst genannte Stelle **Zusendung** der Karten ohne Preiserhöhung. Von dort werden auch **ausführliche Programme kostenlos zugesandt!**

**Belle-Alliance-Theater.**  
Denie zum 100. Mal:  
**Die Dame aus Tronville.**  
Schwank mit Gesang u. Tanz in 3 Akten.  
Emil Sondermann, Ferd. Worms, Mizzi Birker, Rosa Marton.  
Hierauf: „Gr.“. Pariser Lebensbild in 1 Akt.  
Adele Hartung a. G. Leopold Thurner a. G. Sonntagsnachmittags 3 Uhr: **Der Pfarrer von Kirchfeld.**

**Dampfervermietung**  
für Vereine u. Gesellschaften  
für halbe und ganze Tage. Zu erfragen bei **Rudolf Hartesel,** Mühlentstraße 69. 37519\*

**A. Stippekohls Restaurant**  
**Köpenick, Schönertlinberstr. 5.**  
Abdeter: **Berchelsdorf.** Für gute Speisen u. Getränke ist bestens geforgt.

**Eigene Confection. Elegante Costümröcke enorm billig**  
in Tuch, Zibeline, Kammergarn und Gebiel.  
6 RR, 7 RR, 10 RR, 12 RR, 15 RR, **Seidendamast** 25 RR, **Alpaca** 4.50 RR, 6 RR, 8 RR, 10 RR, **weiss Cheviot** und **Pique** 3, 5, 7-15 RR.  
**Jaketkleider** elegante Façons in Zibeline, Reversibel, Cheviot, Covercoat und Geneshaun 15 RR, 20 RR, 25 RR.  
**Bolero-Kleider**  
**Sackkleider**  
**Blusenkleider** letzte Neuheit 12 RR, 15 RR, 18 RR.  
**Seidenblusen** 6.50 RR, 8 RR, 10 RR, 15 RR. **Einsehenden** 1.75 RR, 2.50 RR.  
**Golfcapen** 6 RR, 8 RR, 10 RR.  
**Schwarze, glatte u. bestickte Capes und Kragen** 10 RR, 12 RR, 15 RR.  
**Jakets, Sackpaletots, moderne Façons** in vorzüglichem Stoff und tadellos gearbeiteter Verarbeitung 10 RR, 12 RR, 15 RR, 20 RR.  
**Sielmann & Rosenberg BERLIN.**  
**Rommandanten-Strasse, Ecke Lindenstrasse.**  
**Maassanfertigung.**  
**Backfisch.**  
**Sacos u. Jaceis** 10 RR.

**Die schönsten Herren-Anzüge.** Herrengarderobe in neuem, sowie speziell **38473\***  
**Monatsgarderobe** von Cavalieren unübertroffen.  
Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in größter Auswahl zu billigsten Preisen stets zu haben.  
**J. Wand, Prinzenstr. 17, Ecke Wackerhorststraße.**

**Gardinen**  
Neuheiten, Seccions- und Jugendstil, circa 250 Muster. Katalog (450 Illustrat.) gratis und franco.  
**Emil Lefevre, Berlin S., 158.**

**Semmel,** prakt. Zahnarzt, wohnt **Oranienstr. 51** neb. d. Weichem 9-6, Sonntag 9-12. Mittel u. Angehörigen von Krankekranken werden besondere Berücksichtigung gewährt.  
**Strand-Restaurant Müggelsee**  
großes Ruggelschloß u. Fischrestaurant. Gemüsche Gärten, Seebäder und Korporationen für Sommeraufenthalte u. Ausflüge nicht geringfügig geeignet. Votol. Saal für ca. 300 Personen. Hallen, genügende Nebengebäude. Beschäftigungen aller Art. Conforte Presse. 35138\* **N. Degebrodt,** „Strandschloß“, Spandau.



Litterarische Rundschau.

Wille Loria: Die Sociologie. Ihre Aufgaben, ihre Schulen und ihre Fortschritte. Vorträge, gehalten an der Universität Padua. Autorisierte, vom Verfasser durchgesehene deutsche Uebersetzung von Dr. Clemens Feiß, Jena 1901, Gustav Fischer. 112 S. 8°. Preis 1 Mark.

In seinem Vorwort bemerkt Loria, anknyend an Professor Lezib's Anerkennung auf dem im vorjährigen Jahr zu Paris abgehaltenen Congrès international de l'enseignement des sciences sociales, daß sich zur Zeit die Sociologie in Deutschland noch im Zustand eines Halbchlafes befindet. Der Vorwurf hat leider eine gewisse Berechtigung. Obgleich die deutsche Geschichtsphilosophie, deutsche urgeschichtliche, ethnologische, rechtshistorische und national-ökonomische Forschungen einen guten Teil zu dem Unterbau beigetragen haben, auf dem die heutige Gesellschaftswissenschaft in die Höhe strebt, spielt sie doch in Deutschland eine untergeordnete Rolle als in England, Frankreich, Italien und jenseits des Ozeans. Deshalb ist die Uebersetzung der in der obigen Schrift zusammengefaßten Vorträge Loria's über die Grundbegriffe der Sociologie ins Deutsche an und für sich ein dankenswertes Uebernehmen, und zwar um so mehr, als sie im Gegensatz zu den meisten der im letzten Jahrzehnt erschienenen französischen „Introductions“ leichtverständlich gehalten sind, ganz abgesehen davon, daß die französischen Schriften dieser Art zumeist nicht eigentliche Einführungen in das Gesamtgebiet der Sociologie, sondern in die besondern Theorien und Anschauungen bestimmter Schulen sind. Leider nur ist die Leichtverständlichkeit und Anschaulichkeit der Loria'schen Schrift in recht vielen ihrer Partien durch Oberflächlichkeit erkauft. Es steht mit ihr, wie mit so manchen naturwissenschaftlichen Popularisationen, die es, um dem Leser geistige Anstrengungen zu ersparen, unternehmen, ihn gewissermaßen auf feilbetonierten Wegen in schwierige Gebiete eindringen zu lassen. Nicht nur werden — was bei solchen Versuchen meist sich als unvermeidlich erweist — in gewissem Maße einschuldbar sein mag — die schwierigeren Fragen einfach zurückgeschoben, sondern es werden auch die zur Erörterung herangezogenen Probleme oft in schiefer Stellung gezeigt, indem der Leben-Einfachheit wegen von ihren schwerer verständlichen Eigenheiten, die aber nicht selten gerade die charakteristischsten sind, abstrahiert wird, so daß statt des eigentlichen Problems nur ein Torso zur Demonstration gelangt. Indes würde es verfehlt sein, Loria's schiefe Probleme und Fragestellungen nur auf sein Popularisierungsbestreben zurückzuführen zu wollen. Wie für seine Studenten und Leser, vulgarisiert er die Theorien und Probleme auch für seinen eignen Bedarf, d. h. sucht sie sich, indem er ihre Subtilitäten ignoriert, für seinen wissenschaftlichen Hausgebrauch zurecht. Und dazu kommt weiter, daß es um seine Kenntnisse in der Ethnologie, die nach Letourneau's richtigem Ausdruck der Sociologie als Basis zu dienen hat, denn doch ziemlich unzulänglich bestellt ist.

Im ersten Vortrag behandelt Loria zunächst die Aufgaben der Sociologie und sucht dann in den folgenden Vorträgen einen kurzen Ueberblick zu bieten über die sociologischen Lehren auf psychologischer Grundlage (Saint-Simonismus und Comte'scher Positivismus) und auf biologischer Grundlage (Spencerismus), über die biologisch-evolutionistischen Theorien Weismann's, Huxley's, Kibbe's, über die Sociologie auf wirtschaftlicher Grundlage (Marx'sche Geschichtstheorie) und schließlich über die sogenannte „vergleichende Sociologie“, genauer über die Anwendung der vergleichend-historisch-ethnologischen Methode auf die Betrachtung socialer Erscheinungen. Daran reiht sich als Ordnung seiner theoretischen Ausführungen und zugleich als Veranschaulichung der Methode, die bei der Diskussion socialer Erscheinungen zu befolgen ist, eine kurze Schilderung der neueren „sociologischen Untersuchungen über die Familie“.

Schon gleich in dem ersten dieser Kapitel zeigt sich der Fehler Loria's, alle Schwierigkeiten kurzerhand zurückzuführen, alle genauen Definitionen und Präzisionen, auch wo sie durchaus nötig sind, zu vermeiden und sie durch unbestimmte rhetorische Vorbilder zu ersetzen. So erklärt er, nachdem er auseinandergelegt hat, daß immer zuerst der Mensch „encyclopaedisch“ denkt und erst später zur Analyse und Specialisation gelangt, für die Aufgabe der Sociologie:

„Es handelt sich also in der That nicht mehr darum, die verschiedenen socialen Erscheinungen in einem einzigen ewigen und überweltlichen Princip zusammenzufassen; es handelt sich darum, die einheitliche Zelle zu entdecken, in der die verschiedenen socialen Erscheinungen ihren Ursprung haben, die einfache und ursprüngliche einheitliche Erscheinung wieder aufzufinden, von der die verschiedensten socialen Thatsachen nur die Entwicklung und weitere Vervollkommnung bilden; endlich alle diese Thatsachen auf einen gemeinsamen beherrschenden Grundgedanken zurückzuführen.“

Und weiterhin heißt es:

„Jetzt hat die Sociologie die Aufgabe, die Ergebnisse der verschiedenen socialen Wissenschaften zu systematisieren und zu ordnen, indem sie sie auf einen gemeinsamen Keimer zurückführt und ihre notwendige Abstammung von einer einheitlichen Gruppe von Ursachen oder erzeugenden Erscheinungen aufklärt.“

Was heißt es, die Ergebnisse der socialen Wissenschaften auf einen gemeinsamen Keimer zurückzuführen, was, die einheitliche Zelle zu entdecken, in der die verschiedenen socialen Erscheinungen ihren Ursprung haben? Sociologen werden diese Sätze sehr verschieden verstehen, dem noch völlig mit sociologischen Fragen unbelasteten Laien aber müssen sie wie böhmische Dörfer vorkommen. Will Loria sagen, daß alle socialen Erscheinungen sich auf eine einzige ursprüngliche Erscheinung, alle Anschauungen auf einen gemeinsamen Ueergedanken zurückführen lassen? Das wäre eine Absurdität. Oder soll nur damit gesagt sein, daß manche heutigen socialen Erscheinungen sich aus früheren nach verschiedenen Richtungen hin fortentwickelt, daß also mannigfache Differenzierungen stattgefunden haben und diese bis auf ihren Ausgangspunkt zurückzuführen sind? Fast scheint dafür der im letzten Citat gebrauchte Ausdruck „Gruppe von Ursachen oder erzeugenden Erscheinungen“ (die beiden letzten dieser Wörter können wohl auf das Comte des Uebersetzers?) zu sprechen. Damit aber ergibt sich, um nur eine unter diesen herauszugreifen, sofort die andre Frage: Wird durch den Gedankenkeim beziehungsweise den Charakter der socialen Ue-Erscheinung zugleich die weitere Entwicklungs- resp. Differenzierungsrichtung bestimmt, wie zum Beispiel aus einem Samenorn bestimmter Art nur eine Pflanze bestimmter Art entsteht, oder wirken andre, unabhängige Faktoren auf die Richtung und den Charakter der Differenzierungsergebnisse ein, eventuell, was sind das für Faktoren u. s. w.?

Davon ist bei Loria nichts zu finden. Mit dem Hinweis darauf, daß die Sociologie die verschiedenen socialen Erscheinungen auf etwas Einheitliches zurückzuführen hat, hält er ihre Aufgabe für genügend skizziert und geht zur Schilderung der verschiedenen sociologischen Schulen über.

Gehalts ins Grob-Verständliche zu übertragen. Dafür nur ein Beispiel. Bekanntlich ist Comte der Ansicht, daß die Gedankenwelt des Einzelnen bestimmt wird durch das geistige Leben der Gesellschaft. Die Anschauungen des Individuums gelten ihm gewissermaßen nur als Niederschlag der Anschauungen des socialen Komplexes; daher ist ihm auch die geistige Gemeinschaft das für die sociologische Untersuchung allein Gegebene, das Individuum (das geistige, nicht das körperliche) nur eine Abstraktion, weshalb denn auch das Geistesleben des Einzelnen nur sociologisch, d. h. in seiner Abhängigkeit vom geistigen Leben der Gesellschaft, erforscht werden kann.

Was macht daraus Loria? Er sagt: „Die Gesellschaft und sie allein ist nach Comte ein würdiges und angemessenes Object der neuen Wissenschaft; um die Gesellschaft allein dürfen sich die Forschungen des gewissenhaftesten Sociologen drehen; und er wird von Anfang an ermahnt, von jeder Untersuchung abzusehen, die die Familie oder selbst das Individuum betrifft. Comte kommt dazu, zu behaupten, daß das Individuum nicht existiert, daß es eine Abstraktion ist und daß allein die Gesellschaft Wirklichkeit ist. Dies ist, ich brauche es kaum zu sagen, ein offenkundiger Unsinn; denn ein Individuum ist ein Wesen, dessen Existenz jeder feststellen kann, dem wir auf der Straße begegnen, das wir grüßen, dem wir die Hand schütteln können, während die Gesellschaft hinwiederum eine metaphysische Schöpfung ist, der nie jemand begegnet ist oder die Hand gedrückt hat.“

Comte spricht vom geistigen Individuum, Loria identifiziert dieses mit dem körperlichen, und beweist dann den „Unsinn“ der Comte'schen Behauptung, das geistige Leben des Einzelnen sei durch das seines Milieus bestimmt, durch die Entdeckung, daß man dem körperlichen Individuum auf der Straße begegnen und ihm die Hand drücken könne, der Gesellschaft hingegen nicht. Daß eine halbe Seite später Herr Loria ganz im Sinne der Natvetät des achtzehnten Jahrhunderts die Gesellschaft einfach als „eine Summe von Individuen“ definiert, sei nur nebenbei hervorzuheben.

Doch eine eigentliche Kritik des Loria'schen Ueberblicks über die sociologischen Schulen würde zu weit führen; es liegen sich sonst dem obigen Uebersichtsbild noch eine hübsche Zahl gleichartiger Korrektur-Vorschläge des Herrn Loria an die Seite stellen. Nur das Kapitel über „die Sociologie auf wirtschaftlicher Grundlage“ kann nicht übergangen werden. Entweder der „ökonomischen Grundlage der socialen Phänomene“ sind, wie Herr Loria seinen von ihm in das Gebiet der Sociologie eingeführten Studenten berichtet, Marx und Engels, oder sie sind auch nichts weiter; der wissenschaftliche Begründer ihrer Theorie ist — Herr Professor Wille Loria. In ihrer „Inferiorität“ haben nämlich die Hauptwerke der neuen sociologischen Schule eine logische Rechtfertigung ihrer Theorien unterlassen, so daß Herr Loria sich gezwungen sah, sie nachzuliefern. Dafür ist seine logische Rechtfertigung, entsprechend dem Sprichwort: Was lange währt, wird gut, auch desto gründlicher angefallen. Sie besteht darin, daß er erstens umständlich versichert, das ökonomische Faktum sei ein ausschließlich menschliches, bei den Tieren fehlten die ökonomischen Beziehungen des Tausches, des Profits, der Rente, des Lohnes; zweitens, das ökonomische Faktum gehe chronologisch allen andern socialen Phänomenen voraus, denn der Mensch müsse sich vor allem erst die nötigen Substanzmittel verschaffen, ehe er daran denken könne, Gesetze zu schaffen u. s. w.; und drittens fände man in allen historischen Zeitaltern eine Spaltung in Klassen, und die Existenz einer Klasse, die lebt ohne zu arbeiten, könne nur das Resultat eines großartigen ökonomischen Prozesses sein.

Damit ist nach Loria's Meinung das an der wissenschaftlichen Begründung der Marx'schen Geschichtstheorie Fehlende nachgeliefert. Sicherlich eine gloriose Leistung!

Wie wenig Loria übrigens Marx verstanden hat, beweist er dadurch, daß er in dem Rundzugeschrieben der ersten in den amerikanischen Kolonien sich niederlassenden europäischen Auswanderer auf in Europa überlebte wirtschaftliche Betriebsformen und in der damit verbundenen Rücksicht zu primitiven Rechtsinstitutionen eine Widerlegung aller bisherigen Entwicklungstheorien von Comte und Buckle bis auf Marx und Kibbe erblickt. Denn, meint er S. 93: „Wie kann man in der That das Theorem von Comte und Buckle billigen, daß die socialen Phänomene ein Produkt der intellektuellen Entwicklung seien; oder dem Gedanken Hegel's, daß die Geschichte die evolutive Entfaltung der Idee sei; oder das Apriorische Postulat, daß der menschliche Geist ein Werden in der Geschichte sei; wie kann man dem Gedanken von Marx beistimmen, daß die Entwicklung der materiellen Produktivkräfte durch sich selbst die fortschreitende Reife der socialen Formen erzeugt; oder den Hegel'schen Kibbe's, der in der Entwicklung der religiösen Idee den Hebel der Fortschritt's sieht, — wenn es bewiesen ist, daß eine neue Menschheit, stark durch ihre intellektuelle, technische, religiöse Erbschaft, die von hunderten von früheren Generationen aufgeschöpft wurde, sich gezwungen sieht, die ökonomischen und socialen Beziehungen der Urzeit anzunehmen, durch das einzige Faktum, daß sie sich in einem freien Lande ansiedelt, gleichwie die Menschheit der Urzeit?“

Loria beweist mit dem Ausdruck nur, daß er gar nicht verstanden hat, was Marx unter der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsweise versteht; denn er verwechselt erstere einfach mit der Technik, die doch nur einer ihrer konstitutiven Teile ist, und zwar nicht mit der angewandten Technik, sondern mit dem technischen Wissen, dem zur Anwendung in der Produktion gelangt dieses Wissen in dem von ihm erwähnten Fall ja nicht.

Konsequenter weiter verfolgt, fährt allerdings das von Loria erörterte Faktum zu einer der bisher wenig beachteten, unangenehmen, nichtsdestoweniger aber wichtigen Seiten der Marx'schen Geschichtstheorie, nämlich zur Frage, inwieweit die Erwerbung technischer Fähigkeit und des weiteren ihre Anwendung in der Produktion des Lebensunterhalts von den verschiedenartigen Naturbedingungen abhängig und in welcher Weise andererseits wieder die in der Produktion angewandte Technik den Einfluß dieser Bedingungen verändert. Für die Beurteilung des socialen Entwicklungsganges, speziell seiner früheren Stadien, ist diese Frage von hoher Bedeutung; aber es ist leuzzeichnend für Loria als Sociologen, daß er zu ihrer Erkenntnis gar nicht gelangt, sondern einfach die sogenannten „territorialen Bedingungen“ als „notwendigen Faktor der socialen Verfassung“ neben dem ökonomischen Faktor stellt.

Wiederholt bleibt, daß Loria's keine Schrift trotz ihrer außerordentlichen leichtverständlichen Darstellung den berechtigten Ansprüchen an eine Arbeit, die in das Gebiet der Sociologie einzuführen beabsichtigt, so wenig genügt, denn eine solche Schrift ist, wenn man so sagen darf, ein wissenschaftliches Erfordernis. Daß eine solche Arbeit die schwierigeren Probleme nicht in den Vordergrund zu rücken hat, sondern ihre Diskussion für später zurückstellen muß, ist selbstverständlich, aber soweit die Theorien der verschiedenen Schulen kritisiert und die sich ergebenden Probleme erörtert werden, muß sie der Leser ganz und in ihrer Eigenart, mit ihren Subtilitäten, vorgelegt erhalten; eine Vereinfachung, die auf entstellende Vergrößerung hinausläuft, ist völlig zwecklos; sie führt von vornherein auf Zerwege.

H. C.

Timm, Johannes, Arbeitersekretär in München. Aus dem Entwicklungsgang der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Erweiterter Vortrag, gehalten im socialwissenschaftlichen Studentenverein in München. Mit einem Nachwort von Dr. L. Singheimer über die Stellung der oberen Klassen und der Wissenschaft zu den Gewerkschaften. München 1902. Ernst Reinhardt. 49 SS. 8°.

Die kleine Schrift bietet eine gute, kurze Uebersicht über den Entwicklungsgang der deutschen Gewerkschaften. Die individuelle Färbung des Vortrages ist beibehalten und macht dadurch das Schriftchen lehrbarer. Einzelne in der Form störend wirkende Kleinigkeiten hätten bei einer etwa gründlicheren Korrektur ausgefällt werden können. Nur wenige thatsächliche Unrichtigkeiten finden sich, so zum Beispiel wenn gesagt wird, daß das Socialistengesetz am 1. Okt. 1878 in Kraft trat. Das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie datiert vom 21. Oktober, auch das so oft in unserer Parteipresse irrtümlich gegen die Fortschrittspartei angeführte Citat: „Einschließen sie die Bestien nicht“, findet sich in der Schrift wieder. Trotz dieser kleinen Mängel stellt sie trefflich die Bedeutung unserer Gewerkschaften dar, sie bildet auch einen interessanten Beitrag zu der Diskussion über die Neutralität in der Gewerkschaftsbewegung. Da der Vortrag vor Studenten gehalten wurde, wollen wir ausdrücklich feststellen, daß der Redner mit keinem Worte Konzeptionen an die Anschauungen der Zuhörer gemacht hat. So interessant die sich anschließenden Bemerkungen des Münchener Privatdocenten Singheimer sind, so fordern sie naturgemäß bei voller Anerkennung des vielen Nützlichen, das sie enthalten, mehrfach einen Widerspruch heraus. Nachdem der Redner seiner Meinung Ausdruck gab, daß die Gewerkschaften zunächst Mittel zur Erziehung der ihnen angehörenden Arbeiter aus epösischen Individuen zu Menschen, die vom Gemeinschaftsgeist durchdrungen sind, seien, betont er, daß dieser Geist ein anderer sei, wie das von der politischen Arbeiterbewegung erzeugene und verlangte Solidaritätsgefühl. Weitergehende Schlüsse zieht er bei dieser Gelegenheit aus der Hamburger Accordmauer-Differenz. Singheimer glaubt, daß die Socialdemokratie nur bei Wahlen oder bei momentanen Demonstrationen Solidaritätsgefühle erwecke, daß sie aber sonst die Masse gleichgültig lasse. Da er wohl wenig Gelegenheit gehabt, Massenbeobachtungen bei Arbeitern zu machen, so wird er auch nicht wissen, daß viele Zehntausende von Arbeitern in allen ihren Handlungen beunruhigt sind von dem Geiste der Partei, der sie erfüllt, der vielen unzufriedenheit das erfährt, was dem ehrlich religiösen Manne sein Glaube ist. Damit soll nicht geleugnet werden, daß ein richtiger Gewerkschaftler altkämpfig in seiner Berufstätigkeit und in dem Verkehre mit seinen Kameraden auch außerhalb der Betriebsstätte Gelegenheit und Anlaß hat, sich die gewerkschaftlichen Grundgedanken vor Augen zu halten, und sie, ohne daß er darauf vorbereitet wird, plötzlich in die Wirklichkeit übersehen muß. Der politisch interessierte Arbeiter wird aber gleichfalls bei politischen Erörterungen, im Verkehre mit Freunden und Bekannten, bei der Lesüre seiner Zeitung, wenn auch in minderer Maße, zur Verhärtung seiner Parteigrundsätze veranlaßt. Auch die politische Partei hat ihre dem Fernerstehenden unbekannte mannigfache Kleinarbeit, bei der sich Selbstlosigkeit, aufopferndes Streben, Wirksamkeit ohne Dank in hohem Maße entfalten kann. Es ist demnach falsch, nur der Gewerkschaftsbewegung nicht aber der politischen Bewegung der Arbeiter große erzieherische Wirkungen zuzuschreiben. Die Opfer, die ein Streik einer großen Anzahl Arbeitern auferlegt, wird niemand unterschätzen wollen, ebenso wenig die Gefahren des Streikpostens, streiks und ähnliche Thätigkeiten bei Lohnkämpfen. Aber diese Anzettelung, die einem bürgerlichen Socialpolitiker nicht so schwer fällt, darf doch nicht blind machen für die großen Opfer, die der politischen Bewegung gebracht werden. Hier sind es nicht nur Opfer an Geld, die meisten Gegnern ja so sehr imponieren, sondern noch viel schwerere Opfer. Das eine Wort „Socialistengesetz“, der Hinweis auf unsere Agitation in Opreuken, die Straflisten der Partei zeigen doch lässlich, welche gewaltige Opferfähigkeit von der Socialdemokratie ausgelöst wurde. Singheimer stellt auch den gewerkschaftlichen Führer weit über den politischen. „Gibt es gegenwärtig irgend einen Augenblick von so schwerwiegender Verantwortlichkeit in dem Leben eines politischen Führers, wie der Augenblick, in dem für oder gegen einen Streik entschieden werden oder eine aufgeregte Menge zur Wiederanbahnung der Arbeit nach einem erfolglosen Streik aufgefordert werden soll.“ Ohne irgend wie die Verantwortlichkeit des Gewerkschaftsführers, die ja nicht immer mit seinem Verantwortlichkeitsgefühl zusammenfällt, auch nur im mindesten zu unterschätzen, so müssen wir doch diesen Sätzen Singheimer's widersprechen. Entscheidungen über die künftige Taktik, über die Haltung der größten deutschen Partei in schwerwiegenden politischen Streitfragen sind von so ungeheurer Bedeutung für das Schicksal des Landes, für die gesamte Arbeiterklasse, greifen oft so tief in den Lebensinhalt der Massen, daß man das Verantwortlichkeitsgefühl der politischen Führer nur unterschätzen kann, wenn man der Politik vollständig fern steht. Deito eher können wir dem Verfasser beistimmen, wo er auf jedem Grund und Boden steht, wo er von den Aufgaben der deskriptiven Rationalökonomie spricht. Er wünscht eine regere Beschäftigung in den Verhältnissen der Fabrikarbeiterbevölkerung, er stellt mit Recht als eine dankbare Aufgabe dar, die Arbeitsverhältnisse zu schildern, und daraus die entsprechenden Lehren für die Durchführung von gewerkschaftlichen Kämpfen zu ziehen. Er bedauert, daß die großen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeiter ihren Geschicht'sschreiber noch nicht gefunden haben. Wenn er einen Appell an die studierende Jugend richtet, daß sie künftig als Richter und Verwaltungsbeamte Mund und Stimme zwischen Arbeitnehmern und Arbeitern nicht ungleich verteilen, wenn er sie auffordert, sich mit socialen Gesetzen zu erfüllen, Verständnis für die Gewerkschaften zu verbreiten, so wissen wir nur zu gut, daß dieser Ruf verhallen wird wie ähnliche Aufforderungen wohlmeinender Leute. Das Klasseninteresse, das Strebertum hat schon in manchen 30-jährigen Mann das bisherige Idealismus aus der Studentenzeit bis auf den letzten Rest getilgt. Die Plätter, die Brentano, die Schulze-Gävernig, Steinbach und wie sie alle heißen, die über den socialen Frieden und über die Pflichten des Bürgers gepredigt haben, sie waren und blieben Prediger in der Wüste; ihnen schließt sich nun Singheimer an.

Die Lage der deutschen Buchbinder. Anfangs März veröffentlichte der Vorstand des deutschen Buchbinderverbandes ein umfangreiches Buch „Statistische Erhebungen in den Buchbinderereien und verwandten Verufen Deutschlands“. Veröffentlichungen dieser Art, wie sie ähnlich nur vom Schneider- und Steinmetzverband in letzter Zeit erschienen sind, beweisen in hohem Maße die geistige Regsamkeit und Leistungsfähigkeit unserer gewerkschaftlichen Organisationen. Aber mehr als das ist bezeichnend die Selbstkritik, die die Buchbinderstatistik auszeichnet. In einer für jeden, der sich mit Arbeiterstatistik befaßt, sehr lehrreichen Einleitung werden die Mängel der Erhebung klar dargelegt. Hoffentlich ergibt sich hieraus der Nutzen für alle diejenigen, die später Fragebogen für unsere Gewerkschaften zu entwerfen haben. Trotz der Mängel der Fragestellung und der Beantwortung enthält das Buch viele wertvolle Informationen über die Lage in Buchbindergewerbe und in den verwandten Industrien. 226 Orte, darunter fast alle wichtigen für diese Industriegebiete, haben Material eingeliefert. 44 377 Verleger waren in diesen 226 Orten in der Buchbindererei thätig. Während die

**Berufszählung vom Jahre 1895 für das gesamte Deutsche Reich für Buchbinder und Kartomagefabrikation** 46 280 Personen angiebt. Wohl mit Recht nimmt der Bearbeiter der vorliegenden Statistik an, daß von 1895 bis 1900 die Zahl der in der Buchbinderlei beschäftigten Personen, vornehmlich die Zahl der Arbeiterinnen ganz gewaltig gestiegen ist. Das interessante Resultat der Statistik ist die Feststellung, daß in den Orten mit längerer Arbeitszeit die höheren Löhne vorkommen. So sind z. B. in Gau VI, der Hamburg, Lübeck, die beiden Mecklenburg und die Regierungsbezirke Stade und Lüneburg umfaßt, neun Orte mit einer wöchentlichen Arbeitszeit bis 54 Stunden und vier Orte mit einer solchen von 54—57 Stunden verzeichnet, die Löhne stehen dabei nur in 2 Orten unter 18 M., in 18 Orten zwischen 18 und 21 M., in 3 Orten zwischen 21 und 24 M. pro Woche, dagegen liegen im Gau XII, der das Königreich Sachsen umfaßt, 11 Orte mit über 60 stündiger Arbeitszeit und nur ein Ort mit 54 stündiger Arbeitszeit. In 10 Orten sind aber die Löhne niedriger wie 18 Mark, nur in 4 Orten betragen sie 18—21 Mark. Diese Vergleiche können noch mehrfach fortgesetzt werden. Für den Erfolg der Buchbinderbewegung spricht aber, daß bereits in 36 Orten, darunter den bedeutendsten für das Gewerbe, wie Berlin, Leipzig, Stuttgart, Hamburg, Altona, Hannover usw. die ortsübliche oder durchschnittliche Arbeitszeit 54 Stunden pro Woche beträgt. In zehn Orten ist der durchschnittliche Wochenlohn über 24 M., in 35 Orten 21—24 M., 54 Orte haben noch über 60 Stunden wöchentliche Arbeitszeit, 88 Orte 57—60 Stunden. Es giebt dementsprechend auch 45 Orte mit einem durchschnittlichen oder ortsüblichen Wochenlohn von weniger wie 18 M. und 95 Orte mit Löhnen von 18—21 M. Von den Großstädten haben 10 eine Wochen-Arbeitszeit mit 54 Stunden, 7 bis 57 Stunden und 12 bis 60 Stunden. In den mittleren oder kleineren Städten haben vier Arbeitszeiten mit 54 Stunden, ebenso viele über 60 Stunden, zehn 54—57 Stunden und acht 57—60 Stunden.

Jedenfalls beweist das Ergebnis der Statistik, daß die Buchbinder-Organisation eine Reihe sehr erheblicher Erfolge verzeichnen kann, mit dem Wachstum der Organisation sind die Vorteile derselben für die Arbeiter ersichtlich geworden. —

### Schriften-Eingang.

**Gesetzes- und Staatskunde für das Königreich Preußen.** Einhaltend Reichs- und Landesgesetze. In dem Wortlaut der Gesetze bearbeitet von Heinrich Weigand. Berlin W. 46. Verlag von Carl Meyer. (Gustav Prior.) Preis geb. 2,50 M.

**J. Rehnke.** Die Seele des Menschen. Aus Natur- und Geisteswelt. Leipzig, B. G. Teubner, 1902. Preis geb. 1,25 M.

**Das Jubiläum der Frau.** Praktische Ratschläge zur Selbstanfertigung von Reformkleidern. Herausgegeben von Jeanette Witt. Berlin-Leipzig, B. Borchard u. Co. Preis 1 M.

**Die Reichs-Einkommensteuer.** Möglichkeit und Notwendigkeit einer solchen. Studie von A. Ulrich. Dessau 1902 (Katholische Verlagshaus).

**Schließend Industrie** unter dem Einfluß der Capitulativen Handelspolitik 1889—1900 von Arthur Friedrich. Münchener volkswirtschaftliche Studien, 46 Stck. Stuttgart und Berlin 1902. (J. S. Gotta Nachf.)

**Die Industrie der Rheinprovinz 1889—1900.** Ein Beitrag zur Frage der Handelspolitik und der Rechte von Theodor Bogelke u. Münchener volkswirtschaftliche Studien, 47 Stck. Stuttgart und Berlin 1902. (J. S. Gotta Nachf.)

**Die Wohnungsfrage** von Dr. Eugen Jäger, Mitglied des Reichstages und der bairischen Kammer der Abgeordneten. 1. Band. 1902. Verlag der „Germania“, Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei in Berlin. Preis 5 M.

**Raumann, Dr.** Deutsche Wirtschaftspolitik. Berlin 1902. (Verlag der „Hilfe“). — Preis 1 M.

**Das Arbeitsrecht.** Ein Zukunftsbild der staatlichen Beseitigung der Arbeitslosigkeit von Konstantin Ledich. Berlin. 1902. Wegandt u. Grieben. Preis 1 M.

**Die Amerikanisierung der Welt.** Von W. T. Stead. Berlin 1902. (Bilo, Deutsches Verlagshaus.)

**Gesundbeten, Medizin und Ostindien.** Von Dr. med. Albert Roll in Berlin. Hermann Watschek Verlagshaus, Berlin SW., Raumandammstr. 14. Preis 1 M.

**Leo Tolstoi.** Von Prof. Dr. Thomas Schell. Giese u. Tetzlaff, Verlagshaus, Berlin. Preis 50 Pf.

**Wohnungsfrage und soziale Frage.** Von G. C. A. Harz. Altona. Verlag von Gebr. Harz. 50 Pf.

**Der Hahndentag.** Von Robert Seidel. Leipzig. Verlag von Richard Lipsch. 10 Pf.

**Cy vor den Axturendag.** Aus dem Deutschen des Wolf Braun überlegt von Emma Def. Brochurenhandel S. D. A. P. De Geseitsstr. 16. Amsterd. 7/1, Cent.

**Social-Christendom.** Von P. J. Troetsch. Brochurenhandel S. D. A. P. De Geseitsstr. 16. Amsterd. 5 Cent.

**Reform des Parlamentarismus.** Von Ernst Victor Jenzer. Wien 1902. Verlag der „Wage“. Preis 0,85 M.

**Bernheim, Eduard.** Die heutige Einkommensbewegung und die Aufgabe der Volkswirtschaft. 1902. Verlag der „Socialistischen Monatshefte“, Berlin W. 35. Preis 0,50 M.

**Die Tuellgeuerische** von C. v. Rits, Mitglied des leitenden Ausschusses der Antiduell-Liga. Berlin, Verlag von Schall u. Kienel. Preis 1 M.

**Der deutsche Bauer und die Getreidezölle.** Verlag von Gustav Fischer, Jena. Preis 3 M.

**Agrar- und Industriestaat.** Die Geschichte des Industriestaates und die Rechtfertigung agrarischen Fortschritts. Zweite, umgearbeitete und vermehrte Auflage. Verlag von Gustav Fischer, Jena. Preis 3 M.

**Elektrifizierung.** Erhöhung der Ernte-Erträge aller Kulturpflanzen durch elektrische Behandlung. Von Dr. Selim Feinstraub, Professor der Physik an der Universität Helsingfors. Uebersetzt von Dr. Otto Bringsheim. Berlin, Verlag B. Junfermann. Preis 2 M.

**Sammlung von Schriften zur Kanalfrage.** Nr. 1: Die deutschen Seere und die französischen Schiffahrtstraßen im Kriege 1870/71. Hannover, Verlag der Hofbuchdruckerei Gebr. Jänecke.

Wer ein Cigarren-Geschäft eröffnen will, wende sich zuvor an Adolf Adler, Belfortstrasse 25. Verkauf nur an Cigarren-Händler und Grossisten. [2381.]

**Ziehung 17. u. 18. April 1902**  
Königsberger  
**Geld-Lotterie**  
6241 Geldgewinne Mark  
**200 000**

1 Gew. 50 000	= 50 000 M.
1 m 20 000	= 20 000 „
1 m 10 000	= 10 000 „
1 m 5 000	= 5 000 „
1 m 3 000	= 3 000 „
2 m 2 000	= 4 000 „
4 m 1 000	= 4 000 „
10 m 500	= 5 000 „
40 m 300	= 12 000 „
60 m 200	= 12 000 „
120 m 100	= 12 000 „
200 m 50	= 10 000 „
300 m 30	= 9 000 „
500 m 20	= 10 000 „
1000 m 10	= 10 000 „
4000 m 6	= 24 000 „

Loose à 3 Mark, Porto und Liste 30 Pfg. extra, empfohlen und versendet auch unter Nachnahme

**Carl Heintze**  
Berlin W., Unter den Linden 3.  
**1 Etage-Krawatte**  
hält 4 andre aus  
können von jeder Hausfrau jahrelang erneuert werden, sind hochellegant und liegen vorzüglich. Beste Seidenfabrikation bei garantiert ausschließlich neuesten Dessins in La. Seide. Für jede Krawattenform à 2 M. **A. Bellanger, Roudelstr. 2. Adm.** 3739L

Suche einen Lieferanten für kurzen und **Schmoek.**  
langen  
Gr. del. Robinsk, Viktoriastraße 63.

Begründung des Geschäfts 1878.

# M. Schulmeister

en gros Schneidermeister en détail

**Dresdenerstr. 4, Hauptstraße 143,**  
am Kottbuser Thor. **Schöneberg.**

Telephon Amt IV 447. Telephon Amt IX 5050.

Sommervaletofs	von Mt. 13,50 an	Reinkleider	von Mt. 5 an
Gehrock-Anzüge	27	Jünglings-Anzüge	12
Kock-Anzüge	23	Knaben-Anzüge	3
Jackett-Anzüge	15	Berufshleidung	für jedes Gewerbe.

**Anfertigung nach Maass**  
in elegantester Ausführung unter meiner persönlichen Leitung. 3703E

Grosse Auswahl in deutschen, englischen u. französischen Stoffen.

**Streng feste Preise.**

**Für die neue Wohnung**  
empfehlen wir seltene Gelegenheitskäufe von eingetragenen Neuheiten, welche zu ausserordentlich billigen Preisen zum schleunigen Verkauf stellen, und zwar:

**Elegant Salon- u. Wohnzimmer-Teppiche, Portieren, Gardinen und Stores, Tisch-, Divan-, Schlaf- und Steppdecken, sowie eine grosse Anzahl vorzüglicher Sofastoffe, auch Reste — zu Bezügen ausreichend — für die Hälfte des regulären Wertes.**

# Teppichhaus Adler & Co.,

Königstr. 20—21, dicht am Rathaus.

**Kufekes**  
BESTE NÄHRUNG FÜR gesunde & darme kranke Kinder  
**Kindermehl**

**Hüte! Herrenhüte von 1,50 an Knabenhüte „ 0,75 „**  
Größtes Lager in Strohhüten von den einfachsten bis zu den feinsten Genres  
Schirme zu außergewöhnlich billigen Preisen.  
Mützen, Krawatten. [3724E]

**Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Stallgasse.**

**Die Möbel-Fabrik**  
von **H. Nolte, Zionsstr. 40,**  
empfiehlt ihr reichhaltiges Lager vollständiger Wohn- u. Schlafzimmereinrichtungen sowie einzelner Möbel. Teilzahl. gestattet.

Kinderwagen, Sport, Raffen, Veloc., u. Riegenbockwagen, Silberne Bettstellen u. Krankenwagen für Erwachsene u. Kinder. Breite bill. auch Teilzahl.

**H. W. Schulz, N. Brunnenstr. 95 a. Hof-Gesundbr. Fernsp. III, 1767**

**Van Houten's Cacao**  
Leicht löslich  
Leicht verdaulich

**Schmöckwitz Gassthaus zur Palme**  
(Endstation der „Starn“-Dampfer)  
Telephon:  
Inhaber: **Ferrmann Peter, Grünau Nr. 39.**  
Empfehle mein allbekanntes, herrlich an Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen, Ausspannung und Dampferfahrten, Regeldampfer, große Kaffeefische. Gute Küche und besterlegte Biere zu soliden Preisen. [3577E]

## Kleine Anzeigen.

**Verkäufe.**

**Zigareten.** Gute gebende, seit acht Jahren bestehendes Konsumationsgeschäft mit zahlreichen Arbeitern, wozu auch die besten und wegen anderer Unternehmungen zu verkaufen. Kundst. erteilt. **Winkelstr. 15, Cigarren-Geschäft, Kochstraße 15.** 1679P

**Baukosten** ohne Bauzusage, gesunde Lage, **Dahlemer Vorort, Quadratmeter 12 Mark, verkauft Hausverwaltung, Brunnenstraße 151.**

**Vorjährige elegante Herrenhüte** aus feinen Stoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. **Berandhaus Germania, Unter den Linden 21, II.** 1030E

**Bettfedern.** Pfund von 45 Pf an, acht einjährige Wollschafwolle Pfund 1,90. **Hofstr. 37, I.** 1009K

**Teppiche.** gute Qualität, kleine Weichheit, alle Größen, spottbillig. **Frei Störfer, Münzstraße 17.**

**Teppiche!** (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager **Brünn, Godeschewerstr. 4, Bahnhofstr. 111/7.**

**Teppiche.** Bettin, Steppdecken, Gardinen, Remontierarbeiten, Regulatoren, spottbillig. **Veitshaus, Reichenstraße 6, Teilzahlungen gestattet.**

**Möbel.** mehrere Zimmer, müssen sofort verkauft werden: **Berlin, Mühlentempelstr. 26, 00, Tischchen 45,00, Säulentrümmel 35,00, Musikgarnitur 75,00 (gef. 210,00), Musikspiegel 10,00, Musikbänke, Schrank, Büchertisch, Tisch, Stühle 3,00, Teppiche, Seidenstoffe, Paneelstoffe, mehreres. **Gartenstraße 149 I links.** 7137E**

**Nähmaschinen.** preiswerteste Bauart, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort. **Poststraße 82, Köpenickerstraße Nr. 60/61.** 480

**Möbelmagazin** liefert Möbel, Teppiche, Gardinen auf Teilzahlung unter sehr günstigen Bedingungen. Abzahlungen auf Jahre hinaus vertritt. **Reyer, Invalidenstr. 38, an der Schaafstr. 1654R**

**Möbelfabrik** Sebastianstraße 81, Köpenick. auch Teilzahlung. 1650E

**Stuhlverkauf,** billig, Studierst. **Gand, Kottbuserstraße 4.** 1675E

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437

**Nähmaschinen,** spottbillig. **Wandstraße 12, Alexandrinenstraße 79.** 1712E

**Gasfächer!** Zweifach-Gasfächer! 3,00, Weichstoff-Gasfächer! 5,00, Gas-Platzen! 7,00, Gas-Platzen! **Gas-Platzen-Apparat! billig! Wollauer, Wollauer-Theaterstraße zweieinhalb.**

**Bilder** in modernen Rahmen (nur gute Ware) spottbillig. **Danngasse 13, vorn I.** 1715E

**Müllergeschäft,** alles, mit eigener ringerer. **Poststraße 12.** 1704E

**Zeugmaschinen, Hobel, Sägen, Schraubzwingen, 1 Sofa** verkauft **Weder, Vorfrüherstraße 47, IV.**

**Schlafflosa** mit Auszug. **Vogelstraße 93/94, Cuesenstraße parterre, Altona, Tapezierer.** 1705E

**Kleines** Geschäft mit Hausverwaltung billig. **Kuch Abbildung oder Post. Pauling, Königsbergerstraße 14.** 1702E

**Cigarrengeschäft,** 600, Meite 800 mit Wohnung, zu verkaufen **Schweidterstraße 18.** 7137E

**Herrenanzüge.** Valerios, elegante Ausführung, geringe Teilzahlung. **Kurzberg, Landsbergerstraße 13.**

**Stoppdecken** billig. **Habit Große Frankfurterstraße 9, parterre.** 437

**Fahrräder,** verfallene, kolossale Auswahl, größtes Händlerlager. **Feinste Markenräder, großartig erhalten, spottbillig. Ungebrauchte Fahrräder** gediegener Bauart, vollkommene Technik, konkurrenzlos, billig. **Aber keine Nummernräder, nur für 60—70 Mark. Veitshaus, Neue Schönhauserstraße 11.** 1162

**Dunkel** Mahagoni-Kleiderst. **Berlin, Büchergasse verkauft Vorstr. Wilhelmstraße 131.** 1700E

**Fahrräder,** Nähmaschinen, Möbel, beschaffen man sich am besten durch die **Berliner Einkaufs- u. Genossenschaft Marklinstraße 19. Reparaturwerkstätte, Veitshausstr. 19.** 490

**Kosmische** jährliche Behandlung, **Jahreszeiten, Zahnärztliche Poliklinik, Gausstraße 1a.** 1626E

**Blutreinigung!** Wer sich über diese richtigeren Gesandtheit seiner Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Blutspektion, welche unentgeltlich versendet werden von **Tierärztliche Vereinigung Berlin, Königgräberstraße 108. Doleisch** können auch Referenzen für Vorträge in Arbeitervereinen über Blutreinigung befragt werden. Um gütigen Rückruf wird gebeten. 1615E

**Die** Beleidigung gegen den **Tischlermeister E. Hoffmann** nehme ich zurück und erkläre dieselben für einen **Ehrenmann. H. Rehring.** 1701E

**Vereinigung**, **Restoration, Kaufstr. 108, Marktstraße 47.** 1700E

**Verkauf** **eröffnet, Velen 5 Pfg. Gausstraße 121.** 1710E

**Steuerberatung!** **Uebereidung, Unfallfällen! Materie! Rechtshilfe! Stellungnahme! Ehrenstr. 30. Sonntag, wochentags!**

**Gnadenlos.** **Strojanisch, Invalidenfällen, Altmenschen, Eingaben, Klagen, Rechtsbureau Neue Schönhauserstraße 15 (auch Sonntag).**

**Mietsgesuche.**

**Ruhiger** junger Mann sucht einfach möbliertes Zimmer oder möblierte Schlafstelle bei anständigen Leuten, sofort. **Nähe Schillingstraße, Schlesischer Bahnhof, Oststr. H. K. 00 Postamt 16.** 1716E

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.**

**Polstfänger** **Gesellschaft** **Cent, Dresdenstraße 107/8.** 1657E

**Minder** **Stuhlrechter** **bittet** um Arbeit. **Stühle** werden zu den billigsten Preisen gekocht, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. **Adresse: Pulaskstraße 27, A. Glaser.**

**Stellenangebote.**

**Zusammenf. verlangt** **G. Wiesner, Reichenbergerstraße 93a.** 427

**Züchtige** **Farbiger** **verlangt** **Gummiwaren, Krautstraße 39.** 7141

**Einballer** **auf** **Goldstein** **sofort** **gelehrt.** **Da** **Richter** **zur** **Uebung,** **Auffschreibung** **vertritt.** **Ballerstraße** **dam** **benachb.** **Holz** **Leisenfabrik** **Gausstraße 82.** 1709E

**Nahmenmacher** **verlangt** **Brücker, Ritterstraße 48.** 1707E

**Polstfänger** **Gesellschaft** **Verantwortl.** **Edingstraße 4.** 783

**Fran** **zum** **Kartoffelkäulen** **gelehrt.** **Oranienstraße 64, I.** 1708E

**Jedem** **Arbeiterinnen** **im** **Hause** **besten** **Kaufstr. 23 I.** 1712E

**Mütterinnen** **auf** **Oberhanden** **im** **Hause** **verlangen** **Veitshaus** **u. Gausstr. 13, Bäckerei, Weißbrotstr. 13.** 1435E

**50** **Handarbeiterinnen** **verlangt** **Woll, Gürtelstraße 8.** 1689E

**Am** **Arbeitsmarkt** **durch** **besonderen** **Druck** **hervorgehoben** **Anzeigen** **lohen** **10 Pf. pro** **Zeile**

**2** **Gerüstbauer** **für** **Reitergerüste,** **erfahren** **und** **überallig,** **werden** **sofort** **gelehrt.** **Zwischenlohn** **50 Pf. Restgeld** **wird** **bei** **guter** **Leistung** **sofort** **verrichtet.** **Zugnisse** **erwünscht.** **1817** **E. Schlüter, Kiel.**

**Achtung!** **Achtung!**

# Modelltischler!

Von der **Union, Elektricitäts-Gesellschaft, Moabit,** sowie von der **Hilma Ludwig Löwe, Maschinenbau, Eckert, Habicht, Industriehilflicher Maschinen, Friedrichsberg, und Schropp, Berliner Modellfabrik, Rammstein, Allee, Jacobi, Eisenfabrik, verlängerte GutsMuths, und sämtliche Modelltischler angeheert. Den **Modelltischler** **Karholz,** **Drahtstr. 25, Dietrich, Gausstraße 52, und Garbe, Wollschloßstraße 30, Adam Heyl, Sonnensstraße 24, und Kuffert, aus der Union, ausgegangen.****

**Zuzug fernhalten!**